

Die Pariser
Metro von
im Schmutz

Dienstag, 13. Mai 1986 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 88 84, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 394-1 / Anzeigenabteilung Köln (02 28) 10 15 24 / Vertriebsabteilung
Hamburg (040) 247-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 109 - 20. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 Bfr., Frankreich 7,00 F., Griechenland 150 Dr., Großbritannien 65 p., Italien 1500 L., Jugoslawien 500 Din., Luxemburg 25,00 Fr., Niederlande 2,20 fl., Norwegen 7,50 Nkr., Österreich 14 Sch., Portugal 150 Esc., Schweden 8,00 Skr., Schweiz 2,00 Sfr., Spanien 170 Ptas., Kanarische Inseln 185 Ptas., Türkei 750 TL.

POLITIK

Hamburg: Die CDU-Fraktion in der Bürgerschaft hat den Rücktritt des jetzigen Wirtschafts- und früheren Bausenators der Hansestadt, Volker Lange (SPD), gefordert. Zum Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses über die „Neue Heimat“ sagte Oppositionsführer Perschke, Lange habe von den Zuständen bei der NH gewußt, aber „angenehme ungesicherte Maßnahmen“ unterlassen.

Terror: Ein in Frankreich lebender Tunesier, der von seiner Freundin angezeigt worden war, hat gestanden. Im Dezember 1983 in London und 1985 in Paris in zwei Kaffeehäusern Bombenanschläge verübt zu haben. Im Verhör gab der verurteilte Habib Maa-mar zu, für seine Terror-Aktionen ein regelrechtes „Gehalt“ bezogen zu haben. (S. 10)

Polen: Fünf Mitglieder einer Gruppe polnischer Staatsbürger deutscher Herkunft sind am Wochenende vorübergehend festgenommen worden. Die Polizei wollte sie offenbar an der Teilnahme an einem Treffen in Ratibor hindern. Bei einigen hatte es auch Hausdurchsuchungen gegeben.

Libyen: Nach einem Bericht von Radio Tripolis hat das libysche Außenministerium gestern die Ausweisung von 36 westeuropäischen Diplomaten verfügt. Betroffen sind die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, die Niederlande, Belgien und Dänemark. Wie es hieß, handele es sich um Vergeltung für die „Unterdrückungsmaßnahmen“ gegen libysche Botschaften in Westeuropa.

Indien: Premierminister Gandhi hat das indische Kabinett gestern auf zwölf Positionen umgeändert. Dabei wurde der bisherige Außenminister Bal Ram Bhagat durch Wirtschaftsminister Shiv Shankar ersetzt. Zum neuen Innenminister berief Gandhi einen Sikh, den bisherigen Landwirtschaftsminister Buta Singh.

Palmer: Die schwedische Regierung will innerhalb der nächsten zwei Wochen einen Untersuchungsausschuss zum Palmemord einsetzen. Dies berichtete gestern die Zeitung „Svenska Dagbladet“. Die Kommission soll vor allem die Fahndungsarbeit der Polizei und Ermittlungsbehörden untersuchen.

Heute in der WELT

Geheimnis um den Helden „S“ ist gelüftet
Er war der erste, der die Alliierten über die „Endlösung“ informierte. Er berichtete über den Rußlandfeldzug und die V2; Der Held „S“ war Geheimnisumwittert. In den USA wurde jetzt sein Name enthüllt: Eduard Schulte. Seite 3

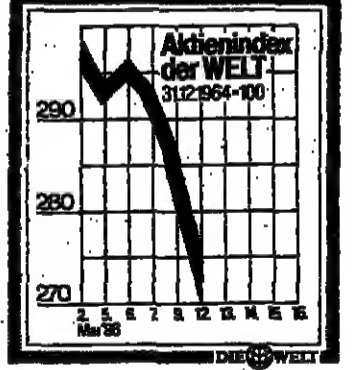
WELT-Serie: Die „Außenpolitik“ der Länder
Maßen sich die Bundesländer Außenpolitik an? Genschers Amt beruft sich auf das Grundgesetz: Das Monopol haben wir. Ministerpräsident Vogel widerspricht. Die WELT fragt: Was treibt die Länderchefs über die Grenzen? Seite 4

WIRTSCHAFT

Werbegigant: Die Londoner Agentur Saatchi & Saatchi ist zur größten Werbegesellschaft der Welt aufgestiegen. Die Briten übernahmen die New Yorker Firma Ted Bates für 450 Millionen Dollar und halten nun einen Werbeetat von rund 7,5 Milliarden Dollar. (S. 13)

Hypotheken: Die meisten Hypothekenbanken haben die Zinsen für ihre Darlehen wieder herabgesetzt. Eine Umfrage bei den großen Instituten der Branche ergab, daß die Nominalsätze durchschnittlich um einen Viertel-Prozentpunkt angehoben wurden. Begründet wurde dieser Schritt mit dem seit Mitte April steigenden Renditen auf dem Rentenmarkt.

Börse: An den deutschen Aktienmärkten führten gestern Gewinnmitnahmen zu Kursrückgängen.



KULTUR

Bildhauserel: Das Gerhard-Marcus-Haus in Bremen hat immer wieder Ausstellungen organisiert, mit denen das Umfeld des Markscschen Cuvres deutlicher umrissen wurde. Die jüngste ist Toni Stadler gewidmet, dessen Werk das Schaffen von Marcus eher aus einer Gegenposition beleuchtet. (S. 20)

Literatur: Auch zum 200. Geburtstag des Schriftstellers Ludwig Böhm liegt sein Cuvre im Buchhandel überhaupt nicht vor. Doch alle Interessierten können sich im Karmeliterkloster in Frankfurt, wo derzeit 330 Objekte zu sehen sind, über Leben und Werk in einer Böhm-Ausstellung informieren. (S. 21)

SPORT

Tennis: Boris Becker unterlag mit seinem jugoslawischen Partner Slobodan Zivkovic im Doppel-Finale bei der Weltmeisterschaft in Reno Hills mit 6:7, 6:7 gegen Gomen/Gildemeister (Ecuador/Chile).

Boxen: Leichtgewichtler Reiner Gies hat als vierter Boxer aus der Bundesrepublik Deutschland das Viertelfinale bei der Weltmeisterschaft in Reno erreicht. Er besiegte den Franzosen Eric Tormos nach Punkten. (S. 9)

AUS ALLER WELT



Bademode: Mit einem Minimum an Stoff wollen die Modemacher den weiblichen Körper auch in dieser Badesaison wieder attraktiv bekleiden. Zu den Neuheiten gehören nicht nur Einfarben, raffinierte „Hals-Anschlüsse“ bis zum Bauchnabel vorn oder bis zum Kreuz hinten, sondern auch Corsagen und schärpferartige Gürtel (Foto) als Blickfang. (S. 22)

Jugendstrafanstalt: Bundespräsident von Weizsäcker informierte sich in der Berliner Strafvollzugsanstalt Plötzensee über Maßnahmen zur Resozialisierung Jugendlicher und die Probleme der Gefangenen. Ihre Wünsche: mehr Geld und mehr Fernsehen. (S. 22)

Umwelt - Forschung - Technik Seite 7
Leserbriefe und Personalien Seite 10
Fernsehen Seite 20
Wetter: Warm Seite 22

Strahlen-Entwarnung aus Bonn. Moskau bestraft Funktionäre

Unglücksreaktor soll weiterarbeiten / Gefahren für das Grundwasser?

DW Bonn/Moskau

Die Bundesregierung hat gestern für das gesamte Bundesgebiet eine Strahlungsentwarnung verkündet. Regierungssprecher Ost wies darauf hin, daß sämtliche Werte wieder normale Lebens- und Ernährungsgeheimnisse erlaubten. Vor der Bundespressekonferenz hielt der Strahlenbiologe Wolfgang Kemm von Bundesinnenministerium Fleisch-Grenzwerte für „einfach nicht notwendig“. Die alarmierenden Bequerel-Werte aus Hesse betrafen lediglich das Rehwild. Abweichungen einzelner Bundesländer wie Hesse von den Grenzwert-Empfehlungen der Strahlenschutzkommission sollen heute auf einer Konferenz der zuständigen Minister des Bundes und der Länder in Bonn erörtert werden.

Angesichts des Runs auf Geigerzähler warnte das Bundesforschungsministerium eindringlich davor, aus dem „Ticken“ solcher Geräte falsche Schlüsse zu ziehen. Der Sprecher des Ressorts führte den Journalisten ein Gerät vor, das bereits im Saal einen Wert von 5000 Bequerel maß und mit einem schrillen Summen auf ei-

ne bemalte italienische Kachel reagierte, die seit zwei Jahren nicht mehr zu kaufen ist.

Die Sowjetunion gab unterdessen Sanktionen gegen Funktionäre in der Ukraine bekannt. Die Parteizeitung „Pravda“ meldete, drei in dem Atomkraftwerk von Tschernobyl arbeitende Funktionäre seien wegen „Gleichgültigkeit und Drück-

SEITEN 2, 4, 10 und 11:
Weitere Beiträge

bergerei“ bei der Bekämpfung des Unglücks bestraft worden.

Im Gegensatz zu Vorsichtsmaßnahmen im Ausland bereitet man sich in der Sowjetunion auch ganz in der Nähe des zerstörten Reaktors auf die Getreideernte vor. Im Bezirk Poleskoje, 50 Kilometer westlich des Reaktors, werde außerdem Milch von Kühen verwendet, die mit frischem Grünfutter von den umliegenden Wiesen ernährt würden, schrieb die „Pravda“. Die Behörden kündigten zudem an, daß der vom Unglück betroffene vierte Kraftwerksblock wie-

der in Dienst gestellt werden soll. Der Wissenschaftler Jewgenij Welichow, einer der wichtigsten Berater des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow in Atomfragen, erklärte, es bestehe nunmehr „keine theoretische Möglichkeit einer Katastrophe mehr“. Welichow gab erstmals zu, bis Sonntag, den 13. Mai, „entscheidenden Tag“ bezeichnete, habe eine „theoretische Gefahr“ bestanden, daß eine große Menge Brennstoff und Graphit des Reaktors durchschmilzt.

Welichow erläuterte, die radioaktiven Stoffe würden „neutralisiert und eingekapselt“ um sicherzustellen, daß es nicht zu „Infiltrationen ins Grundwasser“ komme. Zum Zuständigkeitsbereich des Physikers Welichow gehört auch der Zivil- und Katastrophenschutz. Der Funktionär wird auf dem am 29. Mai in Köln beginnenden Kongreß der umstrittenen „Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs“ eine wichtige Rolle spielen. Die westlichen Mitglieder dieser Vereinigung haben sich bislang als Gegner des Zivilschutzes erwiesen.

Biedenkopf für „langfristigen Ausstieg“

Die Kernenergie wird auch in der CDU zum Streitpunkt / Für Hilfen an die Bauern

PETER PHILIPPS/DW Bonn

In der CDU werden nach Tschernobyl energiepolitische Divergenzen deutlich. Während Generalsekretär Geißler am Rande der Parteivorstandssitzung betonte: „Wir lehnen einen Ausstieg aus der Kernenergie ab“, und die SPD warnte, „wie beim NATO-Doppelbeschluss wie Korben auf den Wellen einer Stimmungs-De-mokratie zu schwimmen“, sprach sich der nordrhein-westfälische CDU-Vorsitzende Biedenkopf für einen „langfristigen“ Ausstieg aus.

Einigkeit herrschte in der Führung von CDU und CSU, die vor der Vorstandssitzung als „Zehnerunde“ beraten hatte, daß den betroffenen Bauern in der Bundesrepublik eine Entschädigung zusteht. Einzelheiten sollten am Abend mit der FDP vereinbart werden. Als Marschrichtung zeichnete sich dabei wie für das Aufgehen der Folgen aus den EG-Agrarbeschlüssen eine Entlastung bei den Sozialabgaben ab.

Nach Geißlers Worten bestand in der CDU-Führung „Verständnis“ da-

für, daß nach Tschernobyl „in weiten Teilen der Bevölkerung Angst über die weitere Entwicklung“ herrsche. Es dürfe kein Zweifel bestehen, „daß die Gesundheit und Sicherheit der Menschen auch in Zukunft für uns der Maßstab“ in der Energiepolitik sein würden. Nicht der Ausstieg aus der Kernenergie sei das Ziel, sondern „alles auszunutzen, um den Energieverbrauch zu senken“ und die „Forschung zu intensivieren, um alternative Technologien voranzubringen“. Ähnlich äußerte sich zwar hierzu in der „Bild“-Zeitung auch Biedenkopf, doch ging er in seinen Folgerungen wesentlich weiter. Als erster führender CDU-Politiker forderte er: „Wir müssen lernen, auf Energie aus Atomkraft langfristig zu verzichten“.

Für Geißler würde ein „Ausstieg“ auch für die Sicherheit und die Gesundheit nichts bringen. Denn dann würden lediglich die „16 sichersten Kraftwerke der Welt abgeschafft, aber die 340 in anderen Ländern mit einer Leistung von 263 000 Megawatt blieben in Betrieb“. Die CDU will

nun auf internationaler Ebene aktiv werden. Bundeskanzler Kohl will in einem Brief an Gorbatschow eine „umfassende Information der Weltöffentlichkeit“ durch Moskau über das Reaktorunglück einfordern.

Als zweite Maßnahme fordert die CDU, die „besonders unsicheren“ Kernkraftwerke in der Sowjetunion „auszuschalten“ und sicherheitstechnisch „aufzuräumen“. Parallel dazu müßten alle 36 Länder, die Kernkraftwerke betreiben, zusammenkommen, um „internationale Sicherheitsstandards“ zu erarbeiten und Übereinkünfte über Informationsaustausch bei Störungen zu vereinbaren.

Die Furcht, die Kernkraftkatastrophe von Tschernobyl könnte das Wahlverhalten in der Bundesrepublik zugunsten einer rot-grünen Koalition verändern, führte am Wochenende zu kräftigen Kurverstößen an den Börsen - weniger von Ausländern als von nervös werdenden inländischen Bankkunden, die ohne Rücksicht auf Verluste vorhandene Kursgewinne sicherstellen wollten.

Ölpreisverfall zwingt Oslo zur Abwertung

Norwegens neue Regierung will Kapitalabfluß bremsen / Gesteigerte Inflationsgefahr

DW Oslo/London

Der drastische Verfall der Rohölpreise Anfang dieses Jahres hat das Nordseeländ Norwegen so hart getroffen, daß die Wirtschaft außer Kontrolle geraten ist. Mit der Abwertung der norwegischen Krone um immerhin zwölf Prozent hofft die gerade vier Tage alte Regierung unter der neuen Premierministerin Gro Harlem Brundtland, den rapiden Kapitalabfluß aus Norwegen stoppen und die überhitzte Konjunktur abkühlen zu können. Weitere Maßnahmen für eine verschärfte Steuerpolitik und eine Kürzung der Staatsausgaben wird die neue Minderheitsregierung der Arbeiterpartei Ende des Monats mit der Vorlage eines revidierten Staatshaushalts verknüpfen.

Der tiefe Fall der Rohölpreise von mehr als 30 Dollar je Barrel (ein Barrel = 159 Liter) im November letzten Jahres auf heute nur noch rund 14 Dollar hat Norwegen besonders hart getroffen. Die Wirtschaft des skandinavischen Landes hängt zu immerhin mehr als 18 Prozent von Öl und Gas aus der Nordsee ab. Mehr als ein Drittel der norwegischen Exporte besteht aus Nordseelöl und -gas.

Die unvermeidlichen Auswirkungen des Ölpreisverfalls auf die norwegische Wirtschaft haben in den letzten Tagen zu einer Kapitalflucht obengleichgeführt. Nachdem alleine in den letzten zehn Tagen geschätzte elf Milliarden norwegische Kronen

aus der Nordsee ab. Mehr als ein Drittel der norwegischen Exporte besteht aus Nordseelöl und -gas.

Die unvermeidlichen Auswirkungen des Ölpreisverfalls auf die norwegische Wirtschaft haben in den letzten Tagen zu einer Kapitalflucht obengleichgeführt. Nachdem alleine in den letzten zehn Tagen geschätzte elf Milliarden norwegische Kronen

SEITE 2:

Norwegische Geburten

(3,58 Milliarden Mark) außer Landes gebracht worden sind, blieb der neuen Brundtland-Administration praktisch gar nichts anderes übrig, als die Krone drastisch abzuwerten.

Mit dieser Maßnahme wachsen allerdings die Befürchtungen, daß die Inflation in Norwegen außer Kontrolle geraten könnte. Bereits jetzt liegt die Inflationsrate mit 5,8 Prozent auf Jahresbasis höher als bei den wichtigsten Handelspartnern. Nach den Arbeitskämpfen, die Norwegens Wirtschaft seit Jahrzehnten erschüt-

tert und die auch die Öl- und Gastförderung aus der Nordsee für genuine Zeit unterbrochen haben, wurden in der Privatwirtschaft Lohn- und Gehaltssteigerungen um acht Prozent und mehr durchgesetzt. Über die ökonomische Wirtschaftskrise des Landes ist die von den Konservativen angeführte Drei-Parteien-Koalitionsregierung unter Kaare Willoch zerbrochen. Auch Willoch wollte die viel zu starke Verbraucherfrage dämpfen.

Norwegens Reichtum ist mit der Halbierung des Rohölpreises erschreckend rasch dahingeflossen. Der Überschub in der Leistungsbilanz 1985 in Höhe von 26 Milliarden Kronen dürfte sich in diesem Jahr in ein Defizit von 30 Milliarden Kronen verwandeln. Sollten die Preise für Nordseelöl bei 15 Dollar je Barrel verharren, dürfte das Defizit im nächsten Jahr sogar auf 45 Milliarden Kronen klettern. Seit November letzten Jahres sind die Währungsreserven Norwegens von 126 Milliarden Kronen auf heute nur noch 70 Milliarden zusammengeschmolzen.

NATO-Partner mahnen Reagan

Co. Bonn

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher und andere NATO-Partner haben - ebenso wie Bundeskanzler Helmut Kohl - bei Präsident Ronald Reagan dafür plädiert, die im SALT-2-Vertrag festgelegten Rüstungsobergrenzen einzuhalten. Dies berichtete gestern das amerikanische Nachrichtenmagazin „Time“. Kohls Brief an Reagan (WELT vom 12. Mai) und die Meinungsäußerungen anderer Verbündeter stellten die Antwort auf ein Schreiben dar, in dem der US-Präsident sehr ernste Gespräche mit Moskau über sowjetische Verletzungen des SALT-2-Vertrages angekündigt hatte. Reagan erklärte darin ferner, sollte es zu keiner Einigung mit der UdSSR kommen, werde man darüber nachdenken, wieviel sich die Vereinigten Staaten noch an SALT-2 halten sollten. Beim Gipfel in Tokio hat der Präsident dieses Thema gegenüber dem Kanzler nicht erwähnt.

CDU-Forderungen zum „Kohlepfennig“

HH. Bonn

Die CDU will den „Kohlepfennig“ künftig nur noch unter bestimmten Bedingungen mittragen. Nordrhein-Westfalen und Saarland müssen bereit sein, die Nuklearenergie, die durch ihre Kostenvorteile die Zahlung der Umlage erleichtert, zu akzeptieren. Dies sehen die energiepolitischen Leitlinien der CDU vor, die der Bundesfachausschuss Energie unter Vorsitz von Ludwig Gerstein verabschiedet hat. Darin fordert die CDU neben der Fortsetzung der Entsorgungspolitik mit Wiederaufarbeitung auch den weiteren Betrieb der Hansaer Nuklearbetriebe, sowie die Weiterverfolgung der fortschrittlichen Reaktortypen (Hochtemperaturreaktor und Schneller Brüter). Ein Ausstieg aus der Kernenergie sei „weder möglich noch wünschbar“. Die CDU schließt sich damit den Forderungen der unionsregierten Bundesländer an. Seite 11: Ausstieg

Saarland weitet Tempolimit aus

UR. Bonn

„Tempo 80“ oder „Tempo 100“ wird es noch vor den Sommerferien auf 26 zusätzlichen Autobahn-Teilstrecken mit einer Gesamtlänge von etwa 60 Kilometern im Saarland heißen. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung gibt es bisher auf rund 50 Kilometern. Wenn ein entsprechender Kabinettsbeschluss vollzogen ist, gelten auf 26 Prozent des saarländischen Autobahnnetzes (441 Kilometer) Geschwindigkeitsbegrenzungen. Für das Umweltministerium bedeutet der Beschluß kein „Tempolimit durch die Hintertür“, nachdem die Bundesregierung eine generelle Geschwindigkeitsbegrenzung abgelehnt hat. Die Beschränkungen werden mit mehr Sicherheit oder Lärmschutz begründet. Dennoch spielte für das Kabinett die Gegenposition zur Bonner Linie eine Rolle: „Was die Bundesregierung nicht geschafft hat, vollziehen wir nun im Rahmen unserer Kompetenzen“.

DER KOMMENTAR

SALT und Genf

BERNT CONRAD

Der Bundeskanzler hat dem amerikanischen Präsidenten geraten, die im SALT-2-Vertrag festgelegten Rüstungsobergrenzen einzuhalten. Helmut Kohl weiß sich in dieser Frage mit den europäischen Verbündeten, auch mit der „Eisernen Lady“ Margaret Thatcher, einig. Dahinter steht der Wunsch, die Rüstungskontroll-Verhandlungen mit der Sowjetunion nicht noch mehr zu komplizieren und Moskau nicht gleichzeitig eine noch ungehemmte strategische Aufrüstung zu gestatten.

Das Problem wird Ende des Jahres akut. Dann nämlich wird die US-Regierung vor der Frage stehen, ob sie bei der Ausrüstung ihrer B-52-Bomber mit Marschflugkörpern die im nichtratifizierten SALT-2-Vertrag festgelegte Obergrenze für Träger von Marschflugkörpern überschreiten soll. Präsident Reagan soll in diese Richtung neigen, obwohl er erst vor kurzem entschieden hat, bei Indienstellung eines neuen Trident-U-Bootes zwei alte Poseidon-U-Boote abzuwracken, um im SALT-2-Rahmen zu bleiben.

Das Pentagon drängt den Präsidenten seit langem, die freiwillige Einhaltung von SALT-2 aufzugeben, weil die Sowjets den Vertrag ohnehin verletzen. Dies ist ein ernst zu nehmendes Argument, und Kohl hat dafür auch Verständnis gezeigt. Wenn der Kanzler und die anderen europäischen NATO-Partner dennoch für die weitere Respektierung von SALT-2 eintreten, dann hat das mehr mit den konkreten politischen Umständen und dem Zeitpunkt als mit der grundsätzlichen Antwort auf sowjetisches Fehlverhalten zu tun.

Denn angesichts der diffizilen Genfer Verhandlungen und des für Ende 1986 anvisierten zweiten Reagan-Gorbatschow-Gipfels würde ein amerikanisches Ausschusen aus SALT-2 zu eben jenem Zeitpunkt nicht nur die Verhandlungsaussichten erheblich reduzieren, sondern auch die weltweite Propagandaschlacht zugunsten des Krenl beeinflussen. Ganz abgesehen davon, daß die Sowjets dann jede noch bestehende Hemmung zu weiterer Rüstung fallen lassen würden.

Medienvertrag der Süd-Länder

DW. Bonn

Die Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg haben in Rolandseck bei Bonn den Staatsvertrag über die gemeinsame Nutzung eines Fernseh- und eines Hörfunkkanals der Satelliten TV-Sat unterzeichnet, nachdem ein bundesweiter Vertrag aller Länder gescheitert war. Schleswig-Holstein, Berlin und Niedersachsen hatten bereits am 20. März einen Medienvertrag geschlossen. Für die Nutzung des Fernsehkanals ist das Programm „Sat 1“ im Gespräch.

Benzinpreise steigen wieder

DW. Hamburg

Mit einer Anhebung der Benzinpreise um mindestens fünf Pfennig je Liter wollen die großen Mineralölkonzerne in der Bundesrepublik Deutschland zum dritten Mal in diesem Jahr den vorausgesagten Preisverfall stoppen. Normalbenzin soll von heute an im Norden und Westen zwischen 99,9 und 100,9 Pfennig je Liter kosten. Superkraftstoff dann im Nordwesten zwischen 106,9 und 107,9 Pfennig. Diesel ist von dieser Entscheidung nicht betroffen.

Auflösungsvertrag für Lothar Loewe

hrk. Berlin

SFB-Intendant Lothar Loewe wird aller Voraussicht nach Ende Mai dieses Jahres - zwei Jahre vor Ablauf seines Vertrages - aus seiner Position ausscheiden. Gestern einigte sich der Verwaltungsrat des Senders darauf, Loewe einen Auflösungsvertrag anzubieten, der die Weiterzahlung seiner Bezüge bis zum Auslaufen seines Vertrages zum 28. Februar 1988 vorsieht. Loewe bezieht ein Gehalt von rund 230 000 Mark im Jahr. Bisher gibt es keine Nachfolgeregelung.

Syrien baut neue Raketenstellungen

DW. Jerusalem

Die syrischen Streitkräfte haben neue Raketen- und Artilleriestellungen in Südlibanon gebaut. Israelische Militärs erklärten, diese Aktivitäten seien allerdings nicht Vorbereitungen für einen bevorstehenden Angriff. Diese Maßnahmen könnten aber zu einem Konzept langfristiger Kriegsvorbereitungen Syriens gehören, hieß es. Israels Ministerpräsident Pines hatte in den vergangenen Tagen mehrfach betont, daß Israel keinen Angriff auf Syrien plane und auch keinen erwarte.

Korruptionsskandal in der Sowjetunion

DW. Moskau

Die Aufdeckung betrügerischer Praktiken bei der Abgabe von Benzin und Motoröl hat nach einem Bericht des Moskauer Parteiorgans „Pravda“ zu einer Reihe von Verhaftungen und Entlassungen geführt. Stichproben ergaben bei 427 Tankstellen und Unternehmen, die für die Bereitstellung von Benzin für Taxis und Dienstwagen von Ministern und Behörden zuständig sind, daß 323 davon manipulierte Meßinstrumente benutzten.

Elisabeth Bergner in London gestorben

DW. London

Die Schauspielerin Elisabeth Bergner (89) ist gestern in London gestorben. Friedrich Luft schreibt in seinem Nachruf: „Sie umgab das Charisma einer scheinbar unvergänglichen Jugend. Sie hatte die rare Gabe, den Menschen direkt aus Herze zu greifen. Wer sie sah, für den wurde sie der Inbegriff einer zarten, hochintelligenten Darstellerin, wie es ihresgleichen sonst keine gab. Sie war ein theatrales Wunder.“ Seite 21: Holder Knabe Wagenlenker

Israelischer Präsident gegen Wahleinmischung in Österreich

Indirekte Kritik von Herzog an Peres und Schamir

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Der israelische Staatspräsident Chaim Herzog hat die Politiker seines Landes vor einer Einmischung in den österreichischen Wahlkampf gewarnt. Israel soll nach seiner Ansicht zu den Vorwürfen gegen den ehemaligen UNO-Generalsekretär und jetzigen österreichischen Präsidenten kandidaten Kurt Waldheim keine offizielle Haltung einnehmen. Herzog erteilte damit indirekt sowohl Ministerpräsident Peres als auch Außenminister Schamir eine Rüge, weil diese sich kritisch über den ÖVP-Präsidentenkandidaten geäußert und seine Wahl sogar als „Katastrophe“ bezeichnet hatten.

Herzog erklärte im israelischen Rundfunk, Einmischungen in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates könnten zu einem unangenehmen Rückschlag für Israel werden. Solange nicht andere Staaten, wie Jugoslawien, Griechenland oder die Sowjetunion belastendes Material über Waldheims Rolle im Zweiten Weltkrieg vorlegten, solle sich Israel nicht an einer Kampagne beteiligen.

über deren Ausgang ich mir sehr unsicher bin“. Herzog betonte, er ziehe es vor, zunächst auf gewisse Fragen eine Antwort zu bekommen. Neben den genannten Staaten solle Waldheim selbst gefragt werden, bevor Israel mit einer Kampagne gegen den Österreicher beginne.

Die israelische Regierung hat überdies den Generalsekretär des Außenministeriums, David Kimche, nach Wien entsandt - offenbar mit dem Auftrag, die Verstimmungen mit Österreich zu entschärfen. In israelischen Regierungskreisen ist man zur Auffassung gelangt, daß ein Sieg Waldheims im zweiten Wahlgang nicht auszuschließen ist. Unter diesen Umständen scheint es den Israelis zweckmäßiger, sich von den Attacken auf Waldheim, die vor allem vom jüdischen Weltkongreß in New York ausgehen, zu distanzieren.

Die israelischen Politiker, die vor der Wahl Waldheims warnten, werfen dem ÖVP-Kandidaten vor, nicht alles über seine Rolle als Offizier der deutschen Wehrmacht auf dem Balkan gesagt zu haben.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Norwegische Geberlaune

Von Gottfried Mehner

Erster Klasse bergab: Dieses Bild drängt sich für die norwegische Situation nach dem schnellen Ölpreisverfall auf. Angesichts jahrelang üppig fließender Milliarden gehörte das Wort „Nein“ fast schon nicht mehr zum innenpolitischen Verteilungs-Wortschatz der Politiker. Jedem, der fragte, wurde gegeben. Richtig zufrieden war trotzdem keiner. Die letzte Wahl im September vergangenen Jahres hätten die Bürgerlichen beinahe verloren, weil die Sozialdemokraten mit Schamlektionen von noch mehr Wohlfahrts-Service den Publikumsgeschmack trafen.

Aber auch die Bürgerlichen zeigten sich in Geberlaune, um sich die Unterstützung der Wählerschaft zu sichern, die mehrheitlich aus Renteneempfängern und Angehörigen des öffentlichen Dienstes besteht. Traten in der jetzt zurückgetretenen bürgerlichen Dreier-Koalition Zwistigkeiten auf, wurde die Ruhe über höhere Haushaltsansätze wiederhergestellt. Daß nicht die derzeitige Generation alle Früchte des Ölreichtums konsumieren und daß Omillarden in zukunftsträchtige Sektoren investiert werden sollen: Vor diesen Anforderungen haben alle norwegischen Parteien versagt.

Problematisch ist, daß jetzt ein reiches Land wie Norwegen über eine zwölfprozentige Abwertung (eine Krone ist jetzt 29,19 Pfennig wert) seine Strukturdefizite auf die Schultern seiner Handelspartner verteilt, denn mit einem Federstrich werden die norwegischen Importe billiger und die Exporte der Partner teurer. Aber Norwegen ist noch eine Dankeschuld abzustatten, denn schließlich war es auch seine Förderpolitik als Außenminister, die das Opec-Kartell knackte.

Mit seiner Abwertung hat sich Norwegen eine Atempause verschafft. Bei einem durchschnittlichen Ölpreis von 15 Dollar je Faß wird das Land in diesem Jahr ein Zahlungsbilanzdefizit von 30 Milliarden Kronen erleiden. 1987 stieg dieser Fehlbetrag auf 45 Milliarden Kronen. Angesichts eigener Devisenreserven von rund 100 Milliarden Kronen und fast keiner Auslandsverschuldung sind dies keine dramatischen Probleme.

Nakasones Zeit

Von Fred de La Trobe

Nach dem Weltwirtschaftsgipfel in Tokio ist die innenpolitische Szene Japans in Richtung auf eine „Post-Nakasones-Ara“ in Bewegung geraten. Immer mehr Abgeordnete seiner Liberaldemokratischen Partei (LDP) kritisieren den Führungsstil des Ministerpräsidenten. Der für Japan ungünstige Ausgang der Gipfelkonferenz habe gezeigt, daß seine hochgelobte Freundschaft mit Präsident Reagan nur wenig Substanz habe.

Nakasones, der in den letzten Tagen bedrückt wirkte, scheint sich damit abgefunden zu haben, daß er im Oktober nach zwei zweijährigen Amtszeiten seinen Posten räumen muß. Denn der Wirtschaftsgipfel brachte dem Ministerpräsidenten eine unerwartete Bauchlandung, weil seine Kollegen aus den führenden Industriestaaten des Westens sich seinem Wunsch widersetzen, den Höhenflug des Yen aufzuhalten.

Außerdem mußte er in der Frage des internationalen Terrorismus einen in Japan unpopulären Stellungswechsel vollziehen, der von der bisher vorsichtigen außenpolitischen Linie Tokios gegenüber den arabischen Staaten abweicht. Auch die Absicht, vorgezogene Unterhauswahlen gleichzeitig mit dem Ende Juni fälligen Umsturz der Oberhaus abzuhalten, hat Nakasones offenbar aufgegeben. Von dem doppelten Votum hatte er sich gute Voraussetzungen für seine eigene Wiederwahl versprochen.

Währenddessen sind seine drei aussichtsreichsten Nachfolgekandidaten in den Startlöchern. Vor diesem Rennen hat sich der Vorsitzende des Exekutivrats der LDP, Miyazawa, durch ein energisches wirtschaftliches Stimulierungsprojekt am stärksten von Nakasones abgesetzt. Finanzminister Takeshita und Außenminister Abe gelten dagegen als mögliche Garantien des vorsichtigeren, mit Sparhaushalten arbeitenden Kurses Nakasones.

In ihren politischen Programmen unterscheiden sich die drei sonst nur um Nuancen. An das internationale Flair, das Nakasones durch seinen wortgewandten Stil in die japanische Diplomatie brachte, könnten Abe und Miyazawa, der fließend Englisch spricht, ohne Mühe anknüpfen.

Wem hilft WEM?

Von Detlev Ahlers

Nicaragua soll überleben, fordert die Wirtschaftsstelle Evangelischer Missionsgesellschaften (WEM), sie faßt die Missionswerke der Landeskirchen zusammen. Mit dem Botschafter dieses Staates, Heberto Incer, kümmert sie sich um die „Beschaffung wichtiger Grundbedürfnisartikel“ für das Land. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz gestern konnte der Botschafter darauf hinweisen, daß die USA mit ihrem Embargo Schuld an den Schwierigkeiten des Landes seien. Helfen sollen nun die evangelischen Organisationen in der Bundesrepublik.

Es sind Zweifel erlaubt, was überleben soll. Die Kirchen in Nicaragua – die Hilfe für Kirchen in der Dritten Welt ist Aufgabe der WEM? Die Menschen dort, doch sie sollen überall überleben, warum also ein Hilfsprogramm speziell für Nicaragua? Oder das Regime der Comandantes, wie es die Zusammenarbeit mit dem Botschafter vermuten läßt? Dann handelt es sich um einen ersten Versuch, der allerdings nicht der erste seiner Art wäre – seit Jahren schon sind viele evangelische Studentengemeinden vollgestopft mit pro-sandinistischer Propaganda.

Die evangelische Kirche läuft in bezug auf Nicaragua Gefahr, eine innerkirchliche Spaltung zuzulassen – eine Abspaltung derer, die den Menschen in Nicaragua alles Gute wünschen, aber ihnen eben deswegen wünschen, daß es ein Ende hat mit den Sandinisten; zumal, weil die kirchliche Freiheit in Moskau-orientierten Staaten schwer zu wahren ist. Es besteht die Gefahr, daß die evangelische Kirche Schuld auf sich lädt, wenn sie davon ausgeht, daß die Entwicklung in Nicaragua glücklich verläuft. Sie sollte die Mahnungen solcher Politiker wie Hans-Ulrich Klose beachten, der auf Menschenrechtsverletzungen der nicaraguanischen Regierung hinweist.

Und es ist nicht auszuschließen, daß viele evangelische Christen der Ansicht sind, kirchliche Pressekonferenzen seien nicht der richtige Platz für anti-amerikanische Propaganda. Außerdem hat es in letzter Zeit einige Auseinandersetzungen darüber gegeben, ob Kirchengelder – etwa im südlichen Afrika – für rein politische Zwecke verbraucht werden. Eine neuerliche Diskussion dieser Art, wegen Nicaragua, dient nicht der kirchlichen Eintracht.



Aktiver GAU-Leiter

KLAUS BÖHLE

Überall ist Krähwinkel

Von Peter Gillies

Die „Havarie“ von Tschernobyl strahlt immer stärker nach Westen aus. Sie trifft die hiesigen demokratischen Staats- und Regierungsformen ins Mark und legt auf peinliche Art ihre Schwächen bloß. Längst ist die Strahlung von ihrer eigenen Quelle – technische Rückständigkeit der UdSSR, sozialistische Schlamperie und menschenverachtende Informationspolitik – abgelenkt. Kurt Waldheim hat deswegen bereits sein Wahlziel als Bundespräsident verfehlt; auch in der Bundesrepublik „essen Angst Seile auf“, und es scheint sogar möglich, daß Hysterie eine Rolle in allem recht erfolgreichen Regierung ins Schleudern bringt.

Die radioaktive Wolke hat dem Westen offenbar das Hirn vernebelt. Aus der Ukraine erreichen uns die idyllischen Bilder: Emsige Wissenschaftler geizigsten lachende Sowjetmenschen ab, die Erde wird vorbereitet, und glückliche Kühe weiden auf saftigen Wiesen. Die Wolke aus Fallout hat den Eisernen Vorhang überwunden, kehrt aber offenbar nicht mehr zurück. So brach im Westen, wo die Kraftwerke sicherer und die Menschen unsicherer sind, das schiere Chaos aus.

Hierzulande gilt die Meinung beider Experten wenig. So uneins sind sie über bestimmte Details ihrer Begegnung: Zählungen sein mögen, in einem herrscht Einigkeit: Die Bevölkerung war durch die Wolke, die uns streifte, nie gefährdet (was bestimmte Vorkenntnisse nicht ausschließt). Freilich ist dieser zentralen Feststellung eine breite Öffentlichkeit verwehrt geblieben. Derzeit halten die Angstmacher das Feld besetzt – bad news are good news. Ihren Erfolg beziehen sie aus dem Unvermögen der Informationsgebung.

Bis in die Nähe der Komik reicht die deutsche Kleinstaaterei. In einem Bundesland steht die Hamelkeule auf dem Index, im anderen darf sie angeblich gefahrlos verzehrt werden; dem Rindvieh wird einerseits polizeimantlicher Almatrieb androht, nur wenige Kilometer weiter sieht man das sehr viel gelassener. Wichtigkeit, Profilierungssucht und halbgare Katastrophenmeldungen haben einen Fleckentempel an Desinformation hinterlassen, wie sie das KGB in seinen besten Zeiten nicht zuwegegebracht hätte.

Und wo Information ausbleibt, keimt Angst. Der Föderalismus hat diese Bewährungsprobe bisher nicht bestanden. Bei Herausforderungen dieser grenzüberschreitenden Art muß ein föderales System zuerst einmal Augenmaß beweisen, einerseits das Augenmaß für dezentrale Maßnahmen; zum anderen jenes für die Pflicht des Zentralstaates, Föderal zu entscheiden, dort zu beschließen, wo die Schläge es erfordert, bedeutet mithin auch, Kompetenzen wenn nötig rasch abzugeben. Die Zentralgewalt hat jedoch nicht nur gezögert, sondern auch nicht die Kraft aufgebracht, das Notwendige an sich zu ziehen.

So steht es den Deutschen auch schlecht an. Spott über das peinliche Hückbackt der Europäischen Gemeinschaft auszuüben. Zwischen den Polen Sicherheit und Freiheit hat die EG auch gestern noch immer nicht die Kraft zur Entscheidung gefunden. Die Außenminister haben das Thema den Experten überantwortet. Das Strickmuster ist bekannt: Jedes Mitglied begründet die verschärften Werte nur dann, wenn es seinen eigenen Exporten nicht schadet. Für die Bürokraten gilt wie für andere Exekutiven, daß man für den Ausbruch von Schweinepest oder Tollwut gerüstet ist, nicht jedoch für den Ausbruch eines tollwütigen Kernreaktors.

Wer sich von den Medienwink-



Die Unmöglichkeit, Binnenschranken zu entfernen – so war die Unterschrift dieser Karikatur von 1834

FOTO: KEYSTONE

Mit wem Syrien in Sachen Terrorismus zusammenarbeitet

Assad preist Selbstmord-Aktionen / Von Jürgen Liminski

Die syrische Führung hat den Westeuropäern Zusammenarbeiten bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus angeboten. Auch die Algerier erklärten sich dazu bereit. Und wenn man jetzt noch Khadafi darum bittet, so würde dieser gewiß auch nicht nein sagen. Schließlich könnten ja auch alle etwas dazu beitragen.

Die Bearbeitung des Falles Libyen scheint nach der Anti-Terror-Erklärung der Sieben in Tokio jetzt in der richtigen Schublade zu liegen. Bei Syrien ist das Bild noch etwas konfus, das terroristische Element in der Politik der syrischen Führung offenbar noch nicht für alle eindeutig geklärt. Hier muß noch sortiert werden. Das tut in der Tat not. Denn in Damaskus tummeln sich allerhand Leute.

Zum Beispiel: Der syrische Zweig der Gruppe Abu Nidal. Er ist seit Beginn der achtziger Jahre in Damaskus ansässig und wird geführt von zwei Herren namens Mustafa Murad und Abdul Rahman

Issa. Sie arbeiten eng mit dem libyschen Zweig der Abu-Nidal-Gruppe zusammen, und nicht wenige Mitglieder beider Gruppen kennen sich schon aus den Tagen, da sie sich noch „Schwarzer Juni“ nannten und in Rom eine vollbesetzte PanAm-Maschine sprengten.

Dann ist da die Gruppe des Kinderarztes Georges Habasch. Sein Metier ist seit Jahrzehnten der Terror. Die Praxis seiner Zentrale in Damaskus ist gelegentlich für Besucher geöffnet. Denen erzählt er dann etwas von seinem unerbittlichen Kampf gegen Israel, der notfalls auch Jahrhunderte dauern könne. Ähnlich verhält es sich mit der Gruppe des Achmed Deschibri, den Fatih-Kämpfern des Arafat, Gegnern Abu Musa, den Volkskämpfern des eher unbekannten Samir Goschch, der „Demokratischen Befreiungsfront“ des bekannten Marxisten Hawathme, diversen ausländischen Vereinen und „Armeen“ (zum Beispiel die rote japanische oder die „geheime

für die Befreiung Armeniens“). All diese Gruppen haben in Syrien Wohn- und Ausbildungsmöglichkeiten. Sie planen in der ehemals so malerischen Stadt, starten von hier und kehren nach vollbrachter Tat in Rom und Wien, Athen, Amman, Nikosia, Nablus oder Ankara auch wieder an den Ort vergangener arabischen Ruhmes zurück.

Dann müssen auch noch die diversen Wohnorte sortiert werden. Zum Beispiel gibt es das Lager Reihan, 15 Kilometer östlich von Damaskus, das Hamurja-Camp, das Beit-Naim-Lager, weitere Lager in der Provinz und nicht zu vergessen das Ausbildungszentrum in der libanesischen, von syrischen Truppen besetzten Bekaa-Ebene, Bar-Elias. In Sachen Kontrolle über diese Lager verstehen die Syrer keinen Spaß. Wenn sich die Terroristen zu eigenmächtig gebärden oder gar selbständig machen wollen, wird auch mal hart durchgegriffen. Bei Auseinandersetzungen zwischen syrischen Bewachern

IM GESPRÄCH Mathilde Berghofer

Demnächst Ministerin?

Von Peter Schmalz

Hinter ihrem Schreibtisch im ersten Stock am Münchner Salvatorplatz steht auf einem Bord ein Nilpferd aus poliertem Granit. Das sind sympathische Tiere, sagt Mathilde Berghofer-Weichner, sie haben eine dicke Haut und lassen sich nicht aus der Ruhe bringen. Eigenschaften also, die einem Politiker das Leben erleichtern können. Eigenschaften auch, die Frau Berghofer-Weichner benötigen wird, denn die Chancen stehen gut, daß sie mit ihrem Nilpferd nach der bayerischen Landtagswahl umziehen wird aus dem Kultusministerium, wo sie seit bald zwölf Jahren als Staatssekretärin arbeitet, hinüber ins Arbeits- und Sozialministerium, wo sie Bayerns erste Frau auf einem Ministerstuhl wäre.

Der Platz wird frei, weil der jetzige Amtsinhaber Franz Neubauer demnächst zum Präsidenten des Bayerischen Sparbundes und Giroverbands (zumindest finanziell) aufrückt. Schon vor zwei Jahren, als Fritz Pöhl das Ministerium nach 22 Jahren in Richtung EG-Parlament verließ, hatte Frau Berghofer-Weichner den Ministerposten übernommen, damals aber liebgeliebt ihr Hausfrau Hans Maier mit dem Ausstieg aus der Politik, und seine Staatssekretärin machte sich Hoffnungen auf einen Aufstieg im eigenen Ministerium. Mittlerweile aber will Minister Maier bleiben.

Aber nur einmal hat sich die Tochter eines Oberpostpräsidenten ein politisches Ziel fest vorgenommen: Endlich erwachsen, werde sie denen in der Politik zeigen, wie man's richtig macht. Sie mußte aber noch lange Jahre warten, denn damals bedurfte es zur Wählbarkeit des Alters von 25. So geschah es, daß sie 1966 kurz vor der Gemeinderatswahl der CSU beitrug, Kandidatin wurde und in den Gemeinderat des Münchner Vorortes Gauting gewählt wurde, dem sie noch heute angehört.



Lehrer viel gedrängt: Die bayerische Kultus-Staatssekretärin Mathilde Berghofer. FOTO: CLAUS HAMPEL

Falls Frauen es tatsächlich in der Politik schwerer haben als Männer, dann zählt die promovierte Juristin Berghofer-Weichner zu den Ausnahmen: Mit flotten Mundwerk – dessen Qualitäten sie auch vor den Ohren des Ministerpräsidenten in der Kabinetsrunde nicht verbirgt – stieg sie auf in der Jungen Union, wurde 1963 CSU-Vorstandsmitglied und fünf Jahre später als stellvertretende Landesvorsitzende der einzigen weibliche Strauß-Vize. Das ist sie noch heute.

Frau Berghofer-Weichner ist verwitwet und vergräbt sich in Arbeit: die Berge auf ihrem Schreibtisch als generalisierende Alibie und Ausdauer. Dabei hilft ihr die Juristerei, sich überall schnell einzuarbeiten – wenn gleich sie gern Biologie und Chemie studiert hätte. Aber sie sagt sich: Die Naturwissenschaften sind für Frauen ein steiniger Weg. Und fürs Lehramt wollte sie nicht studieren. „Von unserer Klasse wurde keiner Lehrer. Dafür haben wir unsere Lehrer viel zu viel gedrängt“, sagt die Staatssekretärin im Kultusministerium.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Sie geht auf dem SPD-Wirtschaftskongress ein:

Weiterhin schwebt über der SPD der Vorwurf mangelnder Kompetenz bei Wirtschaftsfragen. Ohne diese Kompetenz läßt sich in diesen Tagen – trotz Tschernobyl – keine Wahl gewinnen. Viele warten angesichts sozialdemokratischer Thesen nur darauf, wieder die Marktwirtschaft des Sozialismus benützen zu können. Kandidat Rauh hat mit einer Gralwanderung versucht, die Fallen zu umgehen. Soviel Konkretes wie möglich, soviel Unverbindliches wie nötig, könnte man seine Grundsatze in Anlehnung an seine Auflösung des Gegensatzes Markt und Staat (sozial Markt wie möglich...) charakterisieren. Der Rest ist Arbeitsleistung, Dohnanyi umwirbt die Unternehmer, Farthmann führt die marktwirtschaftliche Mängelrolle.

Daily Telegraph

Die Londoner Zeitung kommentiert die EG-Grunderwert-Generale:

Wie die Weltgesundheitsorganisation aufgezeigt hat, mag es einen Grund für ein Einfuhrverbot von Lebensmitteln aus Gebieten geben, die möglicherweise von der Strahlung des sowjetischen Atomkraftwerks versucht wurden, doch ist die Logik nicht sofort zu erkennen, sieben Ostblockländer mit einem umfassenden Verbot zu belegen. Schließlich sind Winde nicht dafür bekannt, internationale Grenzen zu respektieren. Noch eigentümlicher ist, daß Ostdeutschland, obwohl es direkt im Pfad der nach Westen ziehenden Ver-

NEUE RUHR ZEITUNG

Das Ruhrgebiet macht eine „Chasse der Interessen“ aus:

Mafkaten, Richtwerte für die Nahrungsmittel Gemüse und Milch, aber keine für Fleisch? Wie will die Bundesregierung das erklären – im Interesse der Verbraucher oder der Landwirtschaft? Wer wundert sich da noch, wenn Hesse eigene Werte festlegt, als ob es auf einer Insel und nicht im Zentrum der Bundesrepublik läge? Widersinn hier wie dort. Dabei hätte Bonn längst die Innenminister aus Bund und Ländern zusammenrufen müssen, um einheitliche Maßnahmen zu beschließen.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Sie begrüßt von Berg im Westen:

Vielleicht war (der SED) ein Dissident, der sich auch für eine bewußte Umweltpolitik eingesetzt hat, gegenwärtig lästig. Vielleicht wollte ihm ein einstiger Gönner einen Gefallen tun. Vielleicht ist aber auch das Bergsche Denkmodell einer europäischen Gemeinschaft der Anlaß für die DDR-Führung, mittels des Ausreisestempels sozusagen zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Denn Bergs optimistisch-utopische Vorstellung einer einigen, starken EG als dritter Kraft zwischen Sowjets und Amerikanern paßt gut in die außenpolitische Ostblock-Linie, wo alles erwünscht ist, was die Westeuropäer aus der Überlebensgemeinschaft mit Amerika herauslösen könnte.

des Terrors berieten offenbar auch die Außenminister Syriens, Libyens und Irans bei einem Treffen Mitte April und bei einem Lokaltreffen in Damaskus. Für die dort ansässigen Terrorgruppen forderte Habasch jetzt, die Zahl der Aktionen gegen westliche Ziele zu erhöhen. Da könnten die Syrer den Europäern also einiges erzählen.

Wahrscheinlich tun sie das auch. Bei den Amerikanern sind sie schon kleinlaut geworden. In Washington ist es mit ihrer Glaubwürdigkeit nicht gut bestellt. Dort zählt Syrien mit Libyen und Iran zum Trio des Staatsterrorismus. Und deshalb nimmt man arabische Warnungen vor einem israelischen Präventivangriff auf Syrien nur insofern ernst, als es die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Syrien und vielleicht auch die eine oder andere terroristische Aktion oder eigene militärische Vorbereitungen verdecken könnte. Das politische Sortiment des Überlebenskünstlers Assad ist reichhaltig.

Das Geheimnis um den Helden „S“ ist gelüftet

Er war Chef eines der größten deutschen Wirtschaftsunternehmen; er war der erste, der die Alliierten über die „Endlösung“ informierte; er berichtete über den Rußlandfeldzug und die V2. Er sollte eine wichtige Rolle im Nachkriegsdeutschland spielen. Doch die Entnazifizierung stempelte den Anti-Nazi zum Nazi. In den USA wurde jetzt sein Name enthüllt: Eduard Schulte.

Von FRITZ WIRTH

Es war ein heißer Tag im Juli 1942. Ein energischer, hochaufgeschossener Mann, gehbehindert, drängte sich auf dem Bahnhof in Breslau durch die Menge heimkehrender Soldaten und bestellte ein Ticket nach Zürich. Der Mann am Schalter schaut neugierig. Reisen von Breslau in die Schweiz sind selten geworden in diesen Tagen. Der Mann befragt sofort: Dieser Reisende mußte eine wichtige Persönlichkeit sein.

Es war eine Reise, die Geschichte machte. Und dennoch wissen wir erst seit wenigen Tagen von dieser Reise, diesem Mann und seiner Mission. Die Historiker Walter Laqueur und Richard Breitman enthüllen es in ihrem jüngsten Buch „Breaking the Silence“, das jetzt in den USA veröffentlicht wurde. Die Geschichte ihres Buches ist fast ein Detektivroman an sich.

Denn dieser Mann, der da am 29. Juli zu seiner Reise nach Zürich aufbrach, Chef eines der größten deutschen Industrieunternehmen der damaligen Zeit mit 30 000 Angestellten, war bis vor wenigen Jahren eine der geheimnisvollsten Persönlichkeiten des deutschen Widerstandes. Der amerikanische Geheimdienst führte ihn unter der Codenummer 843. Einige wenige wußten, daß sein Nachname mit „S“ begann. Doch sonst umgab diesen Mann, 40 Jahre nach seiner Mission, ein großes geheimnisvolles Schweigen. Und seine Mission, die ihn veranlaßte, am 29. Juli 1949 in Breslau ein Ticket nach Zürich zu kaufen, wurde zu einer der größten Tragödien des deutschen Widerstandes.

Er wollte die Alliierten zum Handeln zwingen

Denn das Geheimnis, das dieser Mann persönlich in die Schweiz mitnahm, war die erste authentische Warnung an die Alliierten, daß Hitler mit der „Endlösung“ begonnen hatte, daß die ersten 449 Juden in Auschwitz vergast worden waren und daß Millionen folgen sollten. „S“ wollte mit seiner Mission in die Schweiz die Alliierten zum Handeln bewegen und das Schlimmste verhindern. Walter Laqueur beschreibt in den vergangenen Wochen diesen Mann und seine Mission mit dem Satz: „In einer Zeit, die so knapp geworden ist an Helden, haben wir einen gefunden.“

Wer also war dieser stille Held und wie wurde er entdeckt? In fast allen Büchern über die „Endlösung“ taucht „S“ als der anonyme deutsche Industrialist auf, der zum ersten Mal die Außenwelt über die Vergasung der Juden informierte. Alfred Morse stieß bei den Nachforschungen zu sei-

dem Buch „While Six Million Died“ immerhin auf einen Mann, der „S“ kannte; mit ihm befreundet war, der jedoch sein Ehrenwort gegeben hatte, die Identität dieses Mannes nicht zu enthüllen und der bis zum heutigen Tag zu diesem Ehrenwort steht. Er heißt Gerhart Riegner, ist Jurist und war im Kriege unter Hermann Goebbels in Genf juristischer Berater des „Jewish World Congress“.

„S“ bekam dennoch immer konkretere Konturen. Als Walter Laqueur vor sechs Jahren an seinem Buch „The Terrible Secret“ arbeitete, erhielt er buchstäblich in letzter Minute von einem Freund in der Schweiz den vollen Namen des Mannes. Er hieß Eduard Schulte. Laqueur konnte seinen Namen nur noch in einer Fußnote des bereits gedruckten Buches unterbringen.

Was Walter Laqueur zu jenem Zeitpunkt nicht wußte: Er hatte mit Ruprecht Schulte, dem Sohn dieses Eduard Schulte, in Breslau in der gleichen Schulklasse gesessen. Zusammen mit Richard Breitman, der seit Jahren unabhängig von Laqueur auf den Spuren Schultes war, fügte er mosaikhaft Leben und Mission dieses Mannes zusammen. Das Ergebnis ist „Breaking the Silence“. Es wird in wenigen Wochen in deutscher Sprache bei Ullstein erscheinen.

Wer also war dieser Eduard Schulte? Er wurde am 4. Januar 1891 in der Klosterstraße in Düsseldorf geboren. Der Vater liberaler Protestant, Bergbau-Ingenieur, passionierter Jäger, wöchentlich regelmäßiger Gast im Düsseldorfer Theater, das unter Louis Dumont blühte. Eduard Schulte studiert in Köln, Bonn und Erlangen und promoviert dort 1912 in den Wirtschaftswissenschaften. Hanteljahre bei der Berliner Handelsgesellschaft. Im Ersten Weltkrieg wird er ins Kriegsministerium berufen, wo er verantwortlich für die Produktion von Seife in Deutschland ist. Nach dem Kriege macht ihn der amerikanische Sunlight-Konzern 1921 zum Chef seiner deutschen Sunlight-Tochter in Mannheim. 1925 wird er in Breslau Chef eines der größten deutschen Bergbau-Unternehmen, der Firma „Georg von Giesecke & Co.“, die sich zum Teil in deutschem, polnischem und amerikanischem Besitz befindet. Mit einem Jahreseinkommen von 200 000 Mark wird Schulte schnell ein wohlhabender Mann.

Ingerhuld weniger Jahre gehört Schulte zu den führenden deutschen Industriellen. Am 20. Februar 1933 wird er zusammen mit anderen deutschen Industriellen wie Gustav Krupp, Albert Vögler, Georg von Schnitzler und Fritz Springorum von Hitler und Göring nach Berlin eingeladen. Schulte spricht auf diesem Treffen kein Wort, doch er kehrt als überzeugter Anti-Nazi nach Breslau zurück. Er hält die neuen Herren für Gangster und ist sicher, daß sie mit ihrem politischen Programm Deutschland in absehbarer Zeit in den Krieg führen werden.

Für die Nazis ist Schulte ein wichtiger Mann. Seine Firma Giesecke ist seit 1934 Deutschlands größter Zinkproduzent. Einige Jahre später machen sie ihn zum „Wehrwirtschaftsführer“. Sie ahnen nicht, wie Schulte wirklich denkt. „Schulte war trotz seines beruflichen Erfolges stets ein Einzelgänger“, sagt Walter Laqueur. „Das hat ihm in den kritischen Jahren während des Krieges wahrschein-

lich das Leben gerettet. Er suchte sich seine Freunde sorgfältig aus.“

Schulte bekommt als Industrieller schnell Kontakt zum deutschen Generalstab, zu Generalen wie Beck von Brauchitsch, Manstein, Rundstedt und von Stülpnagel, der im Aufsichtsrat seiner Firma sitzt. Sein Stellvertreter bei Giesecke ist Otto Fittner, ein hundertprozentiger Nazi und enger Freund des Gauleiters Hanke in Breslau. Aus diesen Quellen bezog Schulte seine Informationen. Sie lieferten auch den Stoff, der Schulte am 29. Juli 1942 zu seiner Mission nach Zürich veranlaßte.

Von Fittner erfährt Schulte, daß Himmler am 17. Juli 1942 Breslau besuchen werde. Der wahre Grund seines Besuchs aber sei Auschwitz. Es dauerte keine zehn Tage, bis Schulte wußte, was Himmler wirklich in Auschwitz tat. Er war dort Zeuge der Vergasung von 449 Juden im Bunker 2. Die „Endlösung“ hatte begonnen. Schulte reiste auf der Stelle in die Schweiz, ohne seine Frau oder Sekretärin darüber zu informieren.

Bedingung: Mein Name darf nicht genannt werden

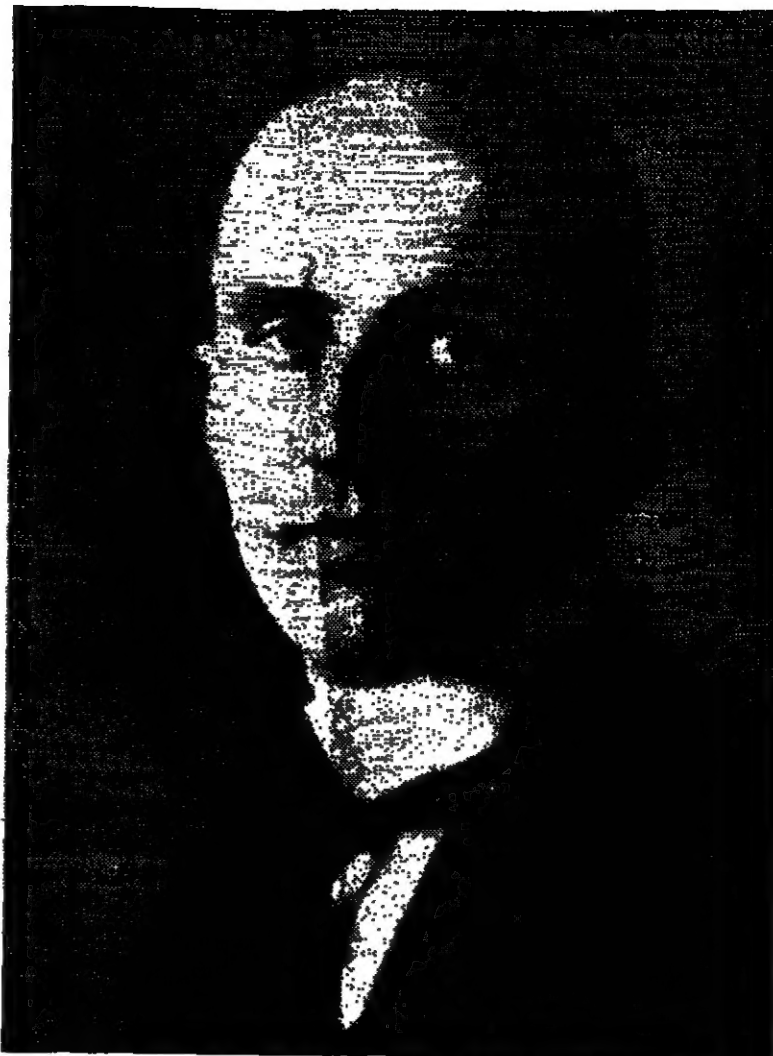
Er war häufiger Gast dort. Seine Firma hatte enge Kontakte zu Schweizer Banken. Seine Reisen also fielen den Nazis nicht auf. Sie ahnten nicht, daß er dort auch gute Kontakte zu amerikanischen, britischen und polnischen Geheimdiensten unterhielt.

Dies jedoch sollte keine Nachricht für die Geheimdienste sein. Er wollte sie vielmehr so schnell wie möglich an jüdische Institutionen in den USA und Großbritannien weiterleiten in der Hoffnung, daß sie genug Einfluß hatten, ihre Regierungen zum Handeln zu bewegen. Deshalb suchte er sofort in der Schweiz Kontakt zu jüdischen Freunden. Seine einzige Bedingung: Sein Name dürfe nicht als Informant enthüllt werden. Es hätte ihm das Leben gekostet.

Drei Tage später fuhr Schulte wieder nach Breslau zurück. Die Tragik seiner Mission: Seine Nachricht, von jüdischen Freunden über diplomatische Kanäle nach Washington weitergeleitet, verhedderte sich im Gestrüpp der skeptischen Bürokratie des State Departments. Das zögerte, wie Schulte es wünschte, an den Rabbi Stephen Wise weiterzuleiten. Die Briten handelten schneller. Sie schickten die Nachricht Schultes an den Labour-Abgeordneten Sidney Silverman weiter, der selbst Stephen Wise informierte.

Wise trat am 24. November mit einer Pressekonferenz in New York die Flucht in die Öffentlichkeit an. Schlagzeile der „Herald Tribune“: „Wise erklärt, Hitler habe die Ermordung von vier Millionen Juden angeordnet.“ Das Ergebnis: eine Erklärung, in der die USA und Großbritannien zusammen mit zehn anderen Nationen den Mord an den Juden verurteilten. Es war eine schwere Enttäuschung für Schulte. Er hatte gehofft, daß die Alliierten diese Todeslager angreifen und die Insassen befreien würden.

Das folgende Jahr wurde schmerzhaft für Schulte. Sein ältester Sohn Wolfgang fiel in Stalingrad. Am 4. Dezember des gleichen Jahres erhielt Schulte eine verschlüsselte Nachricht aus der Schweiz, daß er unverzüglich Deutschland verlassen solle. Die Ge-



Eduard Schulte: Ein Kämpfer gegen das Nazi-Regime

FOTO: ULLSTEIN

stapo war auf seiner Spur. Die Flucht in die Schweiz gelang um Haasrebrette. Wenige Monate später folgt ihm seine Frau Clara. Im Frühjahr 1944 verliehen ihm die Nazis das Kriegsverdienstkreuz. Schulte begriff es als einen Versuch, ihn aus dem Asyl in der Schweiz herauszulocken und lehn ab.

In der Schweiz hat er schnell engen Kontakt mit Allen Dulles, dem späteren CIA-Direktor. Beide kennen sich aus Vorkriegstagen, als Dulles noch in einer Rechtsanwaltsfirma arbeitete. Dulles leitete seit dem Herbst 1942 in Bern das amerikanische „Office of Strategic Services“ (OSS). Er arbeitete eng mit Männern des Widerstandes zusammen und nannte Leute wie Schulte „meine Kronjuwelen“.

Er hatte guten Grund das. Schulte hatte nicht auf die erste Nachricht, über den Beginn von Hitlers „Endlösung“ zu den Alliierten gebracht, er hatte ihnen sechs Wochen vor Beginn des Rußlandfeldzuges den genauen Termin dieser Invasion genannt und außerdem wertvolle Hinweise über die V1- und V2-Raketen gegeben.

Für Dulles aber hatte Schulte einen noch viel größeren Wert. Er hielt ihn für einen der Männer, die geeignet waren, Deutschland wieder aufzubauen. Dulles ließ Schulte in der Schweiz ein 150-Seiten-Memorandum über die wirtschaftlichen Strukturen des neuen Deutschlands schreiben. Im August 1945 stellte die OSS für Deutschland eine Liste von Männern zusammen, die geeignet waren, in einer neuen deutschen Regierung ein Ministeramt zu übernehmen. Eduard Schulte war unter ihnen.

Im gleichen Monat landete Schulte mit großen Hoffnungen in Berlin. Im Oktober 1945 richtete General Clay in Berlin das „Office of Military Government“ (OMGUS) ein. Oberst James Boyd wurde darin der Chef der Wirtschaftsabteilung. Boyd wählte Eduard Schulte zusammen mit Ferdinand Friedensburg, Konrad Mommsen, Walter Schreiber und Otto Heinz von der Gablentz als Kandidaten für höchste Positionen in ei-

nem künftigen zentralen deutschen Industrieministerium aus.

Schulte schien am Ziel seiner Wünsche, die indes wenige Monate später zur Farce wurden. Die grausame Ironie: Der überzeugte Anti-Nazi Schulte geriet in die Entnazifizierungsmühle. Man hatte entlockt, daß er den Titel eines „Wehrwirtschaftsführers“ trug, daß die Nazis ihm das Kriegsverdienstkreuz verliehen hatten und daß Schulte Briefe mit „Heil Hitler“ unterzeichnet hatte. Es gab guten Grund, Schultes Laufbahn im Dritten Reich sorgsam zu prüfen, bevor ihm eine hohe Position angeboten würde.

Auch Allen Dulles konnte nicht helfen

Der Mann, der dies tat, hieß Thomas Stauffer und er schrieb in die Akte Schulte den fatalen Satz: „Ohne überzeugende Aussagen des amerikanischen Geheimdienstes wird Schulte als ein aktiver Nazi betrachtet.“ Es half nicht, daß Allen Dulles und Feldmarschall Montgomery ihm schriftlich bescheinigten, er habe sich „um die Vereinten Nationen und die Freiheit verdient gemacht“. Im Sommer 1946 kehrte Schulte enttäuscht in die Schweiz zurück und sagte öffentlich kein Wort mehr über das, was er getan hatte und das, was ihm angetan wurde. Er verschwand in den Kriegsanalen als der „anonyme deutsche Industrialist“.

Im Jahre 1955 stirbt seine Frau Clara. Ein Jahr später heiratet Schulte seine Geliebte Doris, die er schon seit Kriegstagen in Zürich kannte. 1966 stirbt er an Magenkrebs in Zürich. Wenige Tage später wird Schulte im Familiengrab in Düsseldorf beigesetzt. Seine Witwe erhielt keinerlei Trauerbotschaften irgendwelcher alliierter Regierungen. Nirgendwo ein Wort des öffentlichen Dankes.

Der letzte Trost: „Ich habe soeben erfahren“, sagte Walter Laqueur in der letzten Woche, „daß in Jerusalem eine Straße nach ihm benannt werden soll.“

Die einzige Bürgerinitiative ist für die Kernenergie

In Obrigheim arbeitet Deutschlands ältestes kommerzielles Kernkraftwerk. Hat sich das Leben am Neckar nach dem Unfall in Tschernobyl geändert?

Von HARALD GÜNTHER

Siegfried Lange ist Sozialdemokrat. Wenn er aber an seine Genossen denkt, die den Reaktorunfall in Tschernobyl zum Anlaß nehmen, den „Ausstieg aus der Kernenergie“ zu verkünden, dann platzt ihm der Kragen. „Wir können auf die Kernkraft nicht verzichten“, sagt der 51jährige Maschinenmeister, „und haben dazu auch gar keinen Anlaß.“ Siegfried Lange weiß, wovon er redet. In den fünfziger und sechziger Jahren hatte er seine Brötchen im Bergbau verdient. Dann, anno 1968, wechselte er Arbeitsplatz und Wohnort, zog nach Obrigheim am Neckar, wo der damals größte Leichtwasserreaktor Europas am Netz ging. Heute ist das SPD- und ÖTV-Mitglied Lange im siebten Jahr Betriebsratsvorsitzender der Kernkraftwerk Obrigheim (KWO) GmbH, dem ältesten noch in Betrieb befindlichen kommerziellen deutschen Atommeiler. Gut 800 Arbeiter und Angestellte sind hier beschäftigt. Die meisten, bis hoch in die Chefetagen, wohnen in nächster Nähe. Fluktuation ist ein Fremdwort. „Hier geht keiner vorzeitig weg“, bestätigt Siegfried Lange, „es sei denn, er stirbt.“

So standhaft wie das Personal ist auch der betagte 350-Megawatt-Reaktor. Seit Oktober 1968 hat er insgesamt 43 Milliarden Kilowattstunden elektrische Energie geliefert. In dieser Zeit war seine Stromerzeugungskapazität zu 83,5 Prozent ausgelastet. Obrigheim liegt damit unter den zehn zuverlässigsten Kernkraftwerken der westlichen Welt. Zu den sichersten gehört es ohnehin: Während seiner 18 Betriebsjahre gab es nur einen einzigen Störfall. Das war 1972, als ein Entwässerungsbehälter zerbrach, ohne freilich Radioaktivität an die Umwelt abzugeben.

Die Umwelt ist der Naturpark Neckartal/Odenwald. Dunkelgrün bewachsene Hügelketten, in Flußnähe leuchtend gelbe Rapsfelder, blühende Obstplantagen und Wiesen, darzwischen auch mal ein Rebhang, der für seinen trockenen Wein mehr berühmt ist als für seinen Wein. Nach Heidelberg sind es 40 Kilometer Luftlinie. Eine Landschaft zum Träumen und Erwandern. Aber auch ein strukturelles Notstandsgebiet im Musterlande Baden-Württemberg. Mit 6,3 Prozent liegt die Arbeitslosenquote des Neckar-Odenwald-Kraises 1985 weit über dem Durchschnitt.

Ortsunkundige müssen zweimal hinschauen, um am Nordrand Obrigheims die Abfahrt hinunter ins Tal zum Kernkraftwerk nicht zu übersehen. Keine Dampfschwaden weisen den Weg, weil die Anlage, 500 Meter von der Kerngemeinde am Neckar entfernt, ohne Kühlturm auskommt. Vor Ort dann die nächste Überraschung: Ein normaler Fabrikum umschließt das Kraftwerksgelände. Martialische Sicherheitsvorkehrungen sind nicht zu sehen.

Sie waren bisher auch nicht notwendig. Denn das ist das besondere Phänomen in Obrigheim: Bevölkerung und Kernkraftwerk leben in ungetrübter Harmonie. Demonstrationen kennt man nur vom Fernsehen, die einzige Bürgerinitiative weit und breit, 120 Mitglieder stark, ist nicht gegen, sondern für die Atomenergie. Und daran hat sich seit Tschernobyl nichts geändert. Ob Passant oder Bauer, Arbeiter oder Geschäftsmann, sie alle, so sagen sie, „schlafen ruhig“, weil man weiß, daß das Kraftwerk „absolut sicher“ und mit dem russischen Unglücksreaktor nicht zu vergleichen ist. Gerhard Stadler, der Apotheker, hat in den letzten zwei Wochen erst einen Kunden erlebt, der nach Jod-Tabletten fragte. „Aber das“, erkannte der Mann im weißen Kittel auf Anhieb, „war kein Obrigheimer.“

Die Akzeptanz des nuklearen Oldtimers ist auch im kommunalpolitischen Leben der sozialdemokratischen Hochburg Obrigheim ungebrochen. Zwar glaubte Ulrich Lang, der SPD-Landesvorsitzende, dort während einer DGB-Kundgebung am 1. Mai Zustimmung für seine These vom „Übergangsenergetiker“ vom Atomkraft ausgemacht zu haben. Doch da muß er mit zu vielen Auswärtigen geredet haben. Eckhard Hoffmann, Gemeinderat, langjähriger SPD-Kreisvorsitzender und Mitglied im Mosbacher Kreistag, kennt jedenfalls „keinen im Ortsverein, der so denkt“. Sich selbst bezeichnet Hoffmann als „Wegbereiter“ des Reaktorbaus in Obrigheim und uneingeschränkter Befürworter der Kernenergie.

Ist Obrigheim deshalb eine Insel der Unwissenden und Ignoranten? Wohl kaum. Gerade die Nähe „ihres“ KWO sorgt unter den 5000 Einwohnern für ein hohes Maß an Aufklärung. „Wir betreiben eine wesentliche öffentliche Informationspolitik“, betont Paul Dangelmaier, seit Mitte 1989 kaufmännischer Geschäftsführer der Kraftwerksgesellschaft. Das kommt nicht nur in jährlich 15 000 Besuchern zum Ausdruck. 1979 beispielsweise, als Harrisburg für Schlagzeilen sorgte, flogen 40 „Multiplikatoren“ aus Obrigheim und Umgebung auf KWO-Kosten über den großen Teich, um sich an Ort und Stelle ein Bild vom Ausmaß des Reaktorunfalls zu machen. Jetzt, wenige Tage nach der Katastrophe in der Ukraine, war es nicht etwa das Landratsamt, sondern wieder die KWO, die zu einer großen Aufklärungsveranstaltung einlud. Wenn heute Landwirte und Hobbygärtner ihre Gemüsesorten dem Maßstab des Kernkraftwerks anvertrauen, dann spricht das für das „in zwei Jahrzehnten gewachsene Vertrauen“, auf das Bürgermeister Roland Zimmermann so stolz ist.

Das kann noch einmal sehr wichtig werden. Obrigheim nämlich ist, nach der südbadischen Winzergemeinde Wyhl, im fachlichen Entwicklungslan des Landes als potentieller Standort für ein weiteres Kernkraftwerk ausgewiesen. Anders als in Wyhl aber wünscht man sich in und um Obrigheim nichts schmerzlicher als die baldige Erfüllung dieses Plans. Im Gemeinderat, in dem CDU und SPD je neun Sitze haben, fielen seit den frühen siebziger Jahren alle einschlägigen Planungsentscheidungen einstimmig. Und als besagter Standortvorschlag im letzten Jahr fortgeschrieben wurde, war der Bauplatz auf Obrigheimer Markung der einzige im ganzen Land, gegen den auch von den Umlandgemeinden kein Einspruch erhoben wurde.

Unsere Initiativen für die Leistungsfähigkeit der Börse kommen Ihnen als Anleger zugute.

Neben bewährten Standardwerten, die eine solide und breite Angebotsbasis bilden, finden in zunehmendem Maße Aktien-Neuemissionen starke Beachtung an der Börse und stoßen auf lebhaftes Anlegerinteresse.

Als Partner trägt die Deutsche Bank mit dazu bei, durch Placierungen von Aktienemissionen expandierenden Unternehmen den Weg zum Kapitalmarkt zu ebnen. Damit wird für diese Unternehmen die finanzielle Basis zur Lösung wirtschaftlicher und technischer Zukunftsaufgaben geschaffen.

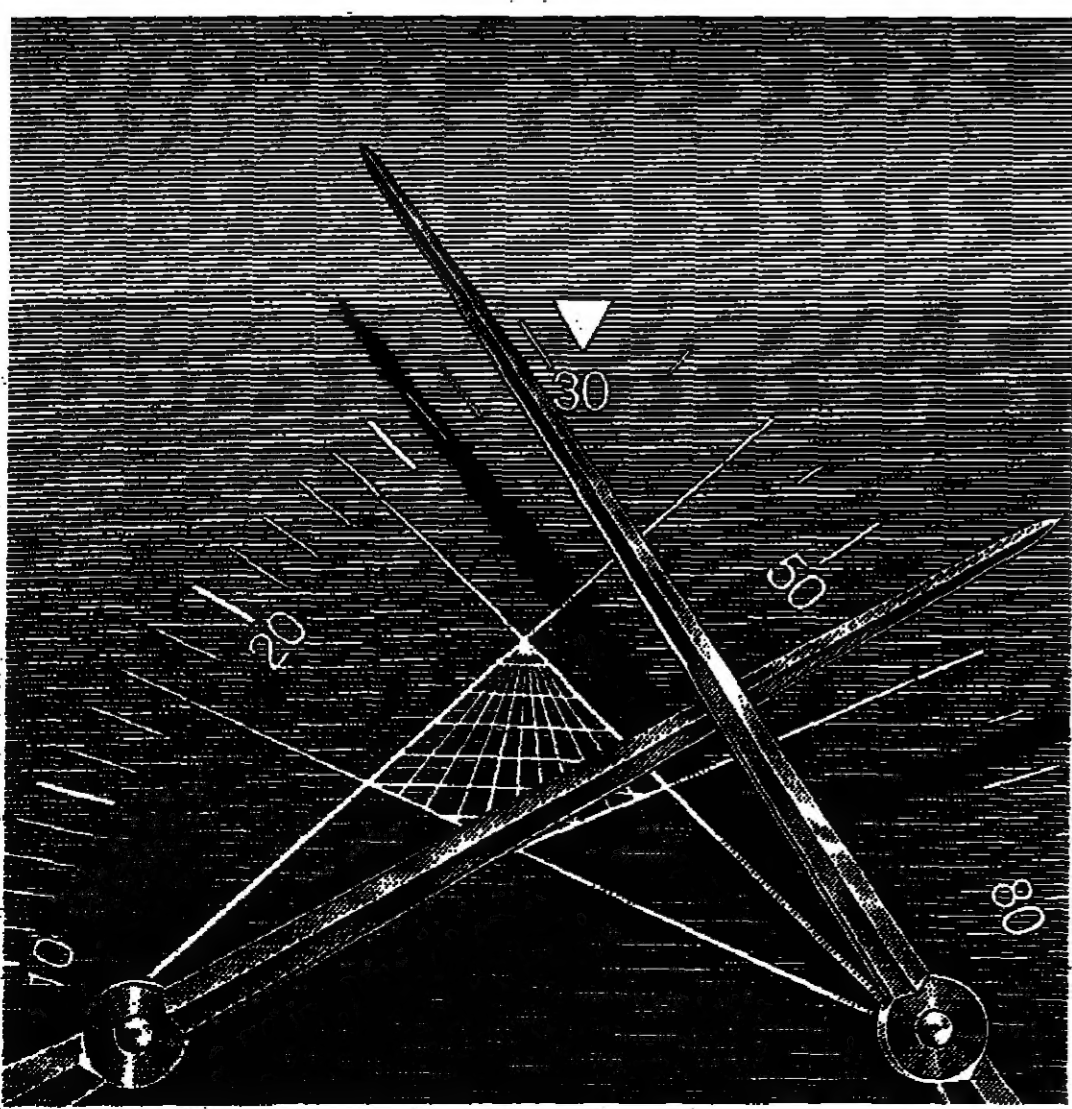
Für beide Seiten, Unternehmen wie Kapitalanleger, stellt die Börse durch die

Neuemissionen ihre Leistungsfähigkeit erneut unter Beweis. So ist die Aktie als klassisches Finanzierungsinstrument für die Unternehmen heute lebendiger denn je. Für den Kapitalanleger bieten Neuemissionen interessante Perspektiven zur Abrundung seines Depots.

Wer das erweiterte Anlagespektrum der Börse nutzen will, sollte mit unserem Anlageberater über diese interessante Anlagemöglichkeit sprechen.

Fragen Sie die Deutsche Bank.

Deutsche Bank



Maßen die Bundesländer sich allmählich eine eigene Außenpolitik an? Vor allem bei den Freien Demokraten, die den Bundesaußenminister stellen, werden solche und ähnliche Vorwürfe gegen „die um die Welt reisenden Ministerpräsidenten“ und gegen einen über-

triebenen Föderalismus und Lobbyismus nach außen erhoben. In dieser Woche spitzt sich der neue Kompetenzstreit zwischen Bund und Ländern zu. Der Bundesrat berät am Freitag im ersten Durchgang über die Ratifikation der „Einheitlichen Europäischen Akte“

der Europäischen Gemeinschaft. Die Länder fordern – in unterschiedlicher Schärfe – mehr Mitsprache bis hin zu Änderungen des Grundgesetzes. In einer Artikel-folge fragt die WELT: Was treibt die Länderchefs über die Grenzen?

Auswärtiges Amt: Den Ländern muß klar sein – das Monopol haben wir

Von GÜNTER BADING

Die von den Bundesländern erhobene Forderung nach einer besseren Vertretung ihrer regionalen Interessen in der Zusammenarbeit zwischen den zwölf Staaten der Europäischen Gemeinschaft stößt bei der Bundesregierung auf viel Verständnis. Allerdings dürfte das nicht zu einer eigenen Außenpolitik der Länder führen, erklärte der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Lutz Stavenhagen, im Gespräch mit der WELT. „Wir wollen durchaus die Zusammenarbeit mit den Ländern in wichtigen Fragen verbessern. Das aber muß sich innerhalb des vom Grundgesetz vorgesehenen Rahmens abspielen. Allein die Bundesregierung hat das Außenvertragsmonopol. Nur sie vertritt die Bundesrepublik Deutschland nach außen und nicht die Länder. Das muß klar sein.“

Nachteile befürchtet

Bei allem Verständnis für den Wunsch der Bundesländer in allen sie selbst, ihre Interessen und ihren Hoheitsbereich berührenden Fragen mitzuspoken, dürfte das „nicht dazu führen, daß wir am europäischen Verhandlungstisch Nachteile haben“, sagte der CDU-Politiker. Zwar wolle in der Bundesrepublik Deutschland niemand die zentralistische Staatsform anderer EG-Staaten haben. Diese bringe bei allen Vorteilen in den Verhandlungen am EG-Ratstisch in Brüssel allerdings den großen Vorteil kurzer Entscheidungswege. Wenn durch eine verstärkte Beteiligung der Bundes-

länder an der innerstaatlichen Meinungsbildung bei uns die Ausarbeitung der deutschen Position so verlängert würde, „daß wir am Verhandlungstisch immer zu spät kommen, so nutzt das niemandem, am allerwenigsten den Ländern.“

Anlaß für eine konkrete Neuordnung der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern bei der Interessenvertretung in Brüssel ist derzeit das Ratifizierungsverfahren für die von den europäischen Staats- und Regierungschefs vereinbarte Einheitliche Europäische Akte, mit der bis 1992 der gemeinsame europäische Binnenmarkt herbeigeführt werden soll. Der Bundesrat wird sich in dieser Woche in erster Lesung mit der Vorlage befassen. Dabei wird auch die künftige Abstimmung mit dem Bund eine wichtige Rolle spielen. Bayern und einige SPD-regierte Bundesländer wollen diese Zusammenarbeit durch ein Gesetz geregelt wissen; der Bundesregierung und einer Reihe von CDU-regierten Ländern würde eine Vereinbarung genügen, die zudem den Vorteil größerer Flexibilität bei Einführung neuer oder Änderung alter Abstimmungsmechanismen hätte.

Staatsminister Stavenhagen skizzierte den gegenwärtigen Beratungsstand – nach insgesamt neun Unter-richtungen des Bundesrates über die Europäische Akte – wie folgt: Die Bundesländer drängen in drei Bereichen auf Klärung.

● Mitsprache der Länder bei Festlegung der deutschen Position für die Verhandlungen am Ratstisch der EG in Brüssel.

● Direkte Vertretung der Länder bei den EG nach dem Muster der dort schon eingerichteten Vertretungen des Saarlandes und Hamburg.

● Eventuelle Änderung der grundgesetzlichen Bestimmung, daß der Bund Hoheitsrechte nur übertragen darf, wenn die Länder zustimmen.

Keine hoheitlichen Aufgaben

Bei der Abstimmung der deutschen Position für Brüssel schwebt den Ländern ein Verfahren innerhalb des Bundesrates, erläuterte Stavenhagen. „Hier ist der Wunsch der Länder, daß immer dann, wenn ausschließlich Länderkompetenzen oder wesentliche Interessen berührt sind, der Bund eine einvernehmliche Position mit den betroffenen Ländern sucht.“ Beispiele für solche die Länder direkt betreffenden Fragen seien der Bereich der Kultur oder auch des Umweltschutzes. An neue Gremien sei nicht gedacht, sondern schon jetzt gebe es beim Bundesrat einen Ausschuss für Europafragen, in den die Länder immerhin Vertreter im Ministerrat entsenden.

Zur Direktvertretung der Länder bei den EG, sagte Stavenhagen: „Dies ist ein Thema, das bei den Ländern sehr aktuell ist. Keinesfalls habe Bonn „die Absicht, die Länder bei der Einrichtung solcher Büros zu stoppen. Wir können und wir wollen das nicht. Wir weisen nur darauf hin, daß es Büros sind, die ausschließlich regionale Interessen vertreten und keine hoheitlichen Aufgaben übernehmen dürfen.“

Vogel: Loyal zum Bund vertrete ich Interessen meines Landes nach außen

Von JOACHIM NEANDER

Den immer häufiger geäußerten Vorwurf, die Bundesländer seien dabei, sich eine eigene Außenpolitik anzumaßen, und ihre Ministerpräsidenten würden „Politiktourismus auf Steuerzahlers Kosten“ betreiben, hat der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) in einem WELT-Gespräch in scharfer Form zurückgewiesen. „Dieser Vorwurf beruht auf Neid und Unkenntnis“, sagte er.

„Wenn immer er ins Ausland fährt, wie zuletzt nach Ungarn, informiere er vorher und nachher das Auswärtige Amt, betonte der Regierungschef. Dies sei keineswegs „Gegenaußenpolitik der Länder“. Die Außenpolitik falle voll in die Verantwortung auch des Bundesrates, dessen Auswärtigen Ausschuss die Ministerpräsidenten der Länder bilden. Es sei dringend notwendig, daß die Bundesrepublik Deutschland sich auch nach außen als föderaler Staat darstelle. Ohne den Bundesrat wären zum Beispiel die Polenverträge nicht zustande gekommen.“

Kenntnisloser Einfluß?

„Davon abgesehen“, fügte Vogel hinzu, „ist die Rolle, die die Ministerpräsidenten der Länder in der Gestaltung der Politik ihrer Parteien spielen, viel zu zentral, als daß sie die Außenpolitik vernachlässigen könnten. Würden sie sich nicht auch in der Welt umsehen, würden sie Kenntnislos auf die außenpolitischen Vorstellungen ihrer Partei aus-

üben. Dies gilt für die Regierungschefs beider großen Parteien.“

Vogel verteidigt auch die beiden „außenwirtschaftlichen“ Büros, die das Land Rheinland-Pfalz in Houston (Texas) und Yokohama (Japan) unterhält, energisch. Hier hätte z. B. auch der Deutsche Industrie- und Handelskammern (DIHT) Bedenken gegen Einzelbestrebungen der Bundesländer geäußert.

Die beiden, in den weltweit wichtigsten Wachstumsregionen über die landeseigene Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landes vor zwei Jahren errichteten Kontaktbüros sollen einerseits Exportverbindungen mit teilständischer rheinland-pfälzischer Firmen unterstützen, andererseits amerikanische beziehungsweise japanische Unternehmen zu Investitionen in Rheinland-Pfalz anwerben.

Vogel: „Natürlich hat das auch Nachteile, wenn zum Beispiel in China nacheinander gleich mehrere deutsche Ministerpräsidenten verhandeln. Aber jahrelang ist hier doch nichts geschehen. Wo war denn die deutsche Außenhandelspolitik, wenn es darum ging, auch mittelständischen Firmen Chancen auf Auslandsmärkten zu öffnen oder ausländische Investoren ins Land zu holen? Für die BASF brauche ich nicht herumreisen, die ist überall vertreten. Aber wenn man an Ort und Stelle sieht, welche Möglichkeiten man den mittleren und kleinen Firmen seines Bundeslandes sogar auf einer Reise nach Tibet öffnen kann, dann wird man an der Berechtigung dieser Aktivitäten nicht mehr zweifeln.“

Bangemann will FDP in Hannover mobilisieren

DIETHART GOOS, Hannover

Mit bewußt schlechten Umfrageergebnissen versucht die SPD in Niedersachsen, den Freien Demokraten vor der Landtagswahl am 15. Juni gezielt zu schaden. Das erklärte der FDP-Vorsitzende Martin Bangemann gestern nach einer Sitzung seines Parteipräsidiums in Hannover. Die von der SPD lancierten Werte von angeblich „höchstens 15 Prozent“ seien falsch. Die FDP liege jetzt, zu Beginn der Wahlkampf-Schulphase, bereits bei fünf Prozent. Bangemann versicherte, seine Partei werde die größtmögliche Anstrengung unternehmen, um ein rot-grünes Bündnis in Hannover zu verhindern und gemeinsam mit der CDU die Regierung zu stellen. Ebenso wichtig wie dieses Ziel in Niedersachsen sei die Verhinderung einer rot-grünen Mehrheit im Bundesrat. „Würde die FDP in Niedersachsen versagen, hätten wir besische Verhältnisse sowohl in Hannover als auch in Bonn.“

Bangemann sprach von der Unfähigkeit der Sozialdemokraten, eine überzeugende Alternative zur CDU/FDP zu bieten. „Die SPD tut uns jeden nur möglichen Gefallen, das ist gerade wieder auf ihrem Wirtschaftskongress in Hamburg deutlich geworden: die Unfähigkeit, eine Wirtschaftspolitik durchzuführen von ihrem Spitzenkandidaten Raul bis hinunter zu den Vorsitzenden der Gewerkschaften zu formulieren und gemeinsam zu verabschieden. Das ist so deutlich geworden, daß man sich fast schon schämt, darauf hinzuweisen.“ Er gebe nur eine Koalition, die gegenwärtig in der Lage sei, über wirtschaftliches Wachstum einen Beitrag zur Entwicklung Niedersachsens zu leisten und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, nämlich diejenige mit der FDP. Auf der Präsidiumssitzung wurde beschlossen, dieses Ziel mit dem bisher größten Einsatz aller FDP-Spitzenpolitiker aus Bonn und aus den Ländern anzustreben.

Kein Eingriff in Kompetenz

Auch die Partnerschaft des Landes Rheinland-Pfalz mit der zentralafrikanischen Republik-Burundi bedeutet nach Bernhard Vogel Ansicht keinen Eingriff in die Kompetenz der deutschen Entwicklungspolitik in Afrika. Natürlich sei hier absolute Loyalität nötig. Aber er habe den Eindruck, daß die besondere Form dieser nicht vom Staat, sondern von den Bürgern beider Länder getragenen Partnerschaft inzwischen auch in Bonn als Modell für andere Projekte erkannt worden sei.

Die Bonner Skepsis gegen allzu heftige „außenpolitische“ Anstrengungen der Länder wird in Mainz allerdings in einem Punkt geteilt. Eine eigene Vertretung bei der EG in Brüssel (das Saarland und Hamburg besitzen sie bereits, Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Hessen bereits sie vor) wird Rheinland-Pfalz nach Vogel Worten nur dann errichten, wenn alle anderen Länder es auch tun. Als einziger möchte man nicht draußen vor der Tür bleiben.

Lintner rügt Ausgrenzen Berlins

CDU-Politiker in Weimar: Umweltbundesamt in Absprachen mit der „DDR“ einbeziehen

WERNER KAHL, Weimar

Bei den Umweltschutz-Absprachen mit den Ostdeutschen Behörden und osteuropäischen Regierungen müsse jetzt sichergestellt werden, daß die Mitarbeit des Umweltbundesamtes in West-Berlin nicht länger wegen polemischer Vorbehalte ausgeschlossen wird. Das erklärte gestern in Weimar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ewald Lintner, in einem Gespräch mit der WELT. Nach dem anfänglichen Schweigen der östlichen Medien über das Reaktorunglück in Tschernobyl versuche die Ostberliner Propaganda, mit den in den vergangenen Tagen einströmenden Nachrichten über die Vorgänge in der Sowjetunion zugleich dem Westen den „Schwarzen Peter“ zuzuschreiben, sagte Lintner zum Abschluß einer mehrstündigen Reise mit einer Arbeitsgruppe der Unionsparteien nach Ost-Berlin und Mitteldeutschland.

„DDR-Funktionäre erwarten von Moskau mehr Sicherheit“

In den Gesprächen mit den Politikern in Ost-Berlin ist nach den Angaben Lintners jedoch deutlich geworden, daß die zuständigen Funktionäre ungeachtet der Propaganda eine kritische Haltung gegenüber den Ergebnissen in Tschernobyl einnehmen und „unnum von der Erwartung ausgehen, daß die Sowjetunion für die Sicherheit im Bereich der Kernenergie sorgen wird“. Gegenüber der

Bundesrepublik werde trotz der polemischen Attacken, die sich insbesondere gegen die Kooperation im SDI-Programm mit den USA richten, verstärkt die notwendige Zusammenarbeit unterstützen, sagte Lintner weiter. Diese werde sich in den kommenden Monaten noch deutlicher in den Bereichen Umweltschutz, Technologie und praktischen Fragen der Wirtschaft zeigen.

„Tief beeindruckt“, so Lintner, war er nach einem Besuch des Gottesdienstes in der protestantischen Weimarer Kreuzkirche. Vor den Gläubigen, von denen etwa die Hälfte Jugendliche waren, predigte der Geistliche „Frieden und Freiheit“, ein Begriff, den die Staatsführung in den Reden und Veröffentlichungen weiterhin wie ein Tabu behandle. Immer mehr Menschen haben Mut, ihren Unmut über Amtsmissbrauch zu äußern“, sagt der Pastor. Dies sei „ein Stück des Weges zur Freiheit, die sich jeder im eigenen Land verschaffen sollte und nicht anderswo“, meinte der Geistliche in Anspielung auf den Ausreisestrom der vergangenen Jahre.

Die Ausreisewelle mache der Kirche auch in Thüringen zu schaffen, erklärte der thüringische Oberkirchenrat Hans Schäfer bei einem Zusammentreffen mit den Unionspolitikern. „So etwas macht ein Volk nerven.“ Viele Bewohner nehmen jedoch ihre Schwierigkeiten mit den Westen und würden dabei nicht bedenken, daß es schließlich in der Welt keine Gesellschaft gebe, an die man sich nicht in irgendeiner Weise anpassen müsse. Der Oberkirchenrat wies auf die stille Vermittlerrolle der Kirchen in der „DDR“ bei Konflikten zwischen Bürgern und Staat hin, wo man es im Interesse der Lösung vieler Probleme nicht gern sehe, wenn sie an die Öffentlichkeit gebracht würden. Nach seinen Angaben wird der Ersatzdienst von Wehrpflichtigen, den sogenannten „Bausoldaten“, nun als regulärer Wehrdienst anerkannt.

Dunkelziffer bei verhafteten Wehrdienstverweigerern

Diese Bausoldaten werden auch zum Studium zugelassen. Totale Wehrdienstverweigerer müßten dagegen weiterhin mit Verhaftung und Gefängnis rechnen; Zahlen darüber seien der Kirche nicht bekannt. „Das ist für uns eine Dunkelziffer.“

Unter der Bevölkerung in Thüringen gibt es nach den Worten Schäfers nicht so etwas wie „Angst“ wegen des Reaktorunglücks in der Sowjetunion. Das lasse sich bereits an der Haltung der Menschen im täglichen Leben ablesen. „Bei uns bleibt kein Salatkopf ungewaschen, weil einer meint, da seien Strahlen drin“, sagte Schäfer.

Die „DDR“ würde, nach Einschätzung der CDU/CSU-Politiker auf dieser Reise, ihre Konzeption in der Kernenergiepolitik keinesfalls ändern, sondern gemeinsam mit der Sowjetunion den Ausbau dieser Energiequellen weiter betreiben.

Auftrieb für Atomgegner

SPD in Bayern will Kernkraft durch Sonnenenergie ersetzen

PETER SCHMALZ, München

Tschernobyl ist Wasser auf die Wahlkampfpläne der bayerischen SPD. Nachdem ihr Spitzenkandidat Karl-Heinz Hiersemann am vergangenen Wochenende in den führenden Zeitungen des Freistaats ganze Seiten Anzeigen veröffentlicht hatte, in denen er unter der Überschrift „Auch wir Bayern müssen umdenken“ den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie forderte, schoben gestern die Fraktionssprecher für Umwelt und für Wirtschaft, Hans Kolo und Rolf Seebauer, den Fragenkatalog für eine Große Anfrage im Landtag nach.

Kommen in den 27 Einzelfragen die Worte atomar und Kernenergie nicht vor, so ließen die beiden Sozialdemokraten vor der Presse unmissverständlich erkennen, warum es ihnen geht: Der Bau des Reaktors Isar II bei Olm müsse sofort gestoppt werden, die Planungen für den Bau neuer Kernkraftwerke müßten unverzüglich eingestellt werden. Sogar der Reaktor Grafenrheinfeld, der seit seiner Inbetriebnahme störungsfrei läuft und eine weltweit einmalige Sicherheit und Verfügbarkeit zeige, solle nicht mehr ans Netz gehen dürfen.

„Der Ausstieg aus der Kernenergie muß sofort begonnen werden“, forderte Kolo ferner, während sein wirtschaftspolitischer Kollege Seebauer etwas differenzierter davon sprach,

„die Reduzierung der Kernenergie einzuleiten“. Den bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß nannte er einen „Kernenergie-Fetischisten“. Auf die Frage, nach welchem Zeitplan der Ausstieg erfolgen sollte, antwortete der Abgeordnete Kolo mit dem ausweichenden Satz: „In Bayern wäre der sofortige Ausstieg im Sommer möglich.“ Denn am kältesten Wintertag habe es eine bayerische Überleistung von 55 Prozent gegeben.

Daß ausgerechnet ein sozialdemokratischer Umweltpolitiker, der seit Jahren vorgibt, für die Reinhaltung der Luft zu kämpfen, mit diesem Argument aufwartet, wird in Kreisen der bayerischen Energiewirtschaft als seltsamer Puzzlebaum gewertet. Denn Kolo berücksichtigt bei seiner Berechnung noch immer Öl- und Kohlekraftwerke, die wegen ihrer hohen Schadstoffausstoßes längst zugunsten umweltfreundlicherer Kernkraftwerke stillgelegt wurden.

Langfristig bauen die Genossen auf die Wasserstofftechnologie, durch die in südlichen Ländern die Sonnenenergie gewonnen, in die kälteren Industriezonen transportiert und dort in elektrische Energie umgewandelt werden könnte. Das aber, so gesteht auch Kolo ein, werde frühestens in 25 bis 30 Jahren der Fall sein.

Schwere Vorwürfe gegen Rheinmetall

AP, Düsseldorf

Zum Abschluß der Beweisaufnahme im Düsseldorf-Reinmetall-Prozess hat gestern der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Israel, Wilhelm Haas, schwere Vorwürfe gegen das Rüstungsunternehmen erhoben. Haas, der Ende der siebziger Jahre Leiter der Afrika-Abteilung im Bonner Auswärtigen Amt war, sagte vor dem Düsseldorf-Landgericht, der ungenehmigte Export einer Munitionsfüllanlage im Wert von rund 4,5 Millionen Mark nach Südafrika 1978 durch Rheinmetall habe „eine glaubwürdige Vertretung der Afrikanerpolitik der Bundesregierung erheblich gestört“. Unmittelbar vor einer Konferenz der blockfreien Länder sei das Bekanntwerden der Lieferung ein „dicker Hund“ gewesen. Es habe damals erheblicher Anstrengungen bedurft, um dem dadurch entstandenen Mißtrauen zu begegnen.

Die Verteidiger der vier Rheinmetall-Manager hatten die Position vertreten, daß die Lieferung der Munitionsfüllanlage „nur als“ inzwischen verjährte Ordnungswidrigkeit zu behandeln sei, da die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik nicht gestört worden seien. Das Außenwirtschaftsgesetz sieht eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren vor, wenn durch ein Geschäft, außenpolitische Verwicklungen entstanden sind.

Die fünf Grundregeln einer erfolgreichen Geschäftsreise.

REGEL

1 Fühlen Sie sich wie ein V.I.P.

Wir machen keinen großen Rummel um die Passagiere der TWA Ambassador Class. Sondern betreuen sie statt dessen mit bevorzugter Aufmerksamkeit – vom eigenen Check-in und einem separaten Flugzeug-Abteil bis zur Ankunft in den USA.



REGEL

2 Machen Sie es sich bequem.

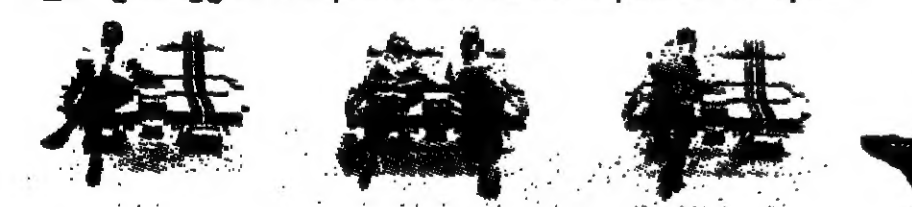
Für jeden Geschäftsmann die reinste Erholung: ein Flug in der TWA 747 Ambassador Class. Egal, wie lang er dauert. Denn bei uns finden Sie die bequemsten Business Class-Sitze weit und breit.



REGEL

3 Genießen Sie Ihren Freiraum.

In der TWA Ambassador Class finden Sie nur sechs Sitze pro Reihe. Damit Sie nicht nur ausreichende Beinfreiheit haben, sondern auch einen großzügigen Arbeitsplatz in einer äußerst entspannten Atmosphäre.



REGEL

4 Verlangen Sie den besten Service.

Beim maßgeschneiderten Service der TWA Ambassador Class können Sie Ihre geschäftlichen Aufgaben ganz bequem und in aller Ruhe vorbereiten. Wir sorgen während des gesamten Fluges für die nötige Entspannung. Mit elegant servierten Mahlzeiten und allem, was dazugehört.



REGEL

5 Lassen Sie sich von einem kompletten Streckennetz überzeugen.

Mit TWA können Sie über 60 Zielflughäfen in den USA ansteuern. Und wenn Sie einen Anschlussflug von New York aus gebucht haben, müssen Sie noch nicht einmal den Terminal wechseln.

Sie sehen: Ein erfolgreicher Geschäftsreisender zu werden, ist so einfach wie bequem. Sie müssen nur unsere fünf Grundregeln beherzigen. Bevor Sie also irgendwelche Nachteile in Kauf nehmen, buchen Sie bei Ihrem nächsten Flug in die USA lieber gleich TWA Ambassador Class. Genießen Sie Ihre Geschäftsreise und seien Sie erfolgreich. Schließlich haben wir die TWA Ambassador Class zu diesem Zweck für Sie eingerichtet.

Fragen Sie Ihr Reisebüro oder TWA Frankfurt 069/770601, Hamburg 040/372491, Düsseldorf 0211/84814, Stuttgart 0711/610581, München 089/597643. Btx-Nr. 43043 #.

Der bequeme Weg nach USA

TWA

Vorwürfe gegen Chirac aus den eigenen Reihen

PETER RUGE, Paris
Fünfzig Tage ist die Regierung Chirac im Amt: mit Schwung und Energie war sie nach dem Wahlerfolg der Bürgerlichen angetreten. 100 Gesetze sollten aus der Schublade gezogen werden, doch in der Nationalversammlung ist bis heute kein einziges in erster Lesung verabschiedet. Statt dessen hat sich die Regierung in eine parlamentarische Endlos-Debatte durch die Opposition hineinziehen lassen über ihre Anträge, mit „ordonnances“ zu regieren – durch Verordnungen, unter zeitweiser Umgehung des Parlaments –, um die den Wählern versprochene „Rechtspolitik“ einzuleiten.

Mit „ordonnances“ sollen in drei Bereichen Sofortmaßnahmen in Gang gebracht werden: das Projekt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, dem flankierend eine umfassende wirtschaftliche Liberalisierung sowie die Privatisierung von 65 Staatsunternehmen zugeordnet sind – das Projekt „Nachtragshaushalt“, aus dem die Regierung 4 Milliarden Franc gewinnen will, um sie gegen die Jugendarbeitslosigkeit einzusetzen – das Projekt „Rückkehr zum alten Mehrheitswahlprinzip“. Diese als dringend und vorrangig angekündigten Vorhaben aber kommen nicht so recht voran. „Was hat sich denn nun in den vergangenen zwei Monaten verändert“, fragen daher bereits Abgeordnete und Wähler, und schon heißt es: die „Bürgerlichen setzen eigentlich nur die sozialistische Politik fort“.

In den Reihen der Koalition aus RPR (Gaullisten) und UDF (Giscardisten, Christlich-Liberale) ist ein erstes Murren über die scheinbare Inkompetenz der Regierung Chirac zu spüren. Der Premierminister hatte es am Wochenende abgelehnt, der „Strategie der Verschleppung“ von Sozialisten, Kommunisten und Le-Pen-Anhängern dadurch ein Ende zu bereiten, daß er zum Programm seiner Regierung die Vertrauensfrage stellt. Unmut aus dem Regierungslager zog sich Jacques Chirac schon von den Giscardisten zu, als die französische Regierung der amerikanischen Botschaft bei ihrem Einsatz gegen Libyen die Überflugrechte verweigerte. Zu einem Konflikt in der RPR/UDF-Koalition dürfte sich auch die interne Debatte um die von Chirac beschlossene „Änderung des Wahlverfahrens“ auswachen. Veränderung über den künftigen Zuschnitt der Wahlkreise äußern vor allem Giscardisten und Barrieten.

Sorge in der NATO über Bonns Veto bei C-Waffen

Abschreckung noch gewährleistet? / Nukleare Eskalation

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel
Die berichtete Vereinbarung zwischen Bundeskanzler Kohl und Präsident Reagan zur Lösung des Problems der chemischen Waffen gilt in der NATO als problematisch. In Militärkreisen wird sie als „nicht endgültig durchdacht“ bezeichnet, als „womöglich folgenschwer“. Die Präsenz amerikanischer Truppen in Deutschland sei berührt.

Die Einräumung eines Rechts auf Zustimmung bei der Verlagerung chemischer Waffen nach Europa im Krisenfall sei nicht auf die Bundesrepublik Deutschland zu beschränken, heißt es. Von der Bundesrepublik in Anspruch genommene Vorbehalte müßten auch anderen Staaten eingeräumt werden. In diesem Zusammenhang ist von den Niederlanden und Dänemark die Rede.

Für die Bundesrepublik Deutschland erwache aus dieser Lage die Gefahr, in der Stunde der Not von Bündnispartnern alleingelassen zu werden, wenn schwache Regierungen gegen die Verlagerung chemischer Waffen nach Europa ein Veto einlegen. „Die „Singularisierung“, die Bonn zu vermeiden wünsche, sehe man in der Praxis eher gefördert als verhindert.“

Ausgangspunkt der Kritik ist das Erfordernis der chemischen Abschreckung. Nach militärischer Ansicht ist sie allein in der Lage, einen Gegner wirksam davon abzuhalten, Nukleare Waffen gegen den Westen einzusetzen. Das zu verwirklichen sei man nur in der Lage, wenn im Ernstfall chemische Munition der Vereinigten Staaten in Europa zur Verfügung stehe. Sollte das nicht der Fall sein, müßten Atomwaffen deren Rolle übernehmen.

Binäre Munition erst 1994

Anlaß zu der offiziell noch nicht bestätigten Vereinbarung zwischen Kohl und Reagan war die vom US-Kongreß ausgehende Forderung, die NATO müsse der Abschreckung chemischer Waffen durch Zustimmung zu den amerikanischen Streitkräftezielen Ausdruck verleihen. Sie sehen unter anderem vor, daß die USA die seit zwei Jahrzehnten eingestellte Produktion chemischer Waffen wieder aufnehmen. Es soll sogenannte binäre chemische Munition hergestellt werden, die zwei für sich allein ungiftige Stoffe enthält, die erst nach Abschuß oder Abwurf durch Ver-

schung zu Kampfstoff werden. Die zur Zeit in der Bundesrepublik lagernde alte chemische Munition der USA soll erst vollständig abgezogen werden, wenn ausreichend binäre Munition zur Verfügung steht. Das wäre nicht vor 1994 der Fall.

In Friedenszeiten soll die binäre Munition in den USA gelagert und nur mit Zustimmung des betroffenen Staates nach Europa gebracht werden dürfen. Dagegen bestehen von militärischer Seite keine Einwände. Sie richten sich allein gegen den Zustimmungsvorbehalt im Ernstfall.

Bundesregierung erpreßbar

Dem Gegner eröffneten sich durch die Einräumung des Mitbestimmungsrechts Möglichkeiten, auf den betreffenden Staat mit Drohungen einzuwirken. Nach vorläufigem Einverständnis könnte Moskau die Bonner Regierung unter Hinweis auf sein enormes Potential an chemischen Kampfstoffen warnen, daß eine Zustimmung zur Verlagerung amerikanischer binärer Munition ernste Konsequenzen nach sich ziehen würde.

In der NATO heißt es: „Man stelle sich eine solche Entwicklung vor. Wie würde eine Bundesregierung unter der Androhung eines sowjetischen Angriffs mit Nervengas handeln?“ Daraus folge, daß 300 000 US-Soldaten in Europa in Gefahr geraten könnten, ohne Abschreckung chemischer Waffen kämpfen zu müssen. Damit verbunden sei die Möglichkeit eines aus dieser Not geborenen frühzeitigen Einsatzes von Atomwaffen.

Es sei unwahrscheinlich, einen Atomwaffeneinsatz regional begrenzen zu können. Daraus ergebe sich, daß mangelnde chemische Abschreckung in Europa zur nuklearen Eskalation führen könne. Unvermeidlich sei, daß diese Erkenntnis früher oder später zu weitreichenden militärischen Konsequenzen der Vereinigten Staaten führen müsse. In den USA werde man mit Sicherheit die Frage aufwerfen, warum amerikanische Truppen unter den von Europäern verhängten Beschränkungen in Europa bleiben sollten. NATO-Militär befürchten schließlich, daß jetzt zu erwartende Forderungen nach Einspruchsrechten beim Atomwaffeneinsatz weitere Gefahren für die Abschreckung herbeiführen könnten. (SAD)

Wimmer sieht Umdenken in Washington

Im führenden politischen Kreise

WIMMER, Bonn
Washington bahnt sich eine Neuorientierung in der Frage der Modernisierung chemischer Waffen an. Während es bislang hieß, die USA würden ihr veraltetes Potential an C-Waffen, das zu großen Teilen in der Bundesrepublik lagert, nur dann durch neue sogenannte binäre Munition ersetzen, wenn dazu auch die einheitliche Zustimmung der europäischen NATO-Partner vorliege, wird darauf nun offenbar nicht mehr das entscheidende Gewicht gelegt. Mit diesem Eindruck ist der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Willy Wimmer, von Gesprächen aus den USA zurückgekommen.

Wimmer, der sich mit der gesamten Arbeitsgruppe vergangene Woche in Washington aufgehalten hatte, berichtete vor Bonner Journalisten, in Washington besinne man sich mehr und mehr auf die Rolle der USA als Weltmacht. Dazu gehöre auch – in Anbetracht des großen C-Waffenpotentials der Sowjetunion, dessen Einsatz nicht nur gegen NATO-Territorien denkbar und möglich sei – nach den Regeln des Völkerrechts weltweit ein Vergeltungspotential verfügbar zu halten. Die binäre Munition, für deren Produktion die Zustimmung des Kongresses im Herbst erwartet wird, soll nicht mehr auf deutschen Boden gelagert werden.

Im Zusammenhang mit Tschernobyl berichtete Wimmer, daß nach US-Angaben alle noch intakten 14 Kernkraftwerke dieses sowjetischen Typs nach dem Unfall in der Sowjetunion stillgelegt worden seien. Die USA hätten die in Washington verfügbaren Informationen über den Tschernobyl-Unfall unverzüglich an Moskau Partner im Warschauer Pakt weitergegeben. Wie gleichzeitig durch Wimmer bekannt wurde, habe die Sowjetunion bei früheren Kernwaffentests auf Sicherheit nicht genügend Rücksicht genommen, so daß bei Untergrundexplosionen Radioaktivität frei geworden sei und auch in angrenzenden Staaten die Strahlenbelastung gesteigert habe.

Was besonders schmerzt: Die Pläne der Raumfahrt müssen zu schauen, wie die Konkurrenz, die bisher in ihrem Schatten stand, die Szene beherrscht. Die Kunden der Nasa, die ihre Satelliten ins All befördert sehen möchten, suchen ihr Heil bei der Konkurrenz. Die

Stolz verletzt, Sicherheit gefährdet – die Amerikaner zweifeln an der Nasa

Vier Fehlschläge / Satelliten können nicht mehr in den Weltraum gebracht werden

FRITZ WIRTH, Washington

In Cape Canaveral, dem Arsenal der vorläufig stillgelegten Weltraumträume, läuft nichts mehr nach Plan. „Murphy's Gesetz“ bestimmt die Stunde. Was schiefgehen kann, geht schief. Die Pionierzeit der großen Erfolge scheint vorbei. Die Männer, denen 25 Jahre lang alles zu gelingen schien, schauen auf Defekte, auf Fragezeichen und Pannen. Untersuchungskommissionen gehen einander die Klinken in die Hand.

Die vergangene Woche, so hatte man geplant, sollte das Ende der Krisenperiode signalisieren. Der 25. Jahrestag des ersten bemannten amerikanischen Raumfluges sollte gefeiert werden. Zugleich war der neue Chef der Nasa-Behörde, James Fletcher, zu begrüßen. Es sollte, die Woche der moralischen Aufrüstung in der Nasa sein. Dann fiel die Delta-Rakete vom Himmel – der vierte Fehlschlag innerhalb von drei Monaten.

Und nun ist das Problem der Nasa nicht mehr das Problem des verletzten nationalen Stolzes, sondern der gefährdeten nationalen Sicherheit. Die USA, die Pioniere im Weltall, bekommen nicht mehr ihre Satelliten in den Weltraum. Drei ihrer verlässlichsten Systeme, die Weltraumfähren, die Titan- und die Delta-Raketen, sind vorerst aus dem Verkehr gezogen worden. Die Atlas Centaur, das letzte noch funktionstüchtige Trägersystem für schwere Weltraumfrachten, befindet sich im Wartestand. Es hat gewisse technische Ähnlichkeiten mit der letzten gescheiterten Delta-Rakete, und bei der Nasa schickt man im Augenblick keine Rakete mehr in den Himmel, die auch nur das geringste Risiko eines neuen Fehlschlags in sich birgt. In der Boxersprache hat man für das gegenwärtige Befinden der Nasa den Ausdruck „Punch-drunk“ (Es kennzeichnet die Verfassung von Boxern, die zu viel Schläge bezogen haben).

Was besonders schmerzt: Die Pläne der Raumfahrt müssen zu schauen, wie die Konkurrenz, die bisher in ihrem Schatten stand, die Szene beherrscht. Die Kunden der Nasa, die ihre Satelliten ins All befördert sehen möchten, suchen ihr Heil bei der Konkurrenz. Die

Schweden verhandeln beispielsweise im Augenblick mit den Chinesen, da die westeuropäische „Ariane“ für die nächsten drei bis vier Jahre ausgebucht ist.

Wie soll es weitergehen bei der Nasa? Kurzfristige Priorität hat zunächst einmal das Bestreben, alle vorhandenen und von Fehlschlägen gezeichneten Systeme so schnell wie möglich wieder betriebsfähig zu machen. Das wird am schnellsten zu verwirklichen sein bei den unbemannten Systemen, den Delta- und den Titan-Raketen. Obwohl die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen sind, deutet alles darauf hin, daß es sich um technische Defekte handelt, die innerhalb von sechs bis neun Monaten zu beheben sind.

Schwieriger ist der Regenerierungsprozeß beim Shuttle-Program-

Herstellerfirma Thiokol bereits getestet werden, in spätestens einem Jahr einsatzbereit sein werden. William Rogers, der Leiter der Untersuchungskommission der Challenger-Katastrophe, teilt diesen Optimismus nicht. Er hat nachdrücklich vor zu großer Eile gewarnt. „Wir dürfen nicht die gleichen Fehler machen, die zur Challenger-Katastrophe führten“, sagte Rogers, „und uns unter Zeitdruck setzen lassen.“ Er warnte: „Die Nasa kann sich keine zweite Katastrophe mit ihrem Shuttle-Programm mehr erlauben. Eine solche Katastrophe hätte noch tragischere Dimensionen als die letzte: Sie könnte das Ende des bemannten Raumfluges bedeuten.“

Im Weißen Haus und bei der Nasa ist die Grundsatzentscheidung bereits gefallen: Das Shuttle-Programm wird – voraussichtlich für den Rest dieses Jahrhunderts – fortgesetzt. Man will sich jedoch nicht mehr so ausschließlich darauf verlassen, wie es praktisch in den letzten Jahren geschehen ist, sondern den bisher vernachlässigten Bau von Raketen für unbemannte Raumflüge aktivieren. Fest steht ferner, daß der bisherige Etat der Nasa unzureichend ist. Das große Problem jedoch ist, wie diese Etatserhöhung angesichts der rigorosen Haushaltsreduzierungen unter „Gamm-Rudman“ verwirklicht werden kann.

Man schenkt deshalb immer mehr jenen Überlegungen Aufmerksamkeit, die empfehlen, das amerikanische Weltraumprogramm zu privatisieren. Die Kontrolle der Sicherheit dieses Programms läge weiterhin in Händen der Regierung, der aufwendige Weltraumfuhrpark (eine Fährte kostet allein 2,1 Milliarden Dollar) würde jedoch von der Privatindustrie und Investoren finanziert, die den gesamten Weltraumfuhrpark der Regierung praktisch im Leasing-Verfahren zur Verfügung stellen. Das Problem dieses Konzepts: Diese Weltraum-Privatindustrie befindet sich im Wettbewerb mit außeramerikanischen Konkurrenten, deren Weltraumvehikel finanziell massiv staatlich unterstützt werden und deshalb in der Lage sind, die USA im Weltraumgeschäft auf der Suche nach kommerziellen Kunden deutlich zu unterbieten.

DIE ANALYSE

gramm. Der Untersuchungsbericht der Rogers-Kommission, der am 6. Juni vorgelegt werden soll, wird sich auf zwei Hauptmängel konzentrieren, die zur „Challenger“-Katastrophe führten: Designmängel bei den Festtreibstoffraketen, die die Raumfähre ins All heben, und eine fehlerhafte Entscheidungsprozedur bei der Nasa, die es möglich machte, daß trotz dieser seit Jahren bekannten Designmängel die Raumfähren zum Start freigegeben wurden.

Der zweite Fehler kann relativ schnell behoben werden. Tatsächlich hat man bei der Nasa bereits damit begonnen, leitende Männer, die sich beim Start der „Challenger“-Fähre über die Warnungen der Ingenieure hinwegsetzten, daß ein Start zu riskant sei, aus ihren Ämtern zu entfernen, unter ihnen Lawrence Mulloy, der für Festtreibstoffraketen zuständige Manager bei der Nasa. Mulloy hat sich in den letzten Monaten immer schärfer als der verantwortliche Sündenbock dieser Katastrophe herausgeschält.

Komplizierter dagegen ist es, die Designmängel zu beheben. Optimisten bei der Nasa sagen, daß neue Festtreibstoffraketen, die bei der

Rivalen von gestern sind heute Partner

Brasilien und Argentinien kooperieren in der Wirtschaft / Pragmatische Staatschefs

WERNER THOMAS, Miami
Die Präsidenten stehen in ständigem Telefonkontakt. Wenn José Sarney ein Problem von gegenseitigem Interesse entdeckt, läßt er sich durchstellen zur Casa Rosada in Buenos Aires, dem Amtssitz seines Kollegen Raul Alfonsín. Alfonsín verfährt ähnlich. Sein Sekretariat muß ihn oft mit dem Planalto-Palast in Brasília verbinden. Der heiße Draht illustriert eine bemerkenswerte Entwicklung: Argentinien und Brasilien kommen sich näher. Aus alten Rivalen sind neue Partner geworden.

Viele politischen Beobachter führen die Kooperation der beiden regionalen Großmächte auf die demokratischen Verhältnisse zurück. In Argentinien war die Militärdiktatur im Dezember 1983 zu Ende gegangen, in Brasilien im März vergangenen Jahres. Oscar Camillo, ein früherer argentinischer Außenminister, erläuterte: „Sowohl Alfonsín als auch Sarney wollen die Demokratie durch eine politische und wirtschaftliche Stabilität festigen.“

Es ist kein Zufall, daß Argentinien und Brasilien heute einen ähnlichen Austeritätskurs steuern. Bevor die radikalen Programme zur Inflationsbekämpfung verkündet wurden, hatten argentinische und brasilianische Wirtschaftswissenschaftler Ideen und

Meinungen ausgetauscht. Sarneys „Plan Cruzado“ (Februar 1986) enthält viele Elemente von Alfonsíns „Plano Austral“ (Juni 1985). Sarney konnte auch die gleichen Erfahrungen machen wie Alfonsín: Vermeintlich unpopuläre Entscheidungen verschafften Popularität. Das Volk bringt Opfer, wenn es Hoffnungen für eine bessere Zukunft hegt. Sarney und Alfonsín zählen zu den populärsten Präsidenten Lateinamerikas. Sie sind vorsichtig taktierende Vertreter der politischen Mitte, die als Pragmatiker eingeschätzt werden. Demagogie liegt ihnen fern.

Der November-Gipfel legte die Grundlage für einige historische Abkommen auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und militärischem Gebiet. So werden brasilianische und argentinische Konzerne bei der Herstellung von militärischen und zivilen Flugzeugen kooperieren. Die Sarney-Regierung erklärte sich bereit, den Handelsbilanz-Überschuß (350 Millionen Dollar) durch den Kauf von Weizen und Öl aus Argentinien auszugleichen.

Als besonders wichtig wurde jedoch ein Vertrag gewertet, der beide Länder zur friedlichen Nutzung der Atomenergie verpflichtet und die Bildung einer gemeinsamen Nuklear-Kommission beschloß. Dieses Gremi-

um soll einmal Kontrollaufgaben übernehmen, um das besonders auf brasilianischer Seite existierende Mißtrauen abzubauen. Argentinien ist heute – mit deutscher Hilfe – die führende Atomnation Lateinamerikas. Das Gerücht kursiert, daß die Argentinier die Technik der Atomwaffen-Produktion beherrschen.

Brasilien (130 Millionen Menschen) gilt als das Land Lateinamerikas mit der größten Dynamik. Im vergangenen Jahr betrug die wirtschaftliche Wachstumsrate acht Prozent. Allerdings liegt im Nordosten das größte Armutsgebiet des Halbkontinents, ein Pulverfaß.

Argentinien (32 Millionen Menschen) leidet unter anachronistischen Wirtschaftsstrukturen. Die sozialen Probleme sind dagegen unter Kontrolle. Es gibt kein extremes Elend, dafür eine breite Mittelschicht. Viele Argentinier wollen eher Europäer als Lateinamerikaner sein.

Sarney und Alfonsín hoffen, daß ihre Initiativen die Wege für ein historisches Ziel weisen können: die Integration Lateinamerikas, ein Traum seit Bolívars Zeiten. „Wenn wir erfolgreich sind, können wir anderen Ländern ein Beispiel setzen“, sagte der stellvertretende brasilianische Außenminister Tarso Flecha de Lima.

Türkische Parteien visieren 1988 an

E. ANTONAROS, Athen
Die vom türkischen Militär vor knapp zwei Jahren künstlich gebildete Parteienlandschaft ist kaum wiederzuerkennen. Von den drei Parteien, die die Generäle zu den Wahlen im November 1984 zugelassen hatten, ist nur noch die regierende rechtskonservative Mutterpartei von Ministerpräsident Turgut Özal intact übergeblieben. Erst vor einigen Tagen gab die rechtsgerichtete Nationalistische Demokratische Partei (MHP), die als Lieblingspartei der Generäle kluglich gesichert war, ihre Selbstauflösung bekannt.

Von den zuletzt 52 Mandatsträgern der Nationalisten traten 18 sofort der Regierungspartei Özals bei, die zum mehr über eine solide Mehrheit von 224 von insgesamt 400 Sitzen in der Nationalversammlung verfügt. Weitere 22 frühere MHP-Abgeordnete haben sich einer neuen rechts von der Mitte angesiedelten Formation angeschlossen, deren Gründung der frühere Handelsministerpräsident Mehmet Yasar fast gleichzeitig mit der Auflösung der Nationalisten-Partei ankündigte.

Die türkische Linke mag zwar nicht so gespalten sein wie das bürgerliche Lager. Aber auch sie befindet sich zur Zeit in einer Entwicklungsphase: Der Sozialdemokratischen Volkspartei, die aus einer Fusion der von den Generälen zugelassenen Populistischen Partei und der später gegründeten Sodep-Partei hervorging und seither mit 84 Abgeordneten über die zweitgrößte Fraktion verfügt, steht ein Führungswechsel ins Haus. Der bisherige Parteivorsitzende Aydin Güven Güneş, der erst seit sechs Monaten im Amt ist, will beim Parteitag Ende Mai zurücktreten. Zu seinem Nachfolger soll der Physik-Professor Erdal İnönü gewählt werden.

Dieser vorprogrammierte Wechsel, abgesehen von der Güneş-Entscheidung, begründete, liegen ideologische Quellen, persönliche Rivalität und taktische Überlegungen zugrunde. Viele Sozialdemokraten scheinen der Ansicht zu sein, daß ihre Partei mit einem Vorsitzenden namens İnönü, dessen klangvoller Name jedem Türken ein Begriff ist, weil sein Vater İ-

met İnönü der Nachfolger Atatürks war, erheblich bessere Chancen hat, sich gegen die noch weiter links angesiedelte Partei der Demokratischen Linken unter Rahsan Ecvit, der Frau des Expremiere, durchzusetzen.

Allen Parteipolitikern geht es zur Zeit darum, sich möglichst wahlwirksam angesichts der Nachwahlen für elf vakante Parlamentssitze zu profilieren, die spätestens im Frühjahr 1987 stattfinden sollen. Der Ausgang dieses Umzugs gilt als Test für die erste wirklich demokratische Parlamentswahl im Jahre 1988.

Gerade deshalb versucht nicht nur die junge Generation, sondern auch die alte Politikergarde den Zug nicht zu verpassen. Durch eine Auflockerung der gegen sie gerichteten Verbote dürfen zwar die früheren Ministerpräsidenten Demirel und Ecvit Erklärungen abgeben und Reden halten. Weiterhin ist es ihnen aber bis 1992 untersagt, eine Partei zu führen oder für das Parlament zu kandidieren. Dennoch vergeht inzwischen kaum ein Tag, an dem die beiden Erzrivalen stillstehen. (SAD)



Adel verpflichtet.

Als einer der großen deutschen Industrie-Versicherer wissen wir, was unsere Mitglieder von uns erwarten. Seit über 80 Jahren. Unser Know-how in Schadenverhütung und Versicherung gibt Ihnen Sicherheit. Egal, ob privat oder geschäftlich. Egal auch, ob im In- oder im Ausland. Denn auch im Ausland sind wir stark vertreten. Außerdem sind wir ein Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, schon nach der Satzung ausschließlich auf das Wohl unserer Mitglieder bedacht. Ein erfolgreiches Konzept. Das merken Sie auch an unseren niedrigen Beiträgen und den hohen Beitragsrückerstattungen, die wir seit Jahren gewähren. Und wann vertrauen Sie auf unsere Stärke?

HDI. Wir sind da, wenn Sie uns brauchen.

HDI Haftpflichtverband der Deutschen Industrie
Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
Rethorst 2, 3000 Hannover 51, Tel. (0511) 645-1

Anzeige

CHRISTA MEVES: „DIE ZUNEHMENDE EINSICHT IN DEN TÖTUNGSCHARAKTER DES ABTREIBUNGSVORGANGS MOBILISIERT DAS GEWISSEN VERANTWORTUNGSBEWUSSTER BÜRGER UND WECKT DAS BEDÜRFNIS, SICH IN GRUPPIERUNGEN WIE DER CPL ZUSAMMENZUSCHLIESSEN, DIE IHREN WIDERSTAND GEGEN DIE SCHANDE DER MASSENABTREIBUNG UND GEGEN DEN DORT PRAKTIZIERTEN RECHTSMISSBRAUCH TEILEN.“

Christliche Partei für das Leben

Deutschlands neue politische Kraft

Auszüge aus dem Grundsatzprogramm:

Schutz des Lebens

Im Wissen um das göttliche Gebot „Du sollst nicht töten“, im Wissen um das in den Menschenrechten und im Grundgesetz garantierte Recht auf Leben, tritt die CHRISTLICHE PARTEI FÜR DAS LEBEN allen Bestrebungen mit Entschiedenheit entgegen, die darauf abzielen, dieses höchste aller Grundrechte auszuhöhlen oder zu beseitigen. Das besondere Augenmerk gilt dem Schutz des ungeborenen Menschen vom ersten Augenblick der Empfängnis an. Die moderne Human-embryologie und Humangenetik hat den unwiderlegbaren Beweis erbracht, daß das Menschsein im Augenblick der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle beginnt. In der nachfolgenden Entwicklungsphase verändert der heranwachsende Mensch lediglich sein äußeres Erscheinungsbild, nicht jedoch sein Wesen als Mensch. Das ungeborene Kind darf daher in keinem Stadium seiner Entwicklung der Willkür anderer ausgesetzt werden. Der Staat und seine Gesetzgebung haben die Pflicht, dem ungeborenen Kind seinen vollen Rechtsschutz zu gewähren und Abtreibung außer bei unabwendbarer Gefahr für das Leben der Mutter unter Strafe zu stellen.

Das gleiche Augenmerk gilt dem alten, kranken und behinderten Menschen, über den weder der Staat noch irgendwelche Institutionen, noch Einzelpersonen verfügen dürfen.

Ebenso ablehnend steht die CPL Gen-Manipulationen am Menschen gegenüber, die nicht ausschließlich zur Erhaltung des Lebens und zur Behandlung jener Krankheiten dienen, die auf andere Art nicht heilbar sind.

Auch der künstliche, menschliche Eingriff in die natürlichen, gottgewollten Zeugungsvorgänge menschlichen Lebens wird von der CPL strikt abgelehnt. Zeugung menschlichen Lebens soll in der liebenden Gemeinschaft der Ehe erfolgen. Sie darf nicht zum mechanisch-apparativen Vorgang degradiert werden oder gar zur kommerziellen Bereicherung skrupelloser Geschäftsmacher pervertieren. Dem Menschen ist nicht alles erlaubt, was wissenschaftlich-technisch machbar erscheint.

Wer weniger fordert als den uneingeschränkten Rechtsschutz des ungeborenen Menschen, hilft mit, eine Gesellschaft der Gewalttätigkeit zu schaffen. Er macht sich mitschuldig am kollektiven Selbstmord eines Volkes. Für die CPL ist Abtreibung Kindstötung und muß als solche strafrechtlich behandelt werden.

Die Würde des Menschen

Aus der Gottesebenbildlichkeit des Menschen und seiner über das zeitliche Leben hinausgehenden Bestimmung ergibt sich die einmalige Würde des Menschen. Diese Würde ist in der heutigen sexuell enthemmten und pervertierten Gesellschaft aufs höchste bedroht. Die CHRISTLICHE PARTEI FÜR DAS LEBEN tritt für ein strafrechtliches Verbot der Pornographie und Prostitution ein.

Die sexuelle Aufklärung der Kinder gehört in die Hände der Eltern. Die Teilnahme am schulischen Sexualkundeunterricht darf vom Gesetzgeber nicht zwangsweise angeordnet werden. Die CPL arbeitet darauf hin, den Sexualkundeunterricht gänzlich aus dem Lehrplan der Schulen zu streichen.

Die Würde des Menschen ist auch bedroht durch die Gefahr der Abhängigkeit von Drogen, Jugendsekten und okkulten Vereinigungen. Es ist Aufgabe der CPL, über diese gefährlichen Gefahren aufzuklären und – wenn notwendig – gesetzgeberische Maßnahmen zu fordern.

Eine zunehmende Verletzung der Menschenwürde zeichnet sich neuerlich in der Kunst und Kultur ab. Obszöne und blasphemische Werke dürfen nicht in die Öffentlichkeit gelangen oder gar mit öffentlichen Mitteln gefördert werden. Die Freiheit der Kunst und Kultur darf nicht dazu mißbraucht werden, die religiösen Gefühle anderer zu verletzen und die Würde des Menschen anzutasten.

Letztlich kann die menschliche Würde in jedem gesellschaftlichen Bereich mißachtet werden. Die CPL ist Anwalt all jener, die sich in ihrer unverwechselbaren Würde bedroht fühlen.

Die Unantastbarkeit der menschlichen Würde ist im Grundgesetz garantiert. Pornographie und zwangsweise Sexualerziehung sind nach Auffassung der CPL deutliche Verfassungsverstöße, weil sie jede menschliche Ethik pervertieren, den Menschen in seiner Würde erniedrigen und schließlich zum Werteverlust eines ganzen Volkes führen.

Schutz von Ehe und Familie

Ehe und Familie sind die kleinste Keimzelle des Staates. In ihnen entscheidet sich die Zukunft des Staates. Zerrüttete familiäre Strukturen ziehen zerrüttete Staatsstrukturen nach sich.

Daher muß der Bewahrung der ehelichen und familiären Gemeinschaft besondere Beachtung entgegengebracht werden.

Die CPL tritt allen Vorhaben entgegen, die darauf abzielen, die gemeinschaftlichen Bindungen in Ehe und Familie aufzulösen, eheliche Gemeinschaften der Ehe gleichzustellen, künstliche Generationenkonflikte herbeizuführen und falsche Emanzipationsbestrebungen zu unterstützen.

Mann und Frau müssen gleichgestellt werden, ohne ihre wesensgemäße Rolle zu vertauschen.

Im Scheidungsrecht fordert die CPL Rückkehr zum Verschuldungsprinzip.

Die CPL sagt jeder ideologisch-emanzipatorischen Bewegung den Kampf an, deren Ziel es ist, über die Auflösung von Ehe und Familie diesen Staat und seine Ordnung zu zerstören.

Würde und Wert der menschlichen Arbeit

Würde und Wert der menschlichen Arbeit ergeben sich ausschließlich aus der Würde des Menschen. Arbeit ist Auftrag Gottes im Sinne des Schöpfungsgedankens. Durch die Arbeit macht der Mensch sich die Erde untertan. Er entwickelt sie weiter, kultiviert sie und schafft die Technik. Nur aus dem bewußten Wissen um die große Aufgabe, die dem Menschen durch die Möglichkeit zu arbeiten aufgetragen ist, läßt sich sinnvolles und innerwertiges Schaffen überhaupt erklären. Dieses Wissen um die Würde der Arbeit mindert soziale Spannungen und kann grundsätzliche Differenzen zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber beseitigen.

Der Mensch als Person gibt der Arbeit ihren eigentlichen Sinn. Vom Menschen aus fließt die Sinngebung in die Arbeit ein. Daher besteht der eigentliche Wert der Arbeit nicht darin, was sie produziert, sondern ist vielmehr in der Tatsache zu sehen, daß der Mensch es ist, der arbeitet. Arbeit ist letztlich von Gott aufgetragen und steht im Dienste Gottes. Daraus ergibt sich nicht nur das Recht auf Arbeit, sondern vor allem auch die Pflicht zu arbeiten.

Arbeit besteht nicht nur in körperlicher Tätigkeit und Abhängigkeit, sondern umfaßt auch geistige Leistungen und die Tätigkeit der Selbständigen.

Der Mensch ist nicht für die Arbeit da, sondern die Arbeit für den Menschen. Die Tatsache, daß menschliche Arbeit mit Belastung und Unannehmlichkeiten verbunden ist, bedeutet jedoch nicht, daß Arbeit verwerflich ist. Im Gegenteil, das menschliche Selbstbewußtsein, der Wert der menschlichen Leistungsfähigkeit und die Erkenntnis, am Schöpfungsauftrag beteiligt zu sein, wächst gerade an den Widerständen im Arbeitsleben, verbunden mit der Erfahrung, sich gegen solche Widerwärtigkeiten als Mensch durchsetzen zu können. Andererseits muß betont werden, daß der Selbstwert des Menschen nicht allein durch Arbeit gesteigert werden kann;

vielmehr ist eine Reifung der Persönlichkeit auch durch persönliche Bildung möglich und bei Kranken und Arbeitslosen durch das persönlich erlittene Leid.

Arbeit muß als im Dienst für die Menschheit stehend gesehen werden. Arbeit dient dem Menschen, sie ermöglicht ein Familienleben und eine Erziehung in der Familie, sie fördert das Wohl und den sozialen Aufstieg eines Volkes und der gesamten Völkergemeinschaft. Letztlich beruht der Wohlstand der heutigen und zukünftigen Völkergemeinschaft auf der Leistungsbereitschaft der Arbeiterschaft im Sinne der Schöpfungsteilnahme.

Arbeit ist menschliche Leistung, nicht Ware. Produktionsmittel, technische Errungenschaften und Kultur fließen aus dem Tätigsein des Menschen.

Arbeit muß einen Freiraum für die persönliche Entfaltung des Menschen bieten. Dieser Freiraum soll gegeben sein zu kreativer Tätigkeit und persönlicher Disposition am Arbeitsplatz. Er dient zur stärkeren Humanisierung des Arbeitsplatzes.

Als christliche Partei sieht die CPL keinen Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital, sondern sinnvolle und notwendige Ergänzung. Die CPL sieht es als verwerflich an, künstliche, ideologiekämpferische Gegensätze zu erzeugen, die weder dem Arbeiter noch dem Unternehmer dienen, sondern lediglich einer sozialistischen, weltwirtschaftlich längst überholten Idee.

Gerechter Lohn und Kapitalbeteiligung

Aus der Tatsache, daß menschliche Arbeit nicht Ware ist, ergibt sich die Frage nach den Bezügen des arbeitenden Menschen. Der Mensch darf in keinem Wirtschaftssystem ausschließlich als Kostenfaktor angesehen werden (praktischer Materialismus) oder als wertloses Ergebnis der Wirtschaft- und Produktionsverhältnisse (dialektischer Materialismus). Im praktischen Materialismus wird der arbeitende Mensch zu einer Kosten-Nutzen-Rechnung degradiert. Im dialektischen Materialismus des Marxismus bedeutet die Arbeit alles, der arbeitende Mensch aber nichts.

Die menschliche Arbeit besitzt in sich einen so hohen Wert, daß sie rein materiell nie angemessen entlohnt werden kann. Die Entlohnung darf sich daher nicht allein an der Leistung orientieren, sondern muß auch soziale Aspekte berücksichtigen, d. h., der Lohn muß so bemessen sein, daß eine soziale Sicherheit gewährleistet werden kann, die Familie ein menschenwürdiges Dasein führen kann, Aus- und Weiterbildung der Kinder gewährleistet ist und Eigentumsbildung möglich ist.

DIE CHRISTLICHE PARTEI FÜR DAS LEBEN setzt sich dafür ein, daß die Entlohnung von Mann und Frau bei gleicher Arbeitsleistung und unter Berücksichtigung der sozialen und familiären Verhältnisse keine Unterschiede aufweist. Andererseits muß die Entlohnung des männlichen Arbeitnehmers so ausreichend sein, daß die Frau und Mutter zur Bestreitung des familiären Auskommens nicht zur Arbeit gezwungen ist.

Eigentumsbildung muß möglich sein. Die Güter der Erde sind für alle Menschen da. Sie müssen gerecht verteilt werden. Sie sind ausreichend, so daß die soziale Sicherheit und ein gewisses Maß an Eigentumsbildung gewährleistet werden kann. Einseitige Güteranhäufung gewisser Privilegierter als egoistischer Selbstzweck ist strikt abzulehnen.

Kapital und Produktionsmittel können zwar von Eigentümern besitzen und verwaltet werden, müssen aber dem Allgemeinwohl dienen. Der arbeitende Mensch muß an ihnen in Form der Mitbestimmung, der Gewinnbeteiligung, der Arbeitnehmeraktien oder der Genossenschaftsanteile beteiligt werden. Auf diese Weise wird das Spannungsfeld zwischen Arbeit und Kapital beseitigt und das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber verbessert.

Für die CPL ist die Verstaatlichung von Betrieben grundsätzlich erlaubt, muß aber auf möglichst geringe Wirtschafts-

schäden begrenzt werden, die dem Gemeinwohl dienen (z. B. Verkehrs- und Versorgungsbetriebe).

Die Entlohnung menschlicher Arbeit muß leistungs- und sozialorientiert sein. Einen Wahlgewinn-Sozialstaat aber, dessen Schuldenberg ins Uferlose steigt, der die Wirtschaftskraft durch Überbesteuerung lähmt und den gesunden Mittelstand zerstört, lehnt die CPL ab. Nicht nur die Arbeitsleistung des Arbeitnehmers, sondern auch die des Unternehmers muß gerecht entlohnt werden.

Freies Unternehmertum und gesellschaftspolitische Verantwortung

DIE CHRISTLICHE PARTEI FÜR DAS LEBEN wendet sich gegen die pauschale Verteufelung des Unternehmers als Kapitalist oder kapitalistischer Ausbeuter. Dieser marxistisch-leninistische Sprachgebrauch hat einzig und allein zum Ziel, die Arbeiterschaft zu revolutionärem Kampf gegen die bestehende gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung aufzustacheln.

Demokratie läßt sich mit sozialistischer Planwirtschaft nicht vereinbaren. Sie ist untrennbar mit wirtschaftlicher Freiheit, unternehmerischer Initiative und Bildung von Privatigentum verbunden. Die ideale Wirtschaftsform sieht die CPL in der Sozialen Marktwirtschaft, auch wenn diese Form wie jede menschliche Ordnung ständig der Anpassung und Verbesserung bedarf. Als christliche Partei tritt die CPL für eine stärkere Anlehnung des Unternehmers an eine christlich-ethische Soziallehre ein, um die gesellschaftspolitische Verantwortung des Unternehmers zu betonen.

Der Unternehmer nimmt in unserer Gesellschaft eine exponierte Stellung ein. Ihm werden daher besondere sittliche und menschliche Qualitäten abverlangt. Dies bedeutet, daß Produktivität und Rentabilität eines Betriebes zwar weiterhin Zielsetzung sinnvoller Wirtschaftens bleiben, daneben aber humane Qualitäten des Arbeitsablaufes und ökologische Rücksichtnahme ihre Gleichberechtigung besitzen. Dazu gehört ebenso die Einführung neuer Organisationsmodelle (z. B. Abkehr vom Fließband) als auch die betriebliche Ausstattung mit einer menschenwürdigen Technologie.

Im Detail sind an den Unternehmer folgende Anforderungen zu richten:

1. Sittlich-moralisches Verantwortungsbewußtsein nicht nur für die betriebliche Belegschaft, sondern für den Gesamtstaat und seine gesellschaftliche Ordnung.
2. Einführung menschenwürdiger Arbeitsabläufe und Technologien.
3. Rationalisierung nur dann, wenn damit zugleich höhere Rentabilität und Sicherung der Arbeitsplätze verbunden ist.
4. Verzicht auf Herstellung von Produkten, die das Leben und die Würde des Menschen bedrohen (z. B. künstliche Verhütungsmittel, Pille als Frühabtreibungsmittel, Medikamente mit unverantwortbaren Nebenwirkungen etc.), sofern sie nicht zur reinen Selbstverteidigung dienen (Herstellung von Defensivwaffen).
5. Ökologisches Bewußtsein und damit Einsatz umweltfreundlicher Technologie.
6. Ermöglichung von Arbeitnehmerbeteiligungen am Betriebskapital und an Produktionsmitteln.

Die gesellschaftspolitische Verantwortung des Unternehmers schließt jede Herstellung von Gütern ein, die das Leben und die Würde des Menschen bedrohen. Die CPL erinnert in diesem Zusammenhang mit Nachdruck an die verheerende Wirkung der „Anti-Baby-Pille“, die eine Anti-Baby-Mentalität geschaffen hat und nicht selten Frühabtreibung bewirkt. Sie fordert das Verbot der „Pille danach“, die in jedem Falle eine Frühabtreibung auslöst. Die CPL warnt vor Gen-Manipulationen, die das menschliche Leben der Verfügungsgewalt großwahnsinniger Wissenschaftler ausliefern.

Damit unsere ungeborenen Kinder eine Chance haben

Christliche Partei für das Leben

- ☐ Ich werde Mitglied der CPL
☐ Ich bestelle eine kostenlose Probenummer der Zeitung AUFBRUCH

- ☐ Bitte senden Sie mir weitere Informationen!

Name Vorname

Ort Straße

Geb.-Datum Bundesland

Konfession Tel.

Datum Unterschrift

BESTELLEN SIE EINE PROBENUMMER UNSERER ZEITUNG AUFBRUCH

CHRISTLICHE ZEITUNG MIT HINTERGRUNDINFORMATIONEN ZUM ZEITGESCHEHEN

AUFBRUCH packt heiße Eisen an. AUFBRUCH berichtet, was andere verschweigen. AUFBRUCH kämpft für die Durchsetzung christlicher Werte in Politik und Gesellschaft.

Unsere Beiträge in der Probenummer:

CHRISTA MEVES: Wenn dem Storch sein Untüpfel fehlt – Plädoyer für mehr Mütterlichkeit ● DR. HÜGEL: Handelsware Mensch ● JOSEF RIPSAM (CPL-Vorsitzender): Ist unsere Demokratie noch zu retten? ● PROF. DR. PETERSOHN: Drogen und Kriminalität ● RICHARD WURMBRAND: Meine Politik ist Liebe ● Außerdem: Das Pornogeschäft der SPD ● Freimaurer-Loge P2 und das Ende der Hl. Stadt ● Die Medizin in der Hl. Hildegard von Bingen ● Bedrohung Euthanasie ● Ökologie und Christentum ●

V.L.S.d.P.: Josef Ripsam, Lorsch Str. 35, 6704 Mutterstadt



Christliche Partei für das Leben

Christliche Partei für das Leben (CPL), Lorsch Str. 35, 6704 Mutterstadt
Spendenkonto: Villinger Volksbank Nr. 41 203 (BLZ 694 900 00)

BILISIERT
IERUNGEN
NABTREIG

n
aft

Wasser ist Rohstoff und Lebenselixier zugleich. Während in den Industrienationen zu verschwenderisch damit umgegangen wird, ist es in vielen Ländern der Dritten Welt Mangelware. Mit welchen Maßnahmen dieser Naturschatz langfristig gesichert werden kann, war jetzt Thema der 46. Dahlem-Konferenz in Berlin.

Ein Konsumartikel wandelt sich zum teuren Luxusgut

Von RICHARD SCHWALBE

Die weltweiten Vorräte an Trinkwasser werden auch in den nächsten fünfzig Jahren für die Versorgung der Menschheit ausreichen. Dies gilt sowohl für die Menge wie für die Qualität. Allerdings kann der heutige Zustand unserer Wasservorräte allgemein schon nicht mehr befriedigen. Bei weiter wachsenden Bevölkerungszahlen ist es deshalb ratsam, alle denkbaren technischen und planerischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um für die Zukunft krasse Gegensätze in der Versorgung mit dem Lebensmittel Wasser zu vermeiden.

So beurteilen jetzt europäische und amerikanische Wissenschaftler in Berlin die Situation des Rohstoffs Wasser. Die Dahlem-Konferenzen dienen dazu, den Gedankenaustausch von Fachleuten über aktuelle Probleme zu fördern und Lösungsvorschläge zu dokumentieren. Eingeladen sind jeweils die führenden Wissenschaftler der entsprechenden Disziplinen. Sie erarbeiten innerhalb einer Woche eine gemeinsame Beurteilung.

Sparsamere Nutzung

Auf der Tagesordnung stand diesmal die Frage nach den Veränderungen unserer Lebensumstände und der Umwelt durch den weiteren Verbrauch der natürlichen Rohstoffe. Nach dem ersten Veranstaltungsteil im Januar, bei dem es um Energie und Bodenschätze ging, wurde jetzt der Zustand von Wasser und Boden diskutiert. Zu Wort kamen dabei Geologen, Bodenkundler, Hydrogeologen und Wirtschaftswissenschaftler.

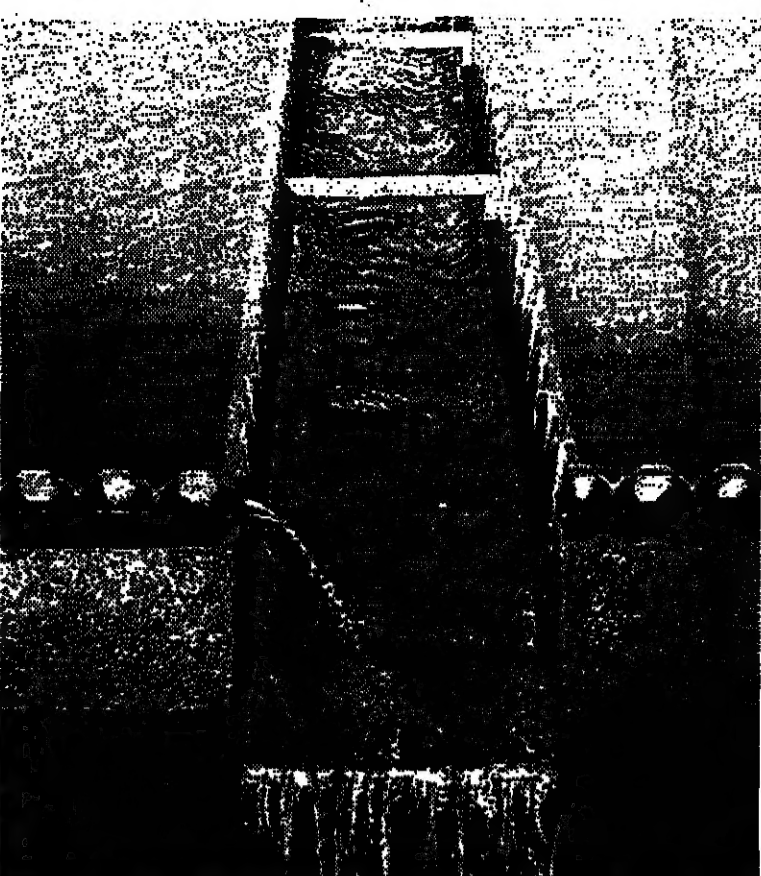
Einig waren sich die Wissenschaftler darüber, daß in den nächsten Jahren Wasser sehr viel sparsamer ge-

nutzt und von Schadstoffen freigehalten werden muß. Geschehe das nicht, so Prof. Hannes Fühler von der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich während der Veranstaltung, so seien auf der Welt tiefgreifende soziale Veränderungen zu befürchten. Mit wachsender Knappheit sauberen Trinkwassers werde es nämlich zu einem starken Preisanstieg kommen.

Die Folgen der Verteuerung zeigen sich dann vor allem in den Entwicklungsländern, die dem Kostendruck kaum standhalten können. Betroffen werden aber auch die hochentwickelten Ballungszentren sein, in denen die Wasserverschwendung gemessen an den technischen Möglichkeiten nach Ansicht der Fachleute schon heute unverträglich ist.

Dabei existieren längst Möglichkeiten zur Verminderung des Wasserverbrauchs und zum Fernhalten von Schadstoffen. Allerdings werden sie nur unvollkommen genutzt, wie das Beispiel der Bewässerung von Ackerland zeigt. 98 Prozent des Trinkwasserverbrauchs in Indien und China werden für die Bewässerung verwendet, selbst in den Vereinigten Staaten sind es noch 80 Prozent. Diese Mengen ließen sich mit den heute verfügbaren technischen Mitteln leicht halbieren, wenn diese konsequent eingesetzt würden.

Ähnlich sieht es mit der Wiederverwendung des in der Industrie verbrauchten Wassers aus. Weltweit werden heute nur zwischen zwei und 16 Prozent dieses Wassers aufbereitet und mehrfach genutzt. Auch hier bietet die Technik Reinigungsverfahren an, die sofort einsetzbar wären. So gelang es z. B. in Brasilien, innerhalb eines Jahres den Wasserverbrauch in der Industrie durch entsprechende



Kliranlagen tragen dazu bei, den Rohstoff Wasser optimal zu nutzen. FOTO: MANFRED VOLMER

Aufbereitung um fast die Hälfte zu verringern.

Die Wissenschaftler halten es deshalb für besonders dringlich, die Planung des Wasserverbrauchs zu verbessern. Davon würden speziell die Entwicklungsländer profitieren, da sie bisher kaum in diesem Bereich aktiv sind. Erster Ansatz zur Ausbildung von Fachkräften für sparsame Wasserverwendung ist die Gründung eines Wasser-Management-Instituts in Sri Lanka.

Folgen für den Boden

Neben dem vorsichtigen Umgang mit Wasser ist für dessen gute Beschaffenheit aber auch der Zustand des Bodens sehr wichtig. Verunreinigter Boden oder das Abtragen der obersten Bodenschichten durch Erosion kann den Wasserhaushalt des Erdreichs regional erheblich stören. In Berlin wurde deshalb ausdrücklich der tropischen Regenwälder und vor ungeeigneten Anbaumethoden in der Landwirtschaft gewarnt.

Gerade beim Boden, so zeigte der Erfahrungsaustausch, weiß auch die Wissenschaft noch sehr wenig über

die Folgen von Veränderungen. Ungelöst ist bis heute unter anderem, ob sich Nutzungsänderungen des Erdreichs, beispielsweise durch Mülldeponien, jemals wieder rückgängig machen lassen.

Streit herrscht auch nach wie vor bei der Frage nach den Klimaveränderungen, die von anderer Nutzung ganzer Landschaften ausgehen. Das Abholzen großer Wälder kann - so eine Vermutung - zu einem weiteren Ansteigen des Kohlendioxidgehalts der Luft führen. Damit wäre dann langfristig weltweit ein wärmeres und feuchteres Klima zu erwarten.

Bei der Sicherung von Wasser und Boden warnten die Wissenschaftler im übrigen davor, nur auf technische Möglichkeiten zum Gebrauch der Naturgüter zu vertrauen. Genauso wie mit Einschränkungen durch höhere Preise für Verbrauch von Land und Wasser können damit die Probleme nur hinausgezögert werden. Für eine langfristige Sicherung der natürlichen Rohstoffe müsse sich vielmehr die grundsätzliche Einstellung zu deren Verbrauch ändern. Und das ist dann keine wissenschaftliche, sondern eine politische und gesellschaftliche Aufgabe.

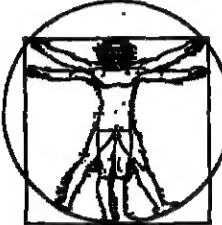
NOTIZEN

Normen für Zahnersatz

Marburg (wm) - Für eine gesetzliche Kennzeichnungspflicht aller Zahnersatz-Legierungen und eine Einbeziehung dieser Werkstoffe in das Arzneimittelrecht sprachen sich die Teilnehmer an der 35. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für zahnärztliche Prothetik und Werkstoffkunde in Marburg aus. Ihr Vorsitzender, Prof. Lorenz Hüpfauf (Bonn) berichtete, daß in den vergangenen 15 Jahren Kriterien für eine biologische Prüfung zahnärztlicher Materialien erarbeitet und damit eine Voraussetzung für die wissenschaftliche Festlegung von Normen auf diesem Gebiet geschaffen worden seien.

Computer-Medikamente?

Berlin (DW) - Ein in Oxford/Großbritannien entwickeltes Graphik-Programm gestattet jetzt am Institut für Kristallographie der Freien Universität Berlin die computergesteuerte Darstellung chemi-



scher Strukturen. „CHEMGRAF“ ist das erste Programm seiner Art, das einer deutschen Universität zur Verfügung steht. Seine praktische Anwendung findet das Verfahren im Bereich des sog. „drug-design“, der rechnergestützten Entwicklung neuer Medikamente.

Baumsanierung

Hannover (Inl) - Ein Verfahren, bei dem die Schadstellen in erhaltenswerten Bäumen an Stelle von Beton mit einer Polyurethan-Verbindung ausgeschäumt werden, haben das Stadtförstamt und die Kall-Chemie in Hannover jetzt vorgestellt. Zur Aushärtung von Schadstellen und Hohlräumen wurden in der Vergangenheit häufig Bleiche über die betroffenen Stellen gegossen oder die Hohlräume mit Beton ausgegossen.

Wenn sich Datenbanken als Sparkassen erweisen

Informationsdienste verhelfen zu preiswerten Recherchen

Von HARALD WATERMANN

Die Nutzung von Datenbanken zur Beschaffung von Wirtschafts- und Wissenschaftsdaten ist in den Vereinigten Staaten für mehr als eine Million Manager schon seit Jahren selbstverständlich. Anders sieht es in der Bundesrepublik Deutschland aus. Vor allem mittelständische deutsche Unternehmen hegen vielfach gegenüber der Nutzung externer Datenbanken starke Vorbehalte.

Zahlen belegen, daß die Bundesrepublik Deutschland, was Informationsmanagement und Datenbankenbenutzung betrifft, wie auch die anderen europäischen Länder, noch immer zu den „Entwicklungsländern“ gezählt werden muß. Dies zu ändern ist das Ziel der INFOBASE 86 - der Internationalen Ausstellung für Informationsmanagement, die heute in Frankfurt beginnt. Mehr als 1500 Datenbanken sind hier repräsentiert, geben Einblick in ihr Metier und helfen, den Einstieg in die neue Informations- und Kommunikationstechnik zu finden.

Datenbanken gibt es mittlerweile für nahezu alle Fach- und Wirtschaftsbereiche. Und das buchstäblich von A bis Z. Ihr Wissensangebot ist nicht etwa nur auf Daten begrenzt - es umfaßt Veröffentlichungen jeder Art zu den entsprechenden Gebieten. Wer Datenbankdienste nutzt, hat drei entscheidende Vorteile: Datenbanken informieren umfassend; dies führt zu einer Entscheidungssicherheit, die sonst kaum erreichbar ist.

Preisgünstiger Zugriff

Datenbanken informieren schnell; was bei konventioneller Recherche Tage, Wochen oder Monate erfordert, ist mit Datenbanken meist in Minuten erledigt. Datenbanken informieren preisgünstig; Arbeitszeit wird eingespart, Reisekosten entfallen.

Dazu einige Beispiele: Ist die Beobachtung von Liebespaaren eigentlich strafbar? Ein interessierter Rechtsanwalt findet in JURIS, der „elektronischen juristischen Bibliothek“ nach zwei Minuten ein Urteil - Bayer. OLG, Akt. Z.RReg 3 St. 140/78, sowie Hinweise auf entsprechende Literatur. Eine Redakteurin erhält ausführliches Hintergrundmaterial für ihren

Artikel über Kaffeepflanzen in Brasilien aus den Datenbanken COP-PEELINE und DPA.

Der Umweltfachmann spart sich die 80 Kilometer Fahrt zur Staatsbibliothek und recherchiert online in ULIT, UFOR und POLLUTION den Stand neuer Recyclingtechniken. Kostenpunkt: 32,87 Mark. Ein Patentanwalt in München, recherchiert für seinen Klienten in PATOS. Nach zehn Minuten steht fest: Sein aerodynamisches Segel ist konkurrenzlos. Kosten für diese Aktion: 60 Mark.

„Doppel-Erfindungen“

Zwei Beispiele zeigen jedoch deutlich, daß eine solche Berührungspunkt für die Betroffene teuer werden kann: Das Deutsche Patentamt weist regelmäßig ein Drittel aller Patentanmeldungen zurück. Grund: Die eingereichten „Erfindungen“ wurden schon einmal gemacht. Eine vorüberige Patentrecherche hätte dem „Erfinder“ Zeit und Geld gespart.

Der Verein Deutscher Ingenieure beziffert die Kosten für unnötige - weil bereits von anderen Firmen durchgeführte - Forschungs- und Entwicklungsarbeiten allein für die Bundesrepublik Deutschland auf jährlich eine Milliarde Mark.

Dem könnte leicht abgeholfen werden, denn in der Bundesrepublik sind weltweit etwa 2800 Datenbanken zu erreichen, die jedem Mann gegen Gebühr offenstehen. Deren „Wissen“ umfaßt den Inhalt von etwa 60 Millionen Büchern, Aufsätzen, Berichten, sowie Milliarden statistischer Daten. Die meisten dieser Banken befinden sich fest in amerikanischer Hand:

● 76 Prozent aller Datenbankanbieter haben ihren Sitz in den USA. Der bundesdeutsche Datenbankanteil beläuft sich auf lediglich sieben Prozent. Bei Wirtschaftsinformationsbanken beträgt der entsprechende deutsche Anteil sogar nur ein Prozent; mit 18 Datenbanken liegt die Bundesrepublik hier noch hinter Australien auf Rang sieben.

● 95 Prozent des Umsatzes, der weltweit durch die Vermarktung der in den wissenschaftlichen Datenbanken gespeicherten Informationen erzielt wird, machen amerikanische Anbieter (Bundesrepublik: 0,6 Prozent).

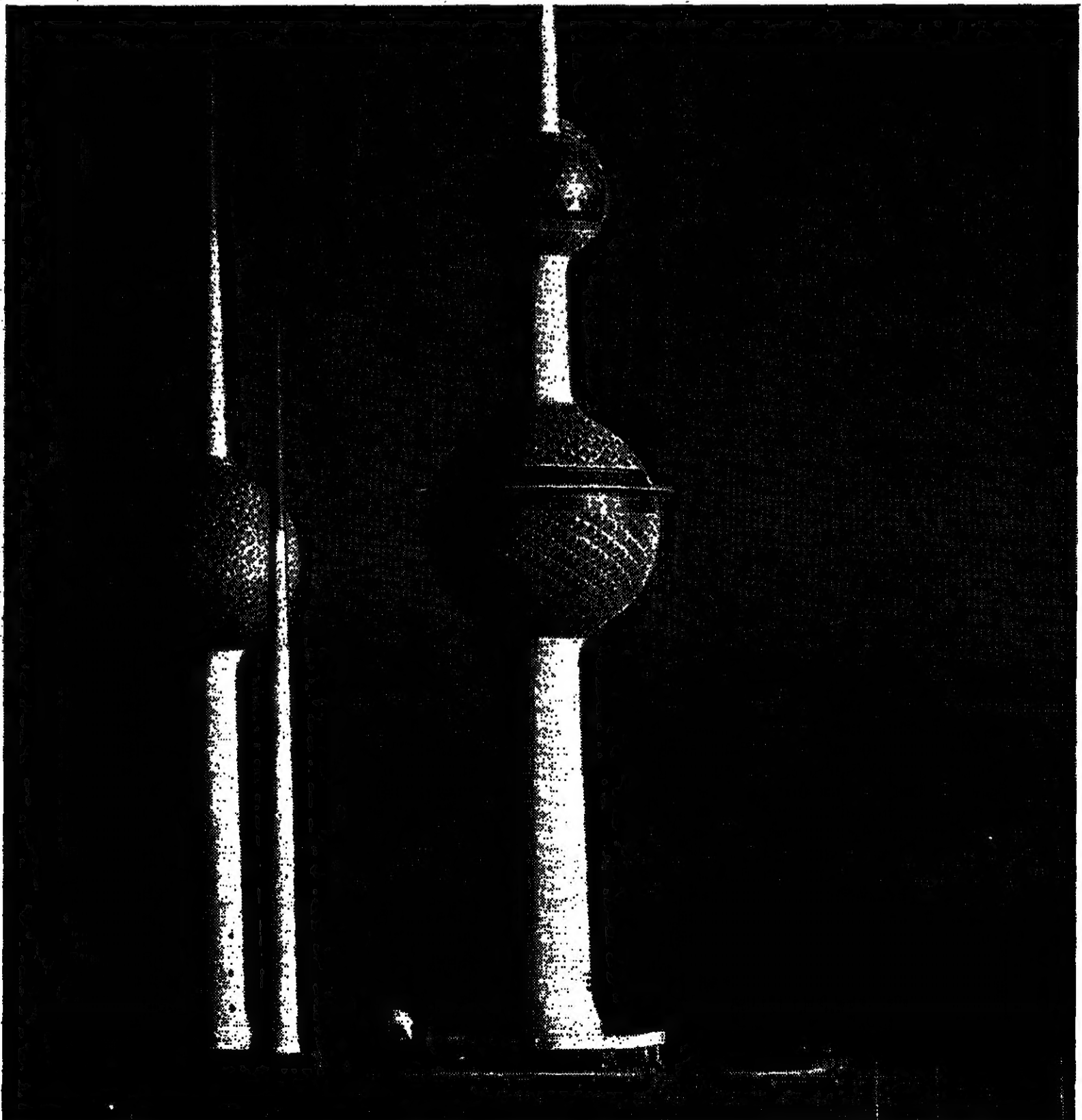
Krupp Anlagenbau

Baustoff für architektonische Träume - aus Zementanlagen von Krupp.

So schön hat noch niemand auf Sand gebaut.

Einer der umfangreichsten Exportaufträge für die deutsche Industrie seit 1983 steht kurz vor der Vollendung. Mit dem Ausbau einer sechsten Produktionslinie entsteht nahe Riad das größte Zementwerk der arabischen Halbinsel. Errichtet von Krupp Polysius*, einem Unternehmen im Krupp-Konzern.

Eine Vielzahl der schönsten Bauwerke erhält durch Krupp Form und Fundament. Bauwerke mit zum Teil atemberaubender Architektur, wie zum Beispiel der Flughafen von Riad oder die hier abgebildeten



Wassertürme in Kuwait, die an filigrane Minaretts erinnern.

Krupp ist ein führender Hersteller von kompletten Produktionsanlagen für die Zementindustrie. Sie werden Kunden in allen Kontinenten schlüsselfertig übergeben. Aus einer Hand, aus einem Guß. Von der Rohstoffgewinnung bis zur elektronischen Prozeßsteuerung.

Anlagen mit Spitzenleistungen bis 10.000 Tages-tonnen pro Einheit. Produziert mit Drehhöfen, die mitunter die Abmessungen von Straßentunnels haben: über 100 Meter Länge und bis 7 Meter Durchmesser. Anlagen mit einem Wert, der 40.000 Mittelklassewagen entspricht.

Unsere Anlagen und Maschinen für die Zementindustrie sind nur ein Beispiel für die Vielfalt von Leistungen unter dem Namen Krupp. Von der Kommunikationstechnik bis zur Umwelttechnik, von der Verkehrstechnik bis zum Anlagenbau.

Leistungen von Krupp sind stets das Ergebnis eines kreativen Dialogs. Krupp-Ingenieure entwickeln in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit ihren Kunden Problemlösungen für alle Bereiche unseres Lebens.

So sorgen wir mit einer Vielzahl modernster Werkstoffe, Anlagen und Systeme dafür, daß unsere Wirtschaft nicht nur schneller vorankommt, sondern auch sicherer.

Krupp. Fortschritt aus Tradition.



* Alles über Krupp Polysius Zementanlagenbau erfahren Sie von der Krupp Polysius AG, Abteilung Marketing, Graf-Galen-Str. 17, D-4720 Bochum.

Umfrage in Polen: Jugend will die Privatisierung

JGG/Köln

In Polen zeichnet sich „ein eindeutiger Rückgang der Akzeptanz der sozialistischen Planwirtschaft“ ab, berichtet die Untergrundzeitung „Kontakty“. Sie beruft sich auf eine von der Regierung bislang unter Verschluss gehaltenen Umfrage. So plädieren 97 Prozent der befragten jungen Leute für eine völlige Privatisierung des Handwerks. Den Handel würden 77 und kleinere Betriebe 82 Prozent gern in privater Hand sehen. 62 Prozent der befragten Jugendlichen sprachen sich für eine Umwandlung der Staatsgüter und Kolchosen in private landwirtschaftliche Großbetriebe aus. Im Jahre 1978 waren nur 16 Prozent dieser Meinung.

Während früher – so „Kontakty“ weiter – die meisten Jugendlichen „für irgendeine Form des Sozialismus waren“, sind es heute nur noch 43 Prozent. Nur vier Prozent akzeptieren den real existierenden Sozialismus in Polen.

Vor Gorbatschow ließ Honecker das Loblied auf die Kirchen aus

Von HANS-R. KARUTZ

Das „Liebeswerben“ der SED-Führung um die evangelischen Kirchen in Mitteldeutschland hält an, obwohl Generalsekretär Erich Honecker beim SED-Parteitag entgegen vorherigen Hinweisen kein Lobeswort über die Kirche fand. Sie soll jedoch weiterhin als enger Verbündeter in der „Friedensfrage“ in Anspruch genommen und als innenpolitischer Stabilisierungsfaktor gepflegt werden.

Honeckers überraschendes Schweigen auf dem SED-Parteitag, wo er die gesellschaftliche Rolle der Kirche mit keinem Wort würdigte, sei keineswegs als „Kurswechsel“ zu verstehen, besaßen sich SED-Funktionäre auf Anfragen von „DDR“-Kirchenmännern mitzuteilen. Man müsse das „Selbstverständliche“ nicht immer wieder betonen.

Bei aller Vorsicht und Zurückhaltung in ihrer Kirchenpolitik läßt die SED keinerlei Zweifel an ihrer forcierten Hinwendung zur „kommunistischen Erziehung“ in der Schule, beim strengen Vorgehen gegen in-

nerkirchliche Menschenrechtsgruppen und der Absicht, jedes Treffen eigenständiger Friedens- und Umweltgruppen auf christlichem Hintergrund totzuschweigen, indem auch akkreditierte West-Korrespondenten zu solchen Zusammenkünften nicht zugelassen werden. Zudem steht das am 12. Februar 1985 von Honecker versprochene neue „Gipfeltreffen“ zwischen Staat und Kirche weiter aus.

Während Honecker in seinem Rechenschaftsbericht auf dem 11. SED-Parteitag die Kirche überging, hatte er fünf Jahre zuvor noch gerühmt, die Beziehungen zwischen Kirche und Staat hätten „an Offenheit, Verständnis und Bereitschaft zu konstruktiven Regelungen“ gewonnen. Dagegen kam der Parteichef auf das Arbeitsfeld seiner Ehefrau, Volksbildungsministerin Margot Honecker, zu sprechen und forderte, die Erziehung der Schüler „im Geiste unserer kommunistischen Weltanschauung und Moral“ vorzunehmen.

Frau Honecker hatte das SED-Erziehungsideal im November 1985 be-

reits unmißverständlich und ohne jeden Freiraum für christliche Erwägungen so beschrieben: Inhalt der Allgemeinbildung, wie sie die „DDR“-Schule ohne Abstriche zu vermitteln habe, sei „die vom Marxismus-Leninismus begründete dialektisch-materialistische und historisch-materialistische Betrachtungsweise aller Erscheinungen und Prozesse in Natur, Gesellschaft und im Denken“.

Unter führenden mitteldeutschen Kirchenleuten werden folgende Erklärungen für Honeckers Schweigen zur Kirche angeboten, nachdem er noch Anfang Februar in einem Glückwunschtelegramm an den neuen Kirchenbundvorsitzenden, Bischof Werner Leich, die „hervorragenden Leistungen“ der mitteldeutschen Christen hervorgehoben hatte:

● Im Beisein von Michail Gorbatschow, dessen KPdSU zur Zeit wieder eine antireligiöse Kampagne inszeniert, sollte der Stellenwert der Kirchen drüben nicht öffentlich erwähnt werden.

● Innerhalb des SED-Politikbüros

seien weiterhin Meinungsverschiedenheiten darüber vorhanden, in welchem Maße eine kommunistisch-atheistische Partei wie die SED überhaupt kirchlichen Themen Raum geben solle. Manche Genossen fragten nach der Lektüre des „Neuen Deutschland“ schon spöttisch, wo die tägliche Kirchenmeldung bliebe.

● Honeckers Rede sei – gemäß dem neuen Gorbatschow-Stil – wesentlich gestrafft worden, so daß für die Kirchen-Passage – anders als 1981 – kein Raum geblieben sei. Den 2700 SED-Parteidelegierten soll eine schriftliche Fassung mit einem Kirchenanteil vorgelegen haben.

Die „DDR“-Kirchenführung zeigt sich über Honeckers Auslassungen nicht besorgt. „Lieber weniger als zu viele öffentliche Streicheleinheiten“, lautet dazu ein Kommentar. Dies gilt auch im Hinblick auf kritische Anmerkungen im Westen über ein vermutetes „Zusammenspiel“ von Staat und Kirche auf bestimmten außenpolitischen Feldern. Im übrigen habe Staatssekretär Klaus Gysi (SED), ein

Vertrauter Honeckers, versichert, es bleibe „alles beim alten“.

Der Stellvertreter der SED-Kirchenpolitik hatte zum Jahresende 1985 im „DDR“-Börsenblatt für den Buchhandel eine aufschlußreiche, weil entlarvende Definition der eigentlichen Hintergründe des SED-Kirchenkurses geliefert. Die „DDR“-Kirchen hätten, schrieb er, mit „20jähriger Phasenverschiebung“ die Endgültigkeit der DDR anerkannt und finden „nun auch innerlich zur Republik hin“.

Die SED bemühe sich stets, auch gegenüber der Kirche „das Gemeinsame zu finden“. Gegenwärtig stehe eine Aufgabe „ganz im Vordergrund“. Das ist der Frieden, der eine gemeinsame Forderung ist. Unsere Friedenspolitik, die Beibehaltung der Hauptaufgabe (Sozialpolitik, die Red.)... das sind ganz wesentliche gemeinsame Nenner, unter denen sich immer mehr verbündete Kräfte an unserer Seite einfinden. Und dieses lebendige Bündnis wiederum ist zugleich ein ganz wesentlicher Faktor der politischen Stabilität der DDR.“

Grüne stellen Gerhard Schröder Bedingungen

dpa/Bonn

„Nicht zum Nulltarif“ sei die Unterstützung der Grünen für den SPD-Spitzenkandidaten Gerhard Schröder im Falle eines Wahlsieges in Niedersachsen zu haben, ließen die beiden Grünen-Landtagskandidatinnen Thea Dückert und Ruth Hammerbacher verlauten. Die grundlegende Forderung sei der „volle Ausstieg aus der Atomenergie“. Schröder vollführe mit seiner Haltung zu den Grünen einen „Eiertanz“. Der volle Ausstieg sei die „Sollbruchstelle“ bei möglichen Gesprächen über eine Zusammenarbeit. Die von der niedersächsischen Regierung angekündigte Überprüfung der Kernkraftwerke sei nur ein „Beruhigungsmittel“. Die Grünen beobachten seit dem Reaktorunfall von Tschernobyl einen Zulauf. Nach einem Ergebnis von 6,5 Prozent 1982, sprechen ihnen nach eigenen Angaben jüngste Prognosen für die Wahl in vier Wochen einen Anteil von acht Prozent zu.

Einer der schönsten Gründe, Mercedes zu wählen.



Die neue Generation der T-Limousinen.

Die Wertbeständigkeit und Zuverlässigkeit – aber auch die außergewöhnliche Sicherheit – veranlassen immer mehr Autofahrer, den Schritt zu Mercedes zu tun. Mit der Neuen T-Reihe sind drei weitere Gründe hinzugekommen:

Die richtungweisende Technik der Mittleren Mercedes-Klasse. Die weiter gesteigerte Vielseitigkeit und das hohe Ausstattungsniveau für Freizeit, Sport und Beruf. Und nicht zuletzt die kraftvolle Linienführung der neuen Form: der elegante Rahmen für die praktischen Vorzüge dieser einzigartigen Automobilkonzeption. Technische Füh-

rung in Perfektion. Auch in Bezug auf die Umweltentlastung.

Alle Benzin-Modelle sind als schadstoffarme Katalysatorfahrzeuge lieferbar. Oder können für den späteren problemlosen Katalysatoreinbau vorbereitet werden. Die Diesel-Modelle werden serienmäßig als schadstoffarme Fahrzeuge geliefert.

Ich bin interessiert an:
☐ Prospektmaterial.
☐ Terminvorschlag für eine Probefahrt.
☐ Senden Sie mir den Video-Informationsfilm.
 Preis: DM 30,- zahlbar nach Rechnungserhalt.
 Mein Videosystem:

Name: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____
 Unsere Adresse: Daimler-Benz AG,
 Abteilung VOI/VPE,
 Postfach 202, 7000 Stuttgart 60



MERCEDES-BENZ
 Ihr guter Stern auf allen Straßen.

Yock: Alfred von Krumstern; Ernst Han-
brock: Hans-Jürgen Stöck, Wolfgang Wil-
Part: Heinz Weissenberger; Constance
Knitzer, Joachim Leibelt; Tokio: Dr. Fred de
La Tröbe, Edwin Karmiol; Washington:
Dietrich Schulz.

„Einheitsfront“ gegen Atomkraft

Wackersdorf wird für die ÖVP zum Problem / Die Angst der Parteien vor den Grünen

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien
Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl hat in Österreich – dem einzigen Land Europas und vielleicht der Welt, wo ein „Atomergesetz“ die Inbetriebnahme eines bereits fertiggestellten Kernkraftwerkes seit Jahren verbietet – zu einer anti-atomaren Einheitsfront quer durch alle Parteien geführt. In der SPÖ, deren damaliger Bundeskanzler Kreisky bei einer Volksabstimmung über das bei Wien gelegene AKW Zwentendorf eine erste Niederlage einstecken mußte, überlegt man sich, wie man den Passus über die friedliche Nutzung der Kernenergie möglichst schnell und unauffällig aus dem sozialistischen Parteiprogramm wieder entfernen kann.

Heilfrohe die Volkspartei

In der ÖVP, in der man seinerzeit die Ablehnung des Atomkraftwerkes bei Wien als Rammbock gegen den scheinbar unerschütterlichen Bruno Kreisky erfolgreich einsetzte, ist man inzwischen heilfrohe, daß die Mehrheit in der Volkspartei (immerhin: es handelt sich um die österreichische „Schwester“ der CDU/CSU) auch bisher schon ein mehr oder weniger deutliches Nein gesagt hat.

Jetzt allerdings haben zwei Ereignisse

den „Atomgegnern“ in beiden großen österreichischen Lagern Auftrieb gegeben: Die Reaktorkatastrophe in der Ukraine – wahrscheinlich damit im Zusammenhang, das bemerkenswerte Abschneiden der „grünen“ Präsidentschaftskandidatin Freda Meissner-Blau im ersten Wahlgang am 4. Mai. Bei einer Meinungsumfrage am 2. Mai sprachen sich 77 Prozent gegen eine friedliche Nutzung der Atomenergie in Österreich und für ein Abwracken des still vor sich hindämmenden Atomkraftwerkes Zwentendorf aus. Bundeskanzler Fred Sinowatz (SPÖ), der offenbar lange Zeit hoffte, die Anti-Atom-Entscheidung lasse sich eines Tages revidieren, trat nach Tschernobyl, wenn auch in gewundenen Worten, für einen endgültigen Schlußstrich ein. Ebenso scharf äußerte sich ÖVP-Chef Alois Mock: Im Parteivorstand paukte er ein absolutes Nein durch, verbunden mit der Aufforderung an die Regierung, das AKW westlich von Wien „abwracken“ zu lassen.

Auch die beiden für die Stichwahl übrigen Präsidentschaftskandidaten Kurt Waldheim (ÖVP) und Kurt Steyrer (SPÖ) traten vehement gegen Zwentendorf auf. Den Sozialisten fällt es noch schwerer als der ÖVP, sich vom „friedlichen

Atom“ loszusagen, denn ein erheblicher Teil sozialistischer Stammwähler, vermutlich aus der Industriearbeiterschaft, ist eindeutig für die Atomkraft. Aber den beiden großen Parteien sitzt inzwischen das grüne Gespenst im Nacken. Alles spricht dafür, daß die österreichischen Grünen nach dem Erfolg der Präsidentschaftskandidatin ihres Lagers nun auch den Einzug ins nächste Parlament schaffen werden.

Konflikt mit Bayern?

Und die Rechnung könnte lauten: je weniger grüne Anliegen von den etablierten Parteien abgedeckt werden, desto größer werden die Stimmverluste an die neue Gruppierung sein.

Für die ÖVP wird nun die Aufrechterhaltung Wackersdorf in Bayern zum Problem – denn zwischen der CSU und vor allem der Salzburger ÖVP unter Landeshauptmann Wilfried Haslauer bräut sich ein schwerer Konflikt zusammen. Die ÖVP ist gegen Wackersdorf – erstens weil man in Salzburg Angst hat, ein Unfall in der bayerischen Anlage müsse die Festspielstadt ruinieren. Und zweitens weil man selber unter dem Druck von Bürgerinitiativen und Grünen steht.

Aktionen ein regelrechtes „Gehalt“ bezogen zu haben. Noch nicht identifizierte Auftraggeber in der irakischen Hauptstadt Bagdad ließen ihm jeden Monat 3000 Dollar zukommen. Maarar flog sehr oft in die irakische Hauptstadt, um dort seine Befehle persönlich in Empfang zu nehmen.

Die Festnahme des Terroristen ist reiner Zufall. Maarar lebt seit Jahren in der ostafrikanischen Stadt Nancy mit einer jungen Algerierin zusammen, von der er auch ein Kind hat. Das Paar stritt sich häufig, und die Tunisier schlug dann immer wild auf die Mutter seines Kindes ein. In der vergangenen Woche kam es wieder einmal zu einer solchen Schlägerei. Die junge Algerierin schrie dabei so laut, daß Nachbarn die Polizei riefen. Maarar wurde wegen Körperverletzung festgenommen und kam in Untersuchungshaft. Einen Tag später „packte“ seine Lebensgefährtin aus. Sie berichtete, daß sie kurz vor Wahlen 1983 mit Maarar nach Lon-

don geflogen sei. Als die junge Frau abends im Hotelzimmer die TV-Nachrichten mit den Berichten über das Bombenattentat auf das Kaufhaus Marks und Spencer sah, soll Maarar selbstzufrieden zu ihr gesagt haben: „Der Bombenleger, das bin ich.“ Nach der Rückkehr des Paares nach Frankreich habe ihr Maarar dann gestanden, daß dieser Anschlag nur einer von vielen „Aufträgen“ sei, die er übernommen hätte.

Die französische Polizei hörte sich den Bericht der jungen Frau anfangs ungläubig an. Als sie auch Einzelheiten erzählte, die bis dahin nicht in der Presse erschienen waren, wurden Terror-Spezialisten eingeschaltet. Vor ihnen legte Maarar dann ein volles Geschändnis ab. In der Wohnung des Tunisiers in Nancy entdeckten die Kriminalisten „große Mengen“ Sprengstoff. Maarar war offensichtlich von seinen Auftraggebern schon für weitere Terrorattentate engagiert. (SAD)

Mulroney fragt in Peking nach Menschenrechten

AFP, Peking

Der kanadische Ministerpräsident Brian Mulroney hat bei seinem offiziellen Besuch in Peking die Regierung direkt auf Fragen der Menschenrechte – insbesondere jene der politischen Gefangenen – in China angesprochen. Vor allem das Thema inhaftierter katholischer Priester erörterte Mulroney. Er fand es, so der kanadische Ministerpräsident, „nicht normal“, wenn der Vertreter eines demokratischen Landes solche Probleme nicht aufwerfe, die „unter Freunden“ erörtert werden könnten. Das Thema sei „direkt, realistisch und ernsthaft“ zur Sprache gekommen. Bislang haben ausländische Spitzenpolitiker in China zu solchen Fragen nur selten öffentliche Stellung genommen.

Nach Berichten der Gefangenenhilfsorganisation „Amnesty International“ sind allein in Shanghai zehn katholische Priester und Bischöfe inhaftiert, von denen die meisten älter als 70 Jahre alt sind. Personen, die in der Zeit des „Pekinger Frühlings“ (1979 und 1980) die Demokratisierung des Regimes gefordert hatten, verbüßen lange Haftstrafen wegen „konterrevolutionärer Verbrechen“. Die Pekinger Führung betrachtet die Frage der Menschenrechte als eine innenpolitische Angelegenheit.

Mulroney erläuterte ferner, bei seinen Gesprächen in Peking sei weitgehend Übereinstimmung erzielt worden über Konflikte wie Afghanistan und Kambodscha. Die chinesische Seite habe auf die „sozialistische Einmischung in der Region“ verwiesen, für die Kambodscha ein „klassisches Beispiel“ sei.

Mulroney unterzeichnete während seines Besuchs ein Abkommen über die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen China und Kanada. Er kündigte außerdem an, daß Peking einen zinslosen Kredit in Höhe von 252 Millionen Dollar vor Ort erhält. Die kanadische Wirtschaftsförderung für China soll verdoppelt auf 144 Millionen Dollar werden. Weiter wurde die Eröffnung eines kanadischen Generalkonsulats in Shanghai vereinbart.

Der kanadische Ministerpräsident kündigte an, daß er Menschenrechtsfragen auch mit der Regierung in Seoul besprechen wolle. Mulroney wird sich bis Donnerstag zu einem offiziellen Besuch in Südkorea aufhalten.

Afghanische Widerstandskämpfer sehen Ansätze für eine politische Lösung

Kreml scheint nach sechsjährigem Krieg bereit für Veränderungen / Verhandlungserfolge in Genf

WALTER H. RUEB, Bonn

Die Abkündigung Behraks Karmals vom höchsten Parteiamt in Kabul wird auch in Kreisen afghanischer Widerstandskämpfer als ein Indiz gewertet, daß die Kreml-Führung zu einer politischen Lösung des Konflikts bereit scheint. Nach sechsjährigem Krieg mit anderthalb Millionen Toten, fünf Millionen geflohenen Afghanen und Milliarden-Ausgaben ohne nennenswerte Erfolge am Hindukusch deutet die Einsetzung des bisherigen Geheimdienst-Chefs Mohammad Nadschibullah als neuer Vorsitzender der Demokratischen Volkspartei Afghanistan auf eine bevorstehende Veränderung hin.

Karmal stand im Wege

„Mit Karmal an der Spitze der verhassten und nach wie vor tief zersplitterten kommunistischen Partei ist eine Atmosphäre des politischen Dialogs zwischen den im Lande verbliebenen und jenen im Exil lebenden Gruppen von Afghanen unmöglich“, sagte ein prominenter Exilpolitiker gegenüber der WELT. „Karmal ist die Symbolfigur von Hindernis und Verrat an die Russen. Er steht einer politischen Lösung im Wege. Zudem

ist er auf allen Gebieten gescheitert. Er vermochte die Fügelmächte in seiner Partei nicht zu beenden, nur wenige Anhänger um sich zu scharen, und er erwies sich im Kampf gegen den Widerstand als erfolglos.“

Nadschibullah ist nach Ansicht der Sowjets Garant einer funktionierenden politischen Lösung. „Sind erst die Russen abgezogen, bedarf es einer starken Hand“, versicherte aus Kreisen des afghanischen Widerstands. „Dann müssen die ausgehandelten Bedingungen überwacht, vor allem die eingetragenen Sicherheiten für den Erhalt des etablierten Regimes in Kabul verteidigt werden. Wer könnte dies wirksamer als der ehemalige Geheimdienstchef tun?“

Ein weiteres Indiz für eine mögliche politische Lösung des Konflikts sehen die Beobachter in der auffälligen Zunahme der Kampfaktivität in vielen Teilen Afghanistans und im Terror gegen die Zivilbevölkerung. Ein afghanischer Exilpolitiker: „Vor dem Abzug aus Afghanistan wollen die Russen noch möglichst viele Positionen erobern, die hinterher das Regime festigen.“

In Washington hieß es, man messe dem Wechsel in Kabul keine Bedeu-

tung bei. Genau dies wird von Beobachtern als ein weiteres Indiz für eine politische Lösung bezeichnet. „Die USA wollen die Verhandlungen des Schlüsselpunkts in Genf nicht erschweren.“ Wie aus Genf und Islamabad verlautete, wurden in den bisherigen Verhandlungsrunden in der Schweiz zwischen Afghanistan und Pakistan in mehreren Punkten Lösungsvorschläge erarbeitet, ja Einigung erzielt.

Verhandlung über Abzug

So ist die friedliche Rückführung aller Flüchtlinge in ihre Heimat, die Nichtmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes und die Frage der Garantien für die künftige Neutralität Afghanistans sind vom Tisch.

Über den Abzug der 150 000 Sowjetarmisten aus Afghanistan und damit über den letzten Streitpunkt soll noch in diesem Monat Einigung erzielt werden – obwohl in Moskau nach wie vor von einer Frist von 24 bis 36 Monaten für den Abzug gesprochen, in Islamabad und beim Widerstand aber von einer weit kürzeren Frist geträumt wird.

„DDR“ auf der Anklagebank

Internationale Arbeitsorganisation rügt Diskriminierung im Berufsleben

AP/DW, Genf

Kritische Fragen an die „DDR“ über die Einhaltung international vereinbarter Normen beim Arbeits- und Sozialrecht stellt der neueste Expertenbericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). In dem Kapitel über die Anwendung der Konvention gegen die Diskriminierung stellt der Experten Ausschuss fest, verschiedene in der „DDR“ praktizierte Anstellungskriterien schienen mit den Bestimmungen dieses von der „DDR“ 1975 ratifizierten Abkommens unvereinbar zu sein.

Die von dem früheren Obersten Richter Nigerias, Adenokumbo Ademola, geleitete Kommission, der Juristen aus 30 Nationen angehören, führt unter anderem an, daß die Examenordnung an den „DDR“-Universitäten eine Persönlichkeitsbeurteilung verlangt, die unter Mitwirkung der Staatsjugend FDJ angefertigt wird.

Die Juristen bemerken weiterhin, daß nach einer Verordnung aus dem Jahre 1978 ein „hohes politisches Bewußtsein“ und eine „verantwortungsbewußte parteiliche Haltung“ Voraussetzung für die Zulassung zu Forschungsarbeiten sei.

Es scheine dem Ausschuss, daß verschiedene dieser Kriterien „unvereinbar“ sind mit einer Politik, die jegliche Diskriminierung aus politischen oder gesellschaftlichen Gründen ausschalten soll. Der Bericht zitiert ebenfalls einen Artikel aus der „DDR“-Fahrschulverordnung, wonach nur diejenigen Fahrer eine Lizenz erhalten dürfen, die über entsprechende „politische, pädagogische und berufliche Qualifikationen“ verfügen. Die „DDR“ werde aufgefordert, sich zu der Frage zu äußern, warum politische Eignung für die Ausbildung des Fahrerberufs erforderlich ist und mitzuteilen, welche Maßnahmen getroffen würden, um die Beachtung der ILO-Konvention in diesem Punkt zu gewährleisten.

Schließlich wird von den Experten auch kritisiert, daß eine Resolution des Zentralkomitees der SED über die Anstellung von Funktionären „bedingungslose Treue zur arbeitenden Klasse und ihrer Partei“ verlange. Diese Forderung habe inzwischen in mehreren Verordnungen ihren Niederschlag gefunden, die politische Eignung für Apotheker, Anwälte und Mitglieder der Akademie der Wissenschaften verlange.

Der Bericht, der sich auf insgesamt 368 Seiten mit der Einhaltung von ILO-Konventionen in zahlreichen Signalstaaten befaßt, soll der im Juni beginnenden Internationalen Arbeitskonferenz zur Beschäftigungsvorgabe vorgelegt werden. Die Vertreter der UdSSR und Polens distanzieren sich von dem Befund des Ausschusses.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 846, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 55 714

Volk, Nation und Staat

„Tu feils Austria doch“, WELT vom 24. April, und Leserbrief „Tyruschlimes“, WELT vom 3. Mai.
Sehr geehrter Herr Dr. Kremp,
Ihr ausgezeichnete Leitartikel zeigt ein Problem auf, das man auch mit der trefflichen Kritik Dr. Hupkas an bundesdeutschen Historikern messen kann.

Sie schreiben sehr richtig, daß Österreich in gewissem Sinne einen neuen Anschluß an Deutschland erlebt hat. „Nicht an das Deutsche Reich, sondern an das deutsche Schicksal, dem man gläubig entkommen zu sein ... Die Auseinandersetzung um Waldheim hat die glückhafte verdrängte Identitätsfrage Österreichs aufgeworfen.“

Wenn 1980 nach Meinungsumfragen 67 Prozent der Österreicher – anerkennenswerterweise! – eine staatliche Eigenständigkeit bejahen, so darf daraus eben nicht der falsche Schluß gezogen werden, daß dies eine bewußte Loslösung aus dem Verband der deutschen Nation bedeute.

Österreich-Ungarn wußte zwischen Nationalität und Staatsangehörigkeit zu unterscheiden. Das Staatsbewußtsein in der Bundesrepublik

Österreich führt heute ebenso wie in der Vergangenheit zu einer eigenen Nation. Nicht nur Franz Joseph I. hat Erzherzog Karl im Jahre 1859 als „Kämpfer für Deutschlands Ehre“ am Wiener Heldenplatz gewürdigt, auch der Alpenverein und der „Deutsche Fußballbund“ haben sich vor dem Ersten Weltkrieg einheitlich über zwei Völkerrechtssubjekte hinweg organisiert.

Einer „österreichischen Nation“ ermangelt es an einer eigenen Sprache und einem eigenen Volk. Aus einer Staatsbeziehung kann niemals ein neues Volk entstehen. Bei Fortdauer der deutschen Teilung von 1945 wäre eine „österreichische Nation“ ein gefährliches Präjudiz für Mitteldeutschland.

Wie schrieb doch Dr. Hupka? – „Ein Historiker sollte in historischen Kategorien denken und nicht von Aktualitäten besessen voreilig urteilen, vor allem sollte er dem Willen eines Volkes und dem Recht die Handlungsfähigkeit nicht absprechen.“

Mit freundlichen Grüßen
Roland Schnürch,
Düsseldorf 13

Materialisten

„Jahres, die Freiheit und die Gekährer“, WELT vom 24. April

Sehr geehrte Damen und Herren, wie Panikraz schreibt, sind die Materialisten unter den Gehirnforschern davon überzeugt, daß es eine menschliche Willensfreiheit gar nicht gibt. Diese Leugner der Freiheit menschlichen Willens fordern für sich aber Freiheit der Wissenschaft. Dafür jedoch ist eine freie Willensentscheidung unentbehrlich, und die gibt es nach Ansicht dieser Leute nicht. So kann es für sie auch keine Freiheit der Wissenschaft geben.

Die Widersprüchlichkeit des Denkens resultiert aus einem hohen Maß an Menschenverachtung und eifriger Selbstüberschätzung. Würde man die Maximen auf die Propagierer selbst anwenden, stünde die Willensfreiheit des Menschen nicht mehr in Frage. Da sich diese Leute als Materialisten bezeichnen und als solche keine moralischen Maßstäbe und Schranken anerkennen, müßte ihnen das Handwerk gelegt werden. Es ist verdienstvoll von Panikraz, dem Leser diese Dinge zur Kenntnis gebracht zu haben.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Jürgen Markert,
Dülmen

Partnerschaft

„Eine Rede nach Posen über: Briefe an den Präsidenten“, WELT vom 24. April

Sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank für Ihren ausführlichen Bericht, wonach ein Schullehrer aus Huxum in der Volksrepublik Polen war und besonders gut aufgenommen wurde. Diese Schüler haben ihre Eindrücke an den Präsidenten auf Karten geschrieben und ihm u. a. mitgeteilt, daß Vorurteile abgebaut und neue Kontakte geknüpft werden konnten. Es sei der Wunsch der Schüler, solche Partnerschaften zwischen Schulen aus Ost und West zu fördern.

Auch wir wünschen uns eine deutsch-polnische Freundschaft, insbesondere ein deutsch-polnisches Jugendwerk wünscht sich die Schlesische Jugend schon seit langer Zeit. Dies hat der Bundesvorsitzende bei der Feierstunde 35 Jahre Schlesische Jugend erneut zum Ausdruck gebracht, ebenso der Bundeskanzler in seiner Rede zum Schließertreffen in Hannover.

Wann wird mit diesem Jugendwerk begonnen?
Mit freundlichen Grüßen
Michael Ferber,
Jugendreferent
Schlesische Jugend, Bonn

Brief aus USA

Vor ein paar Tagen haben wir im Fernsehen in den USA Forderungen von Deutschen mit Schildern und Plakaten marschieren. Auf den Schildern waren antiamerikanische Slogans geschrieben und eine Gruppe verbrannte sogar die amerikanische Fahne.

Präsident Reagan und die amerikanische Regierung hatten Libyen angegriffen, um Kadhafi klarzumachen, daß seine gemeinen und feigen Angriffe in der freien Welt auf Amerikaner (bei denen oft andere Nationalitäten nebenbei sterben), nicht mehr toleriert werden. Ich bin eine Deutsch-Amerikanerin, die sich in den letzten Tagen bis in die letzte Faser ihrer Seele geschämt hat.

Mein Sohn dient zur Zeit beim Militär. Er ist 19 Jahre alt, und er ist fast sicher, daß er innerhalb der nächsten vier Jahre entweder in Europa oder anderswo im Ausland Dienst leisten wird. Seine Großmutter, seine Onkel und Tanten, seine Nichten und Nefen wohnen in Deutschland. In der Bundesrepublik, frei und wirtschaftlich gemüht, in der Lage zu reisen, wohin sie wollen, und den Kandidaten zu wählen, der ihnen am sympathischsten ist. Als deutsche Mütter eines jungen Amerikaners bin ich stolz darauf, daß mein Sohn bereit ist, auch für die Freiheit meines alten Vaterlandes Dienst zu leisten.

Wo sind denn die Demonstranten, wenn die Sowjetunion die afghanische Bevölkerung systematisch ermordet und die Bevölkerung dieses Landes seit der sowjetischen Invasion von 18 Millionen auf 9 Millionen reduziert worden ist? Ja, Präsident Reagan hat Libyen mit Bomben beworfen. Vielleicht hätte es einen besseren Weg gegeben. Aber was ich hier zur Aussprache bringen will, ist die schnelle Bereitschaft so vieler Deutschen, die USA zu beschimpfen und gegen sie zu protestieren. Die Mauer steht jeden Tag da, alle können sie sehen, und alle wissen, was die Mauer repräsentiert: das Ende der Menschlichkeit, das Ende von persönlicher Freiheit.

Ich glaube, daß es notwendig ist für die freie Welt, zusammen gegen die kommunistische Bedrohung zu stehen, daß auch die Deutschen bereit sein müssen, für die Freiheit zu kämpfen und für sie Opfer zu bringen. Falls wirklich die meisten Deutschen glauben, dieses ohne unsere Hilfe zu können, dann bin ich schon dafür, daß mein Sohn zu Hause bleibt, daß wir unsere Bassen schließen, unsere Waffen nach Hause bringen und daß Deutschland dann für sich selber sorgen kann und wir ohne die Deutschen gegen Angriffe auf unsere Freiheit verteidigen.

Karin Quigley,
Auburn, California, USA

Personen

UNIVERSITÄT

Professor Dr. Lothar Ledderose vom Kunsthistorischen Institut der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Heidelberg hat einen Ruf auf die Professur für Chinesische Kunstgeschichte an der Stanford University erhalten.

Dr. Helmut Stiller, Vorsitzender der Geschäftsführung des Düsseldorfer Chemieunternehmens Henkel und Vizepräsident des Verbandes der Chemischen Industrie, wurde zum Honorarprofessor an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Schon seit 1979 hält Stiller dort an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät Vorlesungen über Marketing und Unternehmensforschung.

EHRUNGEN

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dr. Volkmar Köhler, ist jetzt während eines offiziellen Besuches in der an der westafrikanischen Küste gelegenen Volksrepublik Benin von Staatspräsident Mathieu Kérékou mit dem „Großoffizierskreuz des nationalen Verdienstordens“ ausgezeichnet worden. Mit der Verleihung des höchsten Ordens seines Landes, so der Präsident, würdige Benin die großen Verdienste Köhlers bei dem Ausbau der deutsch-beninischen Beziehung.

Professor Klaus von Klitzing, Nobelpreisträger für Physik 1985, erhielt mit 55 anderen schwäbischen und badischen Landeskindern aus den Händen von Ministerpräsident Lothar Späth die goldene Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg. Unter den Ordensriten waren auch Landesfinanzminister Guntram Palma, der langjährige Ulmer Oberbürgermeister Hans Lorenser und der Freiburger Verleger Hermann Herder.

Mit der höchsten Auszeichnung des Behinderten-Sportverbandes Nordrhein-Westfalen ist Professor Dr. Herbert Grünwald, Aufsichtsratsvorsitzender der Bayer AG, für seine besonderen Verdienste um die Förderung des Behindertensports ausgezeichnet worden.

Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß wird der siebente Träger der „Pflingstrose in Gold“. Die Auszeichnung wird seit 1980 vom Fremdenverkehrsverein Rodach an diejenigen verliehen, die sich um die Förderung des Thermalbades bei Co-

burg verdient gemacht haben. Die Verleihung an den Regierungschef wird damit begründet, daß es der Freistaat durch die Bereitstellung von Mitteln ermöglicht habe, das Thermalbad zum Nutzen des Grenzlandes zu errichten. Die Auszeichnung soll im Juni während eines Festakts zum zehnjährigen Bestehen der Therme überreicht werden.

GEBURTSTAGE

Eine der Symbolfiguren des jüdischen Staates feiert am Freitag ihren 70. Geburtstag: Der Biophysiker Ephraim Katzir verkörpert als Wissenschaftler und Politiker die Gründungsgeneration Israels, die sich durch



Ephraim Katzir

eine beeindruckende Verknüpfung von intellektueller Brillanz und politischer Kampfbereitschaft auszeichnet. Weltweiten Respekt und Popularität zu Hause erwarb sich der 1916 in Kiew geborene Katzir zwischen 1973 bis 1978 als israelischer Staatspräsident.

Professor Dr. Günther Debon, Direktor des Zoologischen Seminars der Universität Heidelberg, feiert heute seinen 65. Geburtstag. Debon hat in München Chinesisch, Mandarinchinesisch und Japanisch studiert. Nach Tätigkeitsjahren in Köln erhielt er 1968 einen Ruf nach Heidelberg. Aus Debons wissenschaftlichen Monographien ragen hervor: „T'ang Lang's Gespräche über die Dichtung“, „Grundbegriffe der chinesischen Schrifttheorie“ und „Lob der Naturtreue“. Besonders einflussreich sind Debons Nachdichtungen chinesischer und japanischer Lyrik.

Der Senior des Erlanger Öffentlichkeitsrechts, Professor Dr. Klaus Obermayer, feierte seinen 70. Geburtstag. Nach dem Zweiten Weltkrieg studierte er in München Jura. Danach war er im Dienst des bayerischen Landeskirchenrates und neun Jahre im bayerischen Staatsministe-

WAHL

Der frühere SPD-Bundestagsabgeordnete Helmut Mehring aus Lüneburg ist vom erweiterten Bundesvorstand des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V. zu dessen neuem Präsidenten gewählt worden. Die Nachwahl war nach dem unerwarteten Tode des Vorgängers Dr. Hans Michael Moll satzungsgemäß notwendig geworden. Mehning übernahm das neue Amt bis zum Ende der satzungsgemäß im Herbst 1987 endenden Amtsperiode des gegenwärtigen Verbandspräsidenten. Sein Vertreter ist der WELT-Redakteur Rüdiger Monies.

KIRCHE

Die Geschäftsführerin der Evangelischen Frauenhilfe in Deutschland, Erika Bechtle (Düsseldorf), soll neue Direktorin der Studienabteilung des Lutherischen Weltbundes (LWB) in Genf werden. Die 46jährige Theologin wurde von der Studienkommission des LWB als Nachfolgerin des Japaners Yoshio Ishida vorgeschlagen, der seit 1977 die Studienabteilung leitet und im Sommer eine Aufgabe in den USA übernehmen werde. Die Wahl erfolgt während der Sitzung des Exekutivkomitees des Weltbundes im Juli in München.

GESTORBEN

Der Bildhauer Raimondo Puccinelli ist im Alter von 82 Jahren in Florenz gestorben. Puccinelli war 1970 zum Ehrenmitglied der Bildhauerkasse in der Florentiner Akademie der Künste ernannt worden, der auch Henry Moore, Marino Marini und Giacomo Manzoni angehören. Der Bildhauer hat vor allem großformatige Frauenstatuen geschaffen, in denen er nach eigenem Bekunden die befriedende Kraft weiblicher Leidenschaft verdeutlichen wollte.

Überdüngter Boden

Am Schluß seines Artikels über den Agrarmarkt der EG „Wenn das Korn leuchtend wird“ (WELT v. 23. 4.) stellt H. J. Mahnke zu Recht fest, daß eine eigentliche Perspektive nicht aufgezeigt wird.

In diese Perspektive muß auch die Umweltproblematik mit einfließen. Es ist bekannt, daß vielstärkere Betriebe ihre Böden derart hoch mit Gülle belasten, daß Sickerwasser, Grundwasser, Oberflächenwasser und Atmosphäre verschmutzt werden. Ein normaler Boden kann je Hektar die Gülle von ca. drei Großvieheinheiten, das sind etwa drei Kühe, umsetzen. Alles, was darüber hinaus an Gülle ausgebracht wird, kann von dem Boden nur ungenügend zurückgehalten und von den angebauten Pflanzen nur unzureichend verwertet werden. In Norddeutschland, Holland und Belgien aber gibt es zahlreiche Betriebe, die je Hektar weit mehr als drei Großvieheinheiten halten.

Hier kann nur Abhilfe geschaffen werden, indem man die Viehzahl je Fläche begrenzt, etwa auf drei Großvieheinheiten je Hektar. Wenn man heute vorschlägt, Flächen stillzulegen, dann werden in erster Linie die

ökologisch vertretbar wirtschaftenden Betriebe betroffen, während die Umweltverschmutzer überleben. Begrenzt man dagegen die Viehzahl pro Fläche, dann wird die Überproduktion deutlich zurückgehen, die Umwelt verbessert, und Landwirten, die ökologisch orientiert wirtschaften, wird geholfen. Es wird Zeit, daß diese Zusammenhänge von Politikern und Landwirten gesehen und berücksichtigt werden.

Dr. Konrad Mengel,
Professor für Pflanzenernährung an der Justus-Liebig-Universität Gießen

Wort des Tages

„Der platte Mensch beurteilt alle anderen Menschen nach Menschen, behandelt sie aber wie Sachen und begreift durchaus nicht, daß sie andere Menschen sind als er.“

Friedrich Schlegel, deutscher Kulturphilosoph (1775-1829)

Sieg für den Bürger

In London: „Dies ist der Tag der Freiheit, ein Sieg für jeden einzelnen Bürger dieses Landes.“ Nicht zu Unrecht feierte Angus Falconer aus Sheffield den überaus erfolgreichen Sieg im Gerichtssaal. Der Richter hatte gerade die beiden Eisenbahner-Gewerkschaften NUR und Aslef dazu verurteilt, dem 55-jährigen Direktor eines Sheffielder Unternehmens 153 Pfund (knapp 530 Mark) an Schadenersatz zu zahlen. Falconer hatte die Schadenersatzklage gegen die Gewerkschaften durchgezogen, nachdem ein unrechtmäßiger, 24stündiger Eisenbahnstreik ihn im Januar letzten Jahres gezwungen hatte, eine Nacht in einem Londoner Hotel zu verbringen, anstatt, wie beabsichtigt, zu einer Direktorenversammlung seines Unternehmens zurückzufahren. In seiner Begründung wies der Richter darauf hin, daß Falconer mit dem Kauf einer Rückfahrkarte einen festen Vertrag mit British Rail abgeschlossen hat.

Das Urteil ist in Anbetracht der bisherigen britischen Rechtsprechung sensationell: Weil beide Gewerkschaften ihre Mitglieder dazu verpflichtet, ohne Abstimmung in den Streik zu treten, hätten sie nicht nur unrechtmäßig die Vertragserfüllung verhindert, sondern auch ihren Beschäftigtenvertrag mit British Rail gebrochen.

Geschmacklos

Py. - Es zeugt schon von besonderem Sinn für Geschmack oder vielmehr für das Gegenteil, wenn die Gewerkschaften Nahrung, Gemüß, Gaststätten (NGG) in Nordrhein-Westfalen Tausenden den Appetit verderben, um dafür ihr dünnes Gewerkschaftsgepäck anzubieten. Vor den 60 Filialen der Hamburger Kette McDonalds verteilte sie Flugblätter. Man wollte auf die „missablen Arbeitsbedingungen“ hinweisen, man forderte „gerechte Bezahlung“ und die „Wahl von Betriebsräten“. Zur Untermauerung ihrer Forderung nutzte die NGG einige Passagen aus einem Buch des Tübingen All Levent als Günter Walhovt, die, weil kaum beweisbar, aber über jede Umsatzmark in Gaststätten freit, läßt einem die Fritten im Hals stecken. Über mangelnden Mitgliederzufluß und fehlende NNG-Vertreter bei McDonalds braucht man sich jedoch nicht mehr zu wundern. Welcher selbstbewußte Arbeitnehmer läßt sich schon von seinen „Interessenvertretern“ als „Buletten-Knecht“ beschimpfen?

Bauen ohne Spekulation

Von HANS BAUMANN

Der Wunsch der Bürger, in eigenen vier Wänden zu wohnen, ist ungebrochen. Doch die Realisierung ist schwieriger als in früheren Jahren. Die Preise für gebrauchte Einfamilienhäuser sind zwar in den letzten sechs Jahren um bis zu 25 Prozent gefallen. Bei gutem Wohnwert und rund 150 Quadratmeter Wohnfläche kosten sie dennoch zwischen 300 000 und 800 000 Mark. Da die Masse der Nachfrage aber nicht nach Häusern in Cuxhaven, Gifhorn, Nienburg, Flensburg oder in Landau Ausschau hält, wird man sich eher an Objekten in der Nähe größerer Städte orientieren müssen, wenn man nach dem Preis für Eigenheime forscht. Und in diesen Regionen werden die Wünsche kaum unter einer halben Million Mark erfüllt.

Wer ein neues Eigenheim errichten möchte, wird auf diese Preise rund 20 Prozent aufschlagen müssen. Zwei Gründe sprechen dafür, daß neue Einfamilienhäuser auch künftig eher teuer als billiger werden: Die nach wie vor relativ hohen Preise für Bauland. Wenn sie auch im Laufe der letzten sechs Jahre um rund zehn Prozent im Durchschnitt gefallen sind, so haben sie doch von ihrem relativ hohen Niveau kaum etwas eingebüßt.

Zudem irritieren die Durchschnittspreise. In kleineren Großstädten und in Mittelstädten mit gesundem wirtschaftlichen Umfeld ziehen die Bodenpreise sogar weiterhin leicht an. In guten Wohnlagen ist der Quadratmeter auch heute kaum unter 400 Mark zu bekommen. Die eigentlichen Baupreise sind der zweite Grund für ein auch künftig stabiles Preisniveau für neue Eigenheime. Die Flaute am Baumarkt hat die Preise so sehr gedrückt, daß weitere Preisnachlässe ausgeschlossen werden können.

Die Folge liegt auf der Hand. Interessenten werden künftig mehr als bisher Jagd auf gebrauchte Objekte machen. Diese zusätzliche Nachfrage wird stabilisierend auf die Preise wirken. Wer die Augen offenhält und auch etwas Glück hat, erwirbt ein Haus aus einer Zwangsversteigerung. Diese Objekte erreichen in der Regel den Marktwert nicht, oft liegen sie sogar erheblich darunter. Im letzten Jahr haben rund 150 000 Ein- oder Zweifamilienhäuser den Besitzer gewechselt, rund ein Drittel davon im Wege der Zwangsversteigerung. Auch im laufenden Jahr wird diese hohe Rate wahrscheinlich wieder erreicht werden.

Daß viele Häuser unter den Hammer kommen, liegt daran, daß die Finanzierung notleidend geworden ist. Hier offenbaren sich nicht selten Sünden der Kreditinstitute aus den siebziger Jahren. In der Hoffnung auf ungebrochenen Wertzuwachs für Immobilien wurden leichtfertig Finanzierungen zu 100 Prozent angeboten. Die Objekte selbst, so wurde angenommen, würden schon das Risiko der Banken decken.

Hatte man klüger. Fallende Preise für Immobilien decken dieses Risiko nicht, ganz zu schweigen von den kalkulierten Wertzuwächsen. So haben viele Banken „Leihen“ aus den siebziger Jahren im Keller. Notwendige Wertberichtigungen bereiten Bankdirektoren schlaflose Nächte. Mit Zwangsversteigerungen versucht man diese Schäden zu reparieren. Manches Haus wird sogar das Steuer völlig herum und bezieht keine Immobilien mehr.

Diese Neubewertung des Immobilienbesitzes, der einst als so sicher galt wie die Bank von England, ist der tiefere Grund für die Weigerung der neuen Heimat, ein neutrales Gutachten über ihre Vermögenswerte erstellen zu lassen. Die Probleme für die neue Heimat könnten noch größer werden, wenn sie versuchen sollte, ihre rund 200 000 Objekte möglichst schnell zu liquidieren. Die zwar stabilisierte, aber doch nach wie vor relativ geringe Nachfrage würde die Preise erheblich drücken. Die Immobilienwirtschaft ist jedoch sicher, daß die neue Heimat ihren Häuser- und Wohnungsbestand frühestens im Laufe von rund zehn Jahren privatisieren kann.

So sorgt die Flut von Finanzierungspleiten für Eigenheime dafür, daß sich das urale Grundgesetz für Häuserfinanzierung wieder Geltung verschaffen hat: Wer bauen will, muß ein Drittel der Baukosten als Eigenmittel selbst mitbringen. Zinsen und Tilgung sind dann für den Normalbürger immer noch ein großer Brocken, an dem er oft Jahrzehnte zu schleppen hat.

CDU-POSITIONSPAPIER / Bedeutung der Elektrizität wird weiterhin zunehmen

Ausstieg aus der Kernenergie ist weder möglich noch wünschenswert

HEINZ HECK, Bonn

Die „energiepolitischen Leitlinien der CDU“ machen die Unterschiede zu den Vorstellungen der SPD deutlich, wie sie erneut am Wochenende auf deren wirtschaftspolitischen Kongreß in Hamburg formuliert worden sind. Die CDU bekennt sich in dem vom Bundesfachausschuß Energie verabschiedeten Papier zur Kernenergie, „die praktisch ein heimischer Energieträger ist“.

Zwar ist es Ziel des 40-Seiten-Papiers, die programmatischen Aussagen der CDU aus dem Jahr 1977 an die Erfordernisse der 80er und 90er Jahre anzupassen. Doch könnte es in der Diskussion um die bevorstehende Erhöhung des Kohlepreises aktuelle Bedeutung erhalten. Die CDU stellt sich nämlich hinter die Forderungen unionsregierter Länder wie Bayern und Niedersachsen, die die Kohlelasten nur mitzutragen bereit sind, wenn die SPD-regierten Kohleregionen Nordrhein-Westfalen und Saarland an dem noch unter Ex-Kanzler Schmidt (SPD) erzielten Konsens in der Kernenergie festhalten.

In diesem Sinne hatte sich kürzlich der bayerische Ministerpräsident Strauß (CSU) an den SPD-Kanzlerkandidaten Rau gewandt. Wenn die Leitlinien aus dem Bundesfachausschuß im CDU-Präsidium verabschiedet sind, wird diese Position auch zur offiziellen Parteipolitik und dürfte bei den Beratungen über die Erhöhung des Kohlepreises eine wichtige Rolle spielen.

Die Bedeutung der Elektrizität für die Energieversorgung wird weiter zunehmen, heißt es. Strom wird in der Bundesrepublik vor allem aus Kohle und Kernenergie erzeugt. Da die Rolle und Beitrag der Kohle hierzu weitgehend festgelegt seien, komme der Kernenergie „wachsende Bedeutung zu“. Sie sei auszubauen, „bis sie gemeinsam mit Wasserkraft und Braunkohle die Grundlast in der Elektrizitätserzeugung deckt“. Die Steinkohle sei der wichtigste heimische Energieträger. Kohlepolitik könne nur mit der und nicht gegen die Kernenergie betrieben werden. „Ein Ausstieg aus der Kernenergie ist weder möglich noch wünschenswert.“

Der Elektrizitätswirtschaft wird bescheinigt, daß sie ihren Abnahmeverpflichtungen aus dem „Jahrmittelvertrag“ nachkomme. 1985 wurde etwa die Hälfte der deutschen Forderung an Kraftwerke geliefert. Der „Jahrmittelvertrag“ zwischen Steinkohle und Elektrizitätswirtschaft läuft 1986 aus. Rechtzeitig vorher müßten sich die Vertragspartner um eine Anschlussregelung bemühen. „Als Richtschnur sollte dabei gelten, daß die Steinkohle im Mittelabsatzbereich Vorrang behält.“

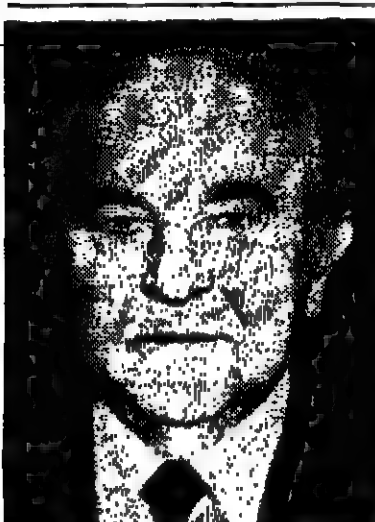
Auch zukünftig sei die Energieversorgung der Bundesrepublik auf Importe angewiesen. Zwar sei die Ab-

hängigkeit von der Opec seit der zweiten Ölkrise „deutlich gesunken“. Die Forderung gelte weiter – allerdings weniger dringlich – diese Abhängigkeit, zumal aus Spannungsbereichen, zu vermindern. Ein kategorisches „weg vom Öl“ sei allerdings derzeit nicht geboten; vielmehr eine behutsame Ölpolitik, die vor allem möglichen krisenbedingten Lieferunterbrechungen durch ausreichende Vorräte Rechnung trage.

Der Ölpreis hat sich – unterstützt durch die Talflut des Dollarkurses – gegenüber dem im Frühjahr 1985 erreichten Höchststand auf D-Mark-Basis um über 50 Prozent verringert. Forderungen nach einer Ölpreistabelle oder -steuer seien abzulehnen. Damit könne die Preisentwicklung auf den internationalen Ölmärkten nicht beeinflusst werden. Auch sei nicht zu befürchten, daß die deutschen Verbraucher in ihren Bemühungen um sparsame Energieverwendung nachließen, da Energieeinsparung bereits weitgehend durch Investitionen konsolidiert sei. Entscheidend für die Ablehnung sei darüber hinaus, daß eine nationale Abgabe die Wettbewerbsposition der Bundesrepublik vor allem im gemeinsamen Markt verschlechtern würde.

Auch die „durch Wettbewerbsbeschränkungen und vielfältige Interventionen geprägte Energiewirtschaft“ müsse sich in den Ordnungsrahmen der sozialen Marktwirtschaft einpassen.

AUF EIN WORT



Diejenigen, die in der Politik auf eine Änderung des Ladenschlußgesetzes hindrängen, vergessen, daß man nicht amerikanische Öffnungszeiten mit deutschem Arbeits- und Sozialrecht haben kann.

Heinz Gerstlitz, Präsident der Bundesvereinigung der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels e. V., Köln. FOTO: DER WELT

IW: Arbeitskosten relativ gesunken

VWD, Frankfurt

Die verarbeitende Industrie in der Bundesrepublik mußte 1985 für jede Arbeitsstunde 29,67 DM aufbringen. Damit liegt sie im internationalen Vergleich an fünfter Stelle hinter den USA (38,51 DM), Kanada (33,81 DM), Norwegen (31,88 DM) und der Schweiz (30,93 DM). Das hat das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) in einer Analyse der Arbeitskostenentwicklung in 18 westlichen Industrieländern ermittelt. Zwischen 1970 und 1985 sind die Arbeitskosten in der Bundesrepublik um 215 Prozent gestiegen. Die relative Wettbewerbsposition ist aber besser geworden, da die meisten Länder mit niedrigen Arbeitskosten ihren Abstand zur Bundesrepublik stetig verringert haben.

FORSCHUNGSPAPIER / Massive Kritik am Sparprogramm

Kurieren an den Symptomen

HEINZ HECK, Bonn

Massive Kritik an der Bonner Sparpolitik übt das Forschungsinstitut für Sozialpolitik der Universität Köln in einer kürzlich veröffentlichten Studie „Sozialstaat und Wirtschaftskrise“. Das Fazit des 30-Seiten-Papiers lautet unter anderem, die Politik der Bundesregierung habe zu einer Kürzung der sozialen Leistungen und zu einer steuerlichen Begünstigung des Faktors Kapital geführt und die Beschäftigten der nicht-erwerbstätigen Haushalte verstärkt.

Die Bekämpfung der finanziellen Probleme bei der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung wird in der Studie „als ein Kurieren an den Symptomen gewertet“. Obwohl die Arbeitslosenquote seit 1981 bis 1983 verdoppelt hätte, zeige sich bei den Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit 1983 und 1984 ein Rückgang bei Förderung der beruflichen Bildung, Förderung der Arbeitsauf-

BÖRSE

Aktien und Renten erlitten einen heftigen Kurseinbruch

cd. Frankfurt

Die deutschen Wertpapiermärkte erlitten gestern den seit langem heftigsten Kurseinbruch. Die Aktienkurse fielen im Schnitt um 3,8 Prozent, gemessen am WELT-Index, der von 287,01 auf 275,97 sank, und am Rentenmarkt, wo die öffentlichen Anleihen bis zu 1,50 DM verloren. Stieg die Durchschnittsrendite von 5,86 auf 5,80 Prozent. Zum Schluß des „schwarzen Montags“ kam an der Aktienbörse etwas Rückkaufzeitung auf.

Wie schon in der vorigen Woche wurden die Kursverluste auch gestern nicht durch einen starken Angebotsschub ausgelöst, sondern ganz überwiegend von den Profis der „Kulisse“, die sich aus allen möglichen Gründen verunsichert, von spekulativen Aktienbeständen trennte. Dies war besonders in Frankfurt zu beobachten; an anderen Börsenplätzen schienen sich der Berufsstand bereits weitgehend eingestellt zu haben.

Die Kurseinbrüche wären weitaus geringer ausgefallen, wenn nicht eine Art Käuferstrecke herrschte. Der weiter gesunkene Dollarkurs und die Atomhysterie werden als Hauptgründe für die Zurückhaltung der Käufer und die Nervosität des Berufsstands genannt. Ausländische Marktteilnehmer, von denen nur minimale Angebote kam, sowie institutionelle und private Investoren behielten bis jetzt die Nerven. Nach einer „Bereinigung“ der spekulativen Engagements der Kulisse, die bald abgeschlossen sein dürfte, erwartet man eine Erholung, die bei nur geringem Angebot kräftig ausfallen könnte. Manche Experten rechnen damit schon während der heutigen Börsensitzung.

EG-GEMÜSEHANDEL

Bundesrepublik will am strengeren Wert festhalten

Ha. Brüssel

Um EG-einheitliche Höchstwerte für die radioaktive Strahlung von Blattgemüse haben sich gestern die Außenminister der Gemeinschaft bemüht. Dabei ließ die Bundesregierung keinen Zweifel, daß sie Ware mit wesentlich höheren Grenzwerten als den von der Bonner Strahlenschutzkommission befürworteten (250 Becquerel je Kilo) nicht zur Einfuhr freigeben wollte.

Die Außenminister mußten wieder einmal als „Feuerwehr“ eingreifen, weil es den zuständigen Experten trotz mehrfacher Versuche nicht gelungen war, die unterschiedlichen nationalen Vorstellungen über Mindestvorschriften für den Gesundheitsschutz auf einen Nenner zu bringen. Italien hielt seinen Höchstwert von 1000 Becquerel für angemessen, während Bonn höchstens auf 235 gehen wollte. Der strengere Wert war auch

von der EG-Kommission angeregt worden; während des Wochenendes hatte sich jedoch gezeigt, daß die meisten anderen Mitgliedsstaaten bereit waren, auch den italienischen Wert zu akzeptieren.

Politisch verknüpft war das Problem der Obst- und Gemüseimporte aus anderen Ländern der Gemeinschaft auch mit dem inhaltlich nicht mehr strittigen Importstopp für Agrarerzeugnisse aus sieben osteuropäischen Ländern. Hintergrund des Streits ist, daß Italien für seine nicht unbedeutlichen Obst- und Gemüseexporte in die übrige EG fürchtet. Mehrere Länder haben bereits einseitig die Grenzen für Importe gesperrt. Einheitliche veterinärrechtliche Bestimmungen bestehen in der EG bislang nur für Rind- und Schweinefleisch, bei anderen Erzeugnissen kann der freie Handel jeweils ausgesetzt werden.

STEUERBERATER

Zu hohe Abgaben behindern Unternehmen im Wettbewerb

HARALD POSNY, München

„Eine Reform der Unternehmensbesteuerung ist für den Erhalt und die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen unabdingbar.“ Das erklärte der Direktor des Instituts der Deutschen Wirtschaft, Professor Gerhard Fels, zu Beginn des Deutschen Steuerberater-Kongresses in München. Komme sie nicht bald, brächten Verlagerungen von Betrieben in Länder mit niedrigeren Steuersätzen nach vielleicht zwanzig Jahren ein böses Erwachen.

Zwar räumte auch Fels ein, daß es keine Ideallösung für eine Unternehmensbesteuerung gibt, im Rahmen einer großen Steuerreform komme es jedoch nicht nur auf eine Abflachung des Progressionsverlaufes an. Ebenso dringlich sei, daß die „fast prohibitive Spitzenbelastung bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer“ von derzeit 56 auf etwa 50 Prozent gesenkt werde und die zusätzlichen Belastungen der Unternehmen mit Gewerbesteuer und Vermögenssteuer abgebaut werden. Die Deckung der dadurch entstehenden Steuerausfälle stellt sich Fels über einen Abbau von Steuervergünstigungen und Subventionen, in engen Grenzen auch durch Erhöhung der Mehrwertsteuer vor.

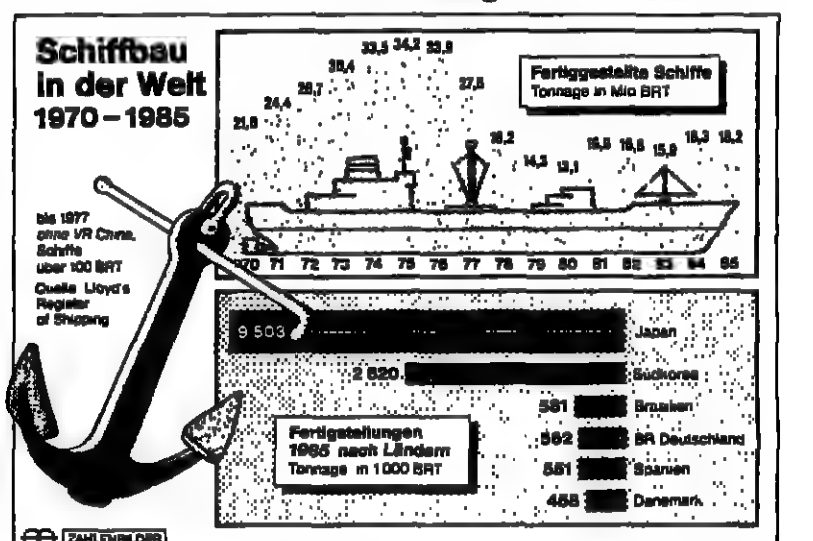
Deutsche Unternehmen liegen, was die Gewinnbesteuerung angeht, mit 70 Prozent weltweit vor allen anderen Industrieländern. Zum Vergleich: USA 54, Frankreich 64, Schweden 68, Japan 60, Schweiz 39.

Großbritannien – neuerdings – 36 Prozent. Dies addiere sich aus der Doppelbelastung der Unternehmenserträge mit Einkommen- oder Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie aus der Doppelbelastung des Betriebsvermögens mit Vermögen- und Gewerbesteuer.

Da die Gewerbesteuer nur Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft treffe, alle anderen Einkommensarten aber nicht gewerbesteuerpflichtig seien, werde obendrein unternehmerische Tätigkeit diskriminiert und behindere Unternehmen gegenüber der ausländischen Konkurrenz. Die steuerliche Diskriminierung von Investitionen bewirke schließlich, daß, so Professor Fels, „große Summen nicht in die Unternehmen, sondern in Finanzanlagen und gesamtwirtschaftlich weniger erwünschte Abschreibungsgegenstände fließen“.

Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Hansjörg Häfeler, setzte sich einmal mehr für den Abbau der zu hohen direkten Steuern und für mehr Überschaubarkeit des Steuerrechts ein. Investitionen sollten nicht aus steuerlichen Gründen, sondern am Ort und zum Zeitpunkt ihres höchsten Nutzens getätigt werden. Eine Senkung des Steuertarifs könne auch die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen verbessern. Für die Abschaffung der Gewerbesteuer gebe es noch keine befriedigende Ersatzlösung zugunsten der Gemeinden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Nur mit halber Kraft arbeiten die Werften in aller Welt. Nach Lloyd's Register of Shipping wurden 1985 rund 2000 Schiffe mit insgesamt 18,2 Mill. Bruttoregistertonnen (BRT) fertiggestellt. Auf dem Höhepunkt des Schiffbaubooms Mitte der sechziger Jahre waren es noch mehr als 34 Mill. BRT. Nach wie vor nehmen die japanischen Werften die beherrschende Stellung im Weltschiffbau ein. Auf 1985 waren sie wieder zu über 50 Prozent an der fertiggestellten Welttonnage beteiligt. QUELLE: ZAHLENBILDER

Rekordüberschuss im Außenhandel

Tokio (dpa/VWD) - Japan hat im April nach Berechnungen des Finanzministeriums einen absoluten Rekordüberschuss im Außenhandel erzielt. Er lag bei 8,83 Mrd. Dollar auf Zollabfertigungsbasis mehr als doppelt so hoch wie ein Jahr zuvor.

Die Exporte stiegen um 19,3 Prozent auf 17,74 Mrd. Dollar, die Importe um 6,1 Prozent auf 10,91 Mrd. Dollar zurück. Im Handel mit den USA betrug der Überschuss 4,76 Mrd. Dollar. Dabei wuchs der Export um 21,1 Prozent, während die Importe um 3,3 Prozent fielen.

Preisindex gesunken

Wiesbaden (dpa/VWD) - Die Großhandelspreise in der Bundesrepublik sind im April den 5. Monat hintereinander gesunken. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden gestern mitteilte, sank der Großhandelspreisindex von März bis April um 0,4 Prozent und lag damit - wie bereits im März - um 7,1 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Im Februar lag der Rückgang bei 5,2 Prozent. Billiger wurden im April vor allem schweres Heizöl (um 15 Prozent), Speiseöl (8,8) und Flüssiggas (7,7).

Neuer Mengentender

Frankfurt (VWD) - Die Deutsche Bundesbank bietet ein neues Wertpapierpensionsgeschäft in Form eines Mengentenders zu 4,35 Prozent mit 28tägiger Laufzeit (bis 11. Juni) an.

Die Zuteilung erfolgt morgen vormittag, die Gutschrift am Mittwoch, dem 14. Mai, am dem ein Pensionsgeschäft über 15,1 Mrd. DM ausläuft. In Frankfurt ging man davon aus, daß dieser Betrag nicht in voller Höhe zugeteilt wird.

Ausfall an Kfz-Steuer

Bonn (HE) - Auf rund 300 Mill. DM veranschlagt Finanzstaatssekretär Häfeler (CDU) den Ausfall an Kraftfahrzeugsteuer für schadstoffarme Personenkraftwagen (nach US- und Europa-Norm) im ersten Jahr nach Inkrafttreten der Vergünstigungen. Am 1. April 1986 waren bei den Zulassungsstellen, wie er auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Lennartz mitteilt, knapp 817 000 Fahrzeuge als schadstoffarm registriert, davon rund

330 000 nach US-Norm und knapp 487 000 nach Europa-Norm. Außerdem sind über 277 000 Fahrzeuge als bedingt schadstoffarm registriert.

Airbusse bestellt

Paris (dpa/VWD) - Die jordanische Fluggesellschaft Royal Jordanian Airline Alia hat zwölf Airbus-Flugzeuge bestellt. Dies teilte die Airbus Industrie gestern in Paris mit. Der Vertrag über den Kauf von sechs Modellen A310-300 und sechs A320 mit zusätzlichen Optionen für weitere sieben Flugzeuge wurde am vorigen Freitag unterzeichnet.

Dollar fällt weiter

Frankfurt (dpa/VWD) - Der Dollarkurs fällt weiter. Gestern wurde der amtliche Mittelkurs der amerikanischen Devisen in Frankfurt mit 2,1710 DM nach 2,1805 DM am Freitag festgestellt. Die Deutsche Bundesbank griff offiziell nicht in das Markgeschehen ein.

MG-Optionsanleihe

Frankfurt (cd.) - Die Metallgesellschaft beginnt über ihre Amsterdamer Finanztochter eine zehnjährige 2,75prozentige Optionsanleihe über 150 Mill. DM. Zu jeder Teilschuldverschreibung im Nennbetrag von 5000 DM gehören zwei Optionscheine, die vom 1. Juli 86 bis zum 31. Mai 96 zum Erwerb von insgesamt 16 Aktien der Metallgesellschaft zum Kurs von 350 DM (gestriger Schlusskurs 344 DM) berechnen. Die Optionsanleihe wird von einem internationalen Konsortium unter Federführung der Dresdner Bank und Mitführung der Deutschen Bank angeboten.

Höchstbeträge steigen

Bonn (dpa/VWD) - Reisende können ab 1. Juni in einigen europäischen Ländern höhere Beträge auf ihren Eurochecks ausstellen. Wie der Deutsche Sparkassen- und Giroverband für den Zentralen Kreditausschuß der Kreditinstitute mitteilte, steigen die Höchstbeträge in Frankreich von 1000 auf 1200 Franc und in Italien sowie San Marino von 250 000 auf 275 000 Lire. In Spanien und Andorra kann der einzelne Scheck bis auf 25 000 (bisher: 20 000) Pesetas lauten, in Portugal auf 25 000 (20 000) Escudos und in Marokko auf 1400 (1000) Dirham.

FRANKREICH

Privatisierung soll bald in die Tat umgesetzt werden

J. Sch. Paris

Noch in dieser Woche dürfte das Parlament der französischen Regierung grünes Licht für ihr Privatisierungsvorhaben geben. Es soll bis zum Ablauf der derzeitigen Legislaturperiode (1. März 1991) in die Tat umgesetzt werden. Ein positives Votum gilt als sicher, nachdem die Nationalversammlung bereits Mitte letzter Woche der Privatisierungsliste von insgesamt 65 staatlichen Unternehmen zugestimmt hat. Jetzt müssen noch die übrigen Bestimmungen des Gesetzesentwurfs zur „Ermächtigung“ von Regierungsverordnungen für die Privatisierung verabschiedet werden.

Den Reigen eröffnen sollen der Mineralölkonzern Elf-Aquitaine, das Verlagshaus Havas und ein Versicherungskonzern. Auf der Liste stehen weiterhin drei Versicherungs-

gruppen, 40 Banken einschließlich der bereits 1945 verstaatlichten Großbanken BNP, Crédit Lyonnais und Société Générale, die beiden Finanzgesellschaften Suez und Paribas sowie die acht von den Sozialisten verstaatlichten Industriegesellschaften Saint-Gobain, Rhône-Poulenc, Thomson, CGE, CCT, Pechiney, Bull und Matra (ausgenommen wurden insbesondere Renault, Usinor und Satchi).

Zu welchen Bedingungen (Verkaufspreis usw.) die Privatisierung erfolgt, bleibt den Regierungsverordnungen vorbehalten. Das gleiche gilt für die Obergrenze von ausländischen Beteiligungen - man spricht von 15 bis 25 Prozent. Und schließlich weiß man nicht, ob Staatspräsident Mitterrand allen Verordnungen zustimmt, wobei aber umstritten ist, ob er seine Unterschrift überhaupt verweigern darf.

BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT / Nur 2000 Stellen

Wenig Chancen für deutsche Lehrer an Auslandsschulen

Süß, Bonn. Die Beschäftigungsmöglichkeiten für deutsche Lehrer im Ausland sind sehr gering. Zwar gehen jedes Jahr einige hundert Pädagogen ins Ausland, um an deutschen oder ausländischen Schulen zu unterrichten – die Lehrerarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik kann dadurch aber nicht wesentlich gemildert werden. Zu diesem ernüchternden Schluß kommt die Zentralstelle für Arbeitsvermittlung der Bundesanstalt für Arbeit (ZAV), Frankfurt, in einer Informationschrift über „Lehrer im Ausland“. Etwas über zehntausend Lehrer aus der Bundesrepublik, so schätzen die ZAV-Experten, sind derzeit im Ausland beschäftigt.

Lehrerabschlüsse ohne Stelle können sich wenig Hoffnung auf eine Beschäftigung im Ausland machen. Absolventen ohne zweites Staatsexamen wird grundsätzlich keine volle Lehrbefähigung zuerkannt. Die besten Aussichten haben Lehrer im Staatsdienst, die Berufserfahrung besitzen. So steht beamteten Lehrern, die mindestens zwei Jahre im Schuldienst sind, der Weg an eine deutsche Auslandsschule offen. Dabei handelt es sich um Schulen in ausländischer Trägerschaft, die sich die Pflege der deutschen Sprache und Kultur zur Aufgabe gemacht haben.

Nur bescheidenes Gehalt

Hier sind rund 1300 deutsche Lehrer tätig. In letzter Zeit wurden vor allem Positionen von Schulleitern und Fachlehrern für Deutsch als Fremdsprache besetzt. Interessenten können sich auf dem Dienstweg bewerben und werden von ihrem Kultusministerium für die Auslandstätigkeit vorgeschlagen. Deutsche Lehrer werden nach Angaben der ZAV zunehmend auch als Ortskräfte an deutschen Auslandsschulen eingestellt: für Stellen also, die normalerweise mit einheimischen Lehrkräften oder schon im Lande lebenden Deutschen besetzt werden. Die Vergütung ist ortsüblich und nach deutschen Maßstäben „sehr bescheiden“.

Längere Auslandsaufenthalte, die der beruflichen Fortbildung dienen, sind im Rahmen des Lehreraustausches möglich. Die Programme des Pädagogischen Austauschdienstes (PAD), einer Einrichtung der Kultusministerkonferenz, richten sich an

Pädagogen, die für ein Jahr von ihrer Schule beurlaubt werden. Daneben gibt es aber Angebote für Studenten ab dem 4. Semester sowie für Lehrer unmittelbar nach Studienabschluß, die an einer ausländischen Schule als Fremdsprachenassistenten arbeiten können. Bei zwölf Stunden Arbeitszeit in der Woche liegt die Vergütung zwischen 900 und 1200 DM monatlich. Vor zwei Jahren angelautet ist ein USA-Programm, das vom Pädagogischen Austauschdienst und der ZAV getragen wird. Ansatzpunkt ist der Mangel an High-School-Lehrern in einigen US-Bundesstaaten.

Kein Bonus bei Rückkehr

Für die Vermittlung kommen Gymnasiallehrer (1. und 2. Staatsexamen) der Fächer Mathematik, Physik, Chemie, Biologie, Französisch, Spanisch oder Latein in Frage, die über sehr gute Englischkenntnisse verfügen. Die Verträge werden für ein Jahr abgeschlossen, können aber bis zu drei Jahren verlängert werden. Die Bruttogehälter liegen zwischen 1500 und 2000 US-Dollar.

Im Rahmen der Entwicklungshilfe bieten sich Gymnasiallehrern für naturwissenschaftliche Fächer mit ein bis zwei Jahren Berufserfahrung Möglichkeiten, in Afrika zu arbeiten. Zuweilen werden auch Stellen für Gewerbelehrer ausgeschrieben. Vereinzelt schließlich finden Lehrer auch am Goethe-Institut und den politischen Stiftungen eine Aufgabe in der Auslandskulturarbeit.

Stellenangebote für Schulen, die deutsche Großunternehmen für die Kinder ihres Auslandspersonals einrichten, sind nach Angaben der ZAV rar geworden, vor allem weil die Aufträge für Baufirmen aus dem Ausland spärlicher fließen. Die Verträge sind meistens auf ein bis zwei Jahre befristet, die Konditionen entsprechen denen in der Bundesrepublik. Gutverdienende Deutsche im Ausland beschäftigen vereinzelt Privatlehrer.

Wer als Lehrer im Ausland arbeiten möchte, dürfe keine großen Ansprüche an Einkommen und soziale Absicherung stellen, warnen die ZAV-Experten vor Illusionen. Und in jedem Fall müsse die Zeit nach der Rückkehr rechtzeitig geplant werden: Denn einen Bonus für eine Auslandstätigkeit gewähren die deutschen Schulbehörden nicht.

PERSONALPOLITIK / Vor allem im Gehobenen Dienst ist der Einkommens-Nachteil beim größten Arbeitgeber kraß

Bundespost hat bei der Anwerbung von dringend benötigten jungen Ingenieuren oft das Nachsehen

HEINZ STÜWE, Bonn. Seit einiger Zeit stellt sich das „Unternehmen Post“ in Anzeigen und Fernsehspots vor. Angesichts einer kontrovers geführten Diskussion über die Verkabelung – so glauben offenbar die Verantwortlichen – tut der Deutschen Bundespost etwas Polter für ihr Bild in der Öffentlichkeit gut. Bei der Eigenwerbung fehlen zwei Superlative nie: Die Deutsche Bundespost ist mit derzeit 547 000 Mitarbeitern der mit Abstand größte Arbeitgeber der Bundesrepublik und gleichzeitig das größte Dienstleistungsunternehmen Europas.

Dabei heißt das Stichwort für den hochdefizitären Postdienst weiterhin Rationalisierung. Das Fernmeldewesen hingegen wird ausgebaut. Für die Verkabelung des Telefonnetzes und den Aufbau neuer Dienste wird qualifiziertes Personal benötigt. Wilhelm Rawe, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundespostminister, sieht die wichtigste personalpolitische Aufgabe darin, die Arbeitskräfte zu bekommen, die wir für unsere Techniken und Innovationen dringend brauchen.

Wesentliche Voraussetzung ist eine solide Berufsausbildung. Die Postler sind hier stolz auf ihre Leistungen, schließlich ist ihr Unternehmen mit 16 300 Ausbildungsstellen in diesem Jahr auch der größte deutsche Ausbildungsbetrieb. Im gewerblich-technischen Bereich beginnen 1986 knapp 6000 junge Menschen ihre Berufsausbildung, die meisten für den Beruf des Fernmeldehandwerkers. Das sind doppelt so viele wie die Post an Nachwuchs in diesem Bereich braucht. Allen erfolgreichen Absolventen dieses Jahres hat Postminister Schwarz-Schilling dennoch bereits eine Stelle versprochen.

Diese Zusage ist für die jungen Leute deshalb wichtig, weil es beispielsweise für einen jungen Fernmeldehandwerker recht schwierig ist, eine Stelle außerhalb der Post zu finden. Denn diesen Lehrberuf gibt es anderswo nicht. Mit der Umstellung der Elektroberufe soll sich das ändern. Künftig will die Post ihre Fernmeldeausbildung an dem einheitlichen Berufsbild des Kommunikationstechnikers ausrichten.

Sorgenkinder bei der Personalanwerbung sind seit langem die Tech-

niker und Ingenieure. Die Post schafft es nicht, so viele qualifizierte Nachwuchskräfte zu bekommen, wie sie zum Ausbau ihrer Telekommunikationsdienste benötigt. 16 500 Beamten im höheren Fernmeldetechnischen Dienst stehen über 17 500 unbesetzte Stellen gegenüber. Besonders kraß ist der Mangel im Gehobenen Dienst, also bei den Fachhochschulingenieuren. Hier hat die Post jährlich einen Einstellungsbedarf von über 1000 Ingenieuren der Fachrichtungen Nachrichtentechnik, Hochfrequenztechnik, Elektronik und Rege-

lungstechnik. Ihnen winken attraktive Aufgaben und echte Führungspositionen.

Nach einem Vorbereitungsdienst werden die frischgebackenen Ingenieure als Sachbearbeiter bei einem Fernmeldeamt eingesetzt. Sie können aber bis zum Abteilungsleiter für mehrere Dienststellen aufsteigen. Für alle Ingenieure bei der Post gilt: Sie nehmen im Gegensatz zu vielen ihrer Kollegen in der Wirtschaft nicht nur rein technische Funktionen wahr. Vielmehr bilden häufig Verwaltungsfunktionen ihren Aufgabenschwerpunkt. Reine Entwicklungs- oder Konstruktionsstellen kann die Post dem Ingenieurwachstums naturgemäß ohnehin nicht bieten.



Die Post ist der größte Arbeitgeber und Ausbilder in der Bundesrepublik. FOTO: TELTROPRESS

Bestanden hat diese Einnahme schon immer, nur wurde sie mit der Absenkung der Eingangsbezüge im öffentlichen Dienst um eine Besoldungsgruppe im Zuge der Haushaltsanpassung noch vergrößert. Der Bundespostminister will deshalb die Anfangsgehälter für die Ingenieurausbildung wieder auf den alten Stand bringen. Bis Ende des Monats muß der Finanzminister vor dem Haushaltsausschuß zu dem Antrag Stellung nehmen. Sollte Stoltenberg grünes

vetwirtschaft können junge FH-Ingenieure der Nachrichtentechnik mit einem Jahresgehalt von 42 000 DM, Universitätsabsolventen mit 50 000 DM rechnen. Diesen Einkommensstand von 10 000 beziehungsweise 6000 DM können offensichtlich auch die Vorteile, die der Beamtenstatus mit sich bringt, nicht aufwiegen.

Bestanden hat diese Einnahme schon immer, nur wurde sie mit der Absenkung der Eingangsbezüge im öffentlichen Dienst um eine Besoldungsgruppe im Zuge der Haushaltsanpassung noch vergrößert. Der Bundespostminister will deshalb die Anfangsgehälter für die Ingenieurausbildung wieder auf den alten Stand bringen. Bis Ende des Monats muß der Finanzminister vor dem Haushaltsausschuß zu dem Antrag Stellung nehmen. Sollte Stoltenberg grünes

Licht geben, befürchtet Rawe zwar eine „Zerreißprobe“, wenn alle anderen hinter den Ingenieuren zurückbleiben. Eine andere Möglichkeit, die Chancen der Post auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, gebe es jedoch nicht, weil ja auch in der Wirtschaft Ingenieurmangel herrscht.

Daneben will Bonn versuchen, schon Studierende an die Post heranzuführen, zum Beispiel durch Praktika. Studenten, die sich verpflichten, später zur Post zu kommen, erhalten bereits heute eine Studienbeihilfe von 500 DM im Monat. An der getrennten Eingruppierung der Ingenieure in den gehobenen und höheren Dienst mag Rawe nicht rütteln. Eine differenzierte Vergütung sei auch in der Industrie üblich.

Die Interessensvertreter des Berufsstandes sehen das etwas anders. Holger Hillmer vom Verein Deutscher Ingenieure (VDI) in Düsseldorf verweist auf eine Untersuchung, nach der die mittleren Einkommen der FH-Ingenieure und der Universitätsabsolventen bis zum 43. Lebensjahr gleich hoch seien. „Es gibt gar keinen Zweifel, daß im gehobenen technischen Dienst Vize-Führungspositionen unterbezahlt sind“, bekräftigt Hillmer. „Daß Führungskräfte, die Anlagevermögen in Wert von vielen Millionen Mark verwalten oder für Hunderte von Mitarbeitern verantwortlich sind, nur 4000 Mark verdienen, gibt es in der Wirtschaft nicht.“

Hillmer registriert bei vielen Ingenieuren des gehobenen Dienstes „Verärgerung, ja Verbitterung“ aufgrund der schlechten Aufstiegsmöglichkeiten. Bei den festgestellten Laufbahnen schaffe nur ein Prozent der FH-Ingenieure den Aufstieg in den höheren Dienst. Der VDI-Vorschlag: Den gehobenen technischen Dienst von den Besoldungsgruppen A9 bis A13 auf A12 bis A14/15 anheben und so eine Sonderaufbahn für qualifizierte Führungskräfte schaffen.

Bei der Bundespost wird überlegt, ob das Ingenieurfeld im gehobenen Dienst nicht durch bessere Aufstiegsmöglichkeiten für qualifizierte Mitarbeiter des mittleren Dienstes gemildert werden könnte. Rawe sieht das durchaus noch reserviert. Derzeit durchlaufen etwa 100 Beamte jährlich die zweieinhalb Jahre dauernde Zusatzausbildung, die einem verkürzten Ingenieurstudium gleichkommt.

URTEILE

Betriebsratswahl

Wenn ein Betriebsrat gewählt werden soll, muß den Wählern bekannt sein, welche Arbeitnehmer kandidieren und wo gewählt wird. Nach der Entscheidung 6 ABR 485 des Bundesarbeitsgerichts vom 19. 3. 1985 stellt allerdings die fehlende Angabe des Ortes der Wahllokale nicht in jedem Fall einen Verstoß gegen eine wesentliche Vorschrift des Wahlverfahrens und somit einen Anfechtungsgrund dar. Voraussetzung dafür, daß dieser Mangel nicht zur Annullierung der Wahl führt, ist, daß die notwendige Ergänzung der Angaben so rechtzeitig erfolgt, daß für die Wahlberechtigten keine Einschränkung ihres Wahlrechts eintritt.

Unfallverhütung

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, den Arbeitnehmern, die nach den Unfallverhütungsvorschriften vorgeschriebenen Sicherheitsschuhe oder -stiefel zur Verfügung zu stellen. Nach der Entscheidung 7 AZR 199/83 des Bundesarbeitsgerichts vom 21. 8. 1985 muß der Arbeitgeber die Anschaffungskosten auch dann tragen, wenn er derartige Sicherheitsschuhe nicht selbst beschafft, sondern die Arbeitnehmer mit deren Kauf beauftragt.

Sozialplan

Beschließt die Einigungsstelle einen Sozialplan erst geraume Zeit nach der Durchführung der Betriebsstillelegung, so kann sie bei der Bemessung der Sozialplanleistungen dennoch auf die wirtschaftlichen Nachteile der entlassenen Arbeitnehmer abstellen, mit denen im Zeitpunkt der Betriebsstillelegung typischerweise zu rechnen war. Das Bundesarbeitsgericht hat in dem Beschluß 1 ABR 3/81 vom 23. 4. 1985 festgestellt, daß die Einigungsstelle nicht zu berücksichtigen braucht, daß einzelne Arbeitnehmer diese Nachteile tatsächlich nicht erlitten haben.

Bewerbungsunterlagen

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, bei Einstellungen von Arbeitnehmern dem Betriebsrat die Bewerbungsunterlagen aller Bewerber auszuhändigen. Nach der Entscheidung 1 ABR 72/83 des Bundesarbeitsgerichts vom 3. 12. 1985 muß der Arbeitgeber diese Unterlagen dem Betriebsrat bis zur Beschlußfassung über den Antrag auf Zustimmung, längstens für eine Woche, überlassen.

VEBA

Weiter auf gutem Kurs

Verbessertes Ergebnis, höhere Dividende

Bei einem Umsatz von 48,6 Mrd DM erwirtschaftete die VEBA im Geschäftsjahr 1985 einen um 13% auf 790 Mio DM gestiegenen Jahresüberschuß. Das gute Ergebnis erlaubt eine weitere Erhöhung der Dividende auf 10 DM. Einschließlich der Steuergutschrift erhalten die Aktionäre der VEBA 15,63 DM pro Aktie.

Die Elektrizitätswirtschaft blieb der starke Kern der VEBA

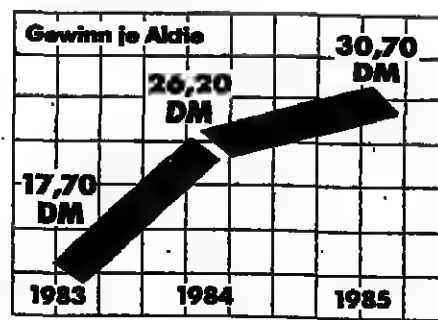
Die Elektrizitätswirtschaft mit PREUSSENLEKTRA und VKR trug mit einem nochmals gestiegenen Ergebnis zur guten Ertragsbilanz des Konzerns bei. Der Anteil der Kernenergie am Primärenergieeinsatz im PREUSSENLEKTRA-Bereich erhöhte sich von 60% auf 69%. Insgesamt stammten rund 94% der VEBA-Stromerzeugung aus Kernenergie und Steinkohle.

Mineralöl-, vor allem aber Erdgasförderung mit hohem Zuwachs

Trotz des zum Jahresende eingetretenen Ölpreisverfalls erwirtschaftete VEBA OEL einen verbesserten Ge-

winn. Mit 7,6 Mio t nahm der Rohölverbrauch um knapp 12% zu. Die besonders hohe Auslastung der Anlagenkapazitäten verdient Beachtung.

In den 12 Mrd kWh (+175%) Erdgas spiegelt sich die Förderaufnahme in 7



Nach DVFA einschl. Steuergutschrift

Offshore-Blöcken im Golf von Mexiko durch MARK PRODUCING wider.

Hohe Kapazitätsauslastung auch im Chemiebereich

In der Chemie von HÜLS haben der günstige Konjunkturverlauf sowie die Maßnahmen zur Verbesserung der Unternehmensstruktur die Geschäftslage und das Ergebnis weiter positiv beeinflusst. Im Mittelpunkt standen die internationalen Aktivitäten. Mit der

Tochter NUODEX wurde das Engagement in den USA ausgebaut.

Handel und Verkehr auf gutem Vorjahresniveau

Bei STINNES und RAAB KARCHER hat sich die gute Geschäftsentwicklung des Vorjahres fortgesetzt. Das lag an der gesunden Struktur dieser Unternehmen, die in ausgewogener Weise im Handels-, Verkehrs- und Dienstleistungsbereich tätig sind.

Weiterhin hohe Gesamtinvestitionen

Mit rd. 5,1 Mrd DM wurde im Jahr 1985 das Volumen des Vorjahres noch übertroffen.

Ausblick 1986

Die konsequente Unternehmenspolitik sichert bei weiterhin positiver Konjunkturverlauf auch für 1986 Ergebnisse auf gutem Niveau. Diese Sicherheit kommt den 68.700 Mitarbeitern ebenso zugute wie den rund 500.000 Aktionären.

Wenn Sie mehr über die VEBA wissen wollen, schreiben Sie bitte an: VEBA AG, Karl-Arnold-Platz 3, 4000 Düsseldorf 30.

FRANKREICH / An der sozialen Front herrscht Ruhe

Streik-Aufrufe ohne Erfolg

J. SCH. Paris
Nach dem Wahlsieg der bürgerlichen Parteien war in Frankreich allgemein eine Verschlechterung des sozialen Klimas erwartet worden. Die hier politisch organisierten Gewerkschaften mit der kommunistischen CGT an der Spitze hatten der neuen Regierung neue Protestaktionen wegen der von ihr im sozialen Bereich angekündigten Liberalisierungspolitik angedroht. Tatsächlich aber ist es bisher an der sozialen Front sehr ruhig geblieben.

Dazu mag beigetragen haben, daß die Regierung ihr Projekt, den öffentlichen Entlassungsweg für größere Entlassungen „sofort“ zu befestigen, unter dem Druck von Staatspräsident Mitterrand zunächst einmal zurückstellte. Es soll jetzt in einer wesentlich abgemilderten Form (innerbetriebliche Sozialpläne) verwirklicht werden. Weit vorzuziehen als geplant soll auch der gesetzlich garantierte Mindestlohn (SMIC) desindefiniert werden.

Der mit dem amtlichen Lebenshaltungskostenindex gekoppelte SMIC beträgt seit Juli letzten Jahres unverändert 28,04 Franc (8,25 DM) die Stunde. Diese ungewöhnlich lange Stabilität hat er dem Umstand zu verdanken, daß seine Aufwertung einen

mindestens zweiprozentigen Preisanstieg voraussetzt. Angesichts der stark zurückgegangenen Inflation dürfte die nächste Erhöhung erst Ende dieses Monats fällig werden. Ob dabei die Regierung über den Ausgleich der Kaufkraftverluste hinaus etwas zulegt, wie dies früher oft der Fall gewesen war, bleibt abzuwarten.

Gegenwärtig zeigt sich in ihrer Einkommenspolitik eher restriktiv. Bei der öffentlichen Verwaltung und bei den staatlichen Unternehmen ist für dieses und für das nächste Jahr bestenfalls die Erhaltung der Realbezüge vorgesehen. Dieser Empfehlung sind auch die Unternehmer weitgehend gefolgt. Die bisher für 1986 unterzeichneten 18 Branchenabkommen sehen nur nominelle Lohnerhöhungen von durchschnittlich nur drei Prozent vor - bei einer auf 2,4 Prozent veranschlagten Inflationsrate.

Daß die Gewerkschaften diese Abkommen akzeptiert haben - es genügt, wenn die Mehrheit unterschreibt -, liegt vor allem an der nach wie vor sehr hohen Arbeitslosigkeit. Aus diesem Grunde erwiesen sich auch fast alle Streik-Aufrufe der letzten Wochen als Schlag ins Wasser. Frankreich gehört inzwischen zu den Ländern mit den geringsten Streiktagen je Kopf der Bevölkerung.

SCHWEIZ / Kapazitäten in der Industrie gut ausgelastet

Die Beschäftigung nimmt zu

ALFRED ZÄNKER, Genf
Auch in der Schweiz werden Geschäfts- und Gewinnaussichten der Wirtschaft für den Rest des Jahres sehr zuversichtlich beurteilt. Die Schweizerische Kreditanstalt erwartet weiterhin zunehmende Kleinhandelsumsätze und einen Anstieg der Industrieverkäufe um 36 Prozent für 1986, wobei nun auch immer häufiger Kapazitätsverengungen erfolgen. Die Ausfuhr bleibt auf hohem Niveau, insgesamt ist ein reales Wirtschaftswachstum von drei Prozent wie 1985 vorzuzusehen.

Die Frühjahrsumfrage der Schweizerischen Bankgesellschaft zeigt von ungebrochenem Optimismus in fast allen Industriezweigen. Ausnahmen sind der Bausektor, wo sich die Lage eher verschlechtert und zum Teil die Bekleidungs- und Textilindustrie. Verstärkte Impulse - vor allem vom Binnenmarkt - werden in der chemischen Industrie, im Maschinenbau und bei Papierwaren erwartet. Die technischen Industriekapazitäten sind durchschnittlich zu 87 Prozent ausgelastet. Die Beschäftigung wächst fast überall. Gleichzeitig steigen nun aber auch die Kosten wieder etwas schneller. Mehr als die Hälfte der befragten Firmen rechnet mit einem Personalkostenanstieg von drei bis sechs Prozent.

Das Schweizer Hotelgewerbe bleibt zusehends, obwohl wegen

Dollarschwäche und Furcht vor Terrorismus bedeutend weniger Amerikaner kommen werden. Auch die britischen Buchungen sind leicht rückläufig. Die meisten Ferienorte erwarten jedoch mehr Gäste aus der Bundesrepublik, dem weitaus wichtigsten Herkunftsländern sowie aus Frankreich und Italien.

Eine Studie der Zürcher Bank Vontobel rechnet mit nochmaligem Anstieg der Unternehmerrücklagen um durchschnittlich 15 Prozent nach 25 Prozent im vergangenen Jahr und 29 Prozent 1984. 1985 hatten der Maschinenbau mit einem Plus von 32 Prozent, der Kleinhandel mit 41, die Papierindustrie mit 40 und die Banken mit 38 Prozent besonders gut abgeschnitten, vor den Fluggesellschaften und der Chemie.

1986 dürften die Fluggesellschaften mit 40 Prozent trotz verminderter amerikanischer Reiseeinstiege besonders hohe Gewinnsteigerungen ausweisen. In der Spitzengruppe sind auch wieder der Maschinenbau mit 35, die Papierindustrie mit 34, der Kleinhandel mit 25, die Elektrotechnik mit 22, Versicherungen und Holdinggesellschaften mit jeweils 20 und die Nahrungsmittelgruppe, dominiert von Nestlé, mit 18 Prozent, alle über dem Durchschnitt. Dagegen schwächte sich die Gewinnexplosion im Bankensektor auf zwölf und in der Chemie auf zehn Prozent ab.

GEFA / Den Weg zur Leasing-Finanzierung erleichtert

Neugeschäft deutlich höher

Bn. Essen
Ihr Geschäft kräftig ausgebaut hat die Gefa-Gruppe mit Sitz in Wuppertal, zu der die Gesellschaften Gefa Gesellschaft für Absatzfinanzierung mbH, die Gefa-Leasing GmbH und die Gefa Gesellschaft für Einkaufsfinanzierung GmbH gehören. Die Gefa-Gruppe ist eine Tochter der Deutschen Bank und zählt zu den führenden Finanzierungs- und Leasing-Gesellschaften der Bundesrepublik.

Das Neugeschäft überstieg im Geschäftsjahr 1985 mit 1,7 Mrd. DM das Vorjahresvolumen um 20 Prozent. Befriedigt haben auch die Sparte Factoring und das Geschäft der Gefa, die in der Konsumentenfinanzierung tätig ist. Das addierte Geschäftsvolumen der Gruppe erhöhte sich um 338 Mill. auf 3,2 Mrd. DM.

In ihrem Geschäftsergebnis konnte die Gefa an die positive Entwicklung der letzten Jahre anschließen. Wie die

Verwaltung mitteilt, wurde trotz Verengung der Margen und steigender Verwaltungskosten das Betriebsergebnis auf Vorjahreshöhe gehalten. Nach umfassender Vorsorge für Risiken wurden aus dem Jahresgewinn 10 Mill. DM in die offenen Rücklagen der Gefa und weitere 5 Mill. DM in die der Gefa-Leasing eingestellt. An die Deutsche Bank wurden im Rahmen des Ergebnisübernahmevertrages 20,1 Mill. DM abgeführt.

Um einem größeren Kreis von Kunden den Zugang zur Leasing-Finanzierung zu erleichtern, ist in Zusammenarbeit mit der Mutter der neue Service „db-leasing“ entwickelt worden. Damit können auch in den größeren Niederlassungen der Deutschen Bank Leasing-Geschäfte abgeschlossen werden. Das Neugeschäft steht nach Angaben der Verwaltung unter verstärktem Wettbewerb. Dies drücke die Margen weiter und beeinträchtigt ebenfalls die Ertragslage.

HUTSCHENREUTHER / Bau von Entstickungsanlagen gemeinsam mit der Degussa

Erneut ein Spitzenergebnis erzielt

DANKWARD SEITZ, München
Endgültig besiegelt wird in den nächsten Tagen die Gründung eines Joint-ventures des Porzellan-Herstellers Hutschenreuther AG, Selb, und der Frankfurter Degussa AG zur Herstellung von keramischen Katalysatoren für die Entstickung von Kohlekraftwerken. Wie Roland Dorschner, Vorstandsvorsitzender von Hutschenreuther, anlässlich der Vorlage des Geschäftsberichts 1985 in München mitteilte, ist dafür die gemeinsame Tochtergesellschaft „H. D. Cera-cat GmbH“ mit Sitz in Wiesau gegründet worden. Am Stammkapital von 10 Mill. DM sind Hutschenreuther mit 40 Prozent und die Degussa mit 60 Prozent beteiligt.

Sobald die Genehmigung durch das Bundeskartellamt erteilt ist, soll mit dem Bau der Anlagen begonnen werden. Das gesamte Investitionsvolumen bezifferte Dorschner auf 35 Mill. DM, das vom Land Bayern mit etwa 20 Prozent gefördert wird. Die Produktion mit 70 bis 80 Mitarbeitern

soll Mitte 1987 anlaufen. Beteiligt werden die Katalysatoren nach einer Lizenz (Dauer: fünf Jahre) des japanischen Mitsubishi-Konzerns. Bei einem Marktvolumen von 400 bis 500 Mill. DM hofft Dorschner, daß die Cera-cat auf einen Umsatz von 80 bis 100 Mill. DM kommen wird. Langfristig ist geplant, auch Katalysatoren der zweiten Generation für mittlere Kraftwerke und Autos aufgrund von Hutschenreuther/Degussa-Entwicklungen herzustellen. „Wir wollen uns nicht auf dem Know-how aus Fernost ausruhen.“

Insgesamt fühlt man sich so, bei Hutschenreuther für die nächsten Jahre gut gerüstet. 1986 soll der Umsatz der AG um etwas mehr als fünf Prozent auf annähernd 400 Mill. DM steigen, wobei man in den ersten vier Monaten „gut innerhalb der Planung“ liegt. Gleichfalls hofft Dorschner, die bislang gute Ertragsituation über das gesamte Geschäftsjahr halten zu können. Investiert werden sollen rund 22 Mill. DM.

HENKEL / Die „offene Familiengesellschaft“ will „aktive Dividendenpolitik“ betreiben - Maßiger „Dollarschaden“

Mit prall gefüllter Kasse auf Beteiligungsjagd

J. GEHLHOFF, Düsseldorf
Mit zweifach so großer Plusrate wie beim Weltumsatz, der ohne den 1984er Verzicht auf schwache Geschäftsfelder um drei Prozent gestiegen wäre, hat die Henkel KGaA, Düsseldorf, 1985 ihren Weltjahresumsatz verbessert. Kaum ein Viertel davon wird mit den zur Hauptversammlung am 18. Juni vorgeschlagenen Dividenden von 3,50 DM für 400 Mill. DM familiären Stammaktien und 3 DM für die seit dem 2. Halbjahr gewinnberechtigten 175 Mill. DM stimmrechtslosen Vorzugsaktien ausgeschüttet.

Die familiären Stammaktionäre, so betonte Aufsichtsratsvorsitzender Konrad Henkel, kassieren damit nicht mehr als im Vorjahr. Sie verzichten auf einen Teil der ihnen satzungsgemäß zustehenden Dividende (bei 6 DM p. a. Vorzugsdividende 5,50 DM), „damit vor allem im ersten Jahr nach der Einführung von Vorzugsaktien der von der Firma ausgeschüttete absolute Dividendenbetrag nicht übermäßig ansteigt.“

Hungry sind am Kreis der 66 Familienaktionäre hielten sich inzwischen daran schadlos, daß sie von den der Familie im letzten Herbst aus Rücklagen zugeteilten 100 Mill. DM Vorzugsaktien inzwischen 100 Mill.

DM über die Börse mit circa 90 Mill. DM Erlöse verkaufen. Finanzchef Hans-Otto Wieschermann äußert die „best sichere Erwartung“, daß damit der Verkauf aus dem Familienkreis einwillen zu Ende ist. Damit und mit den im Herbst zum Stückpreis von 285 DM beim breiten Publikum platzierten 75 Mill. DM stimmrechtslosen Vorzugsaktien schätzt mandie Zahl der Streubesitzer auf 80 000.

Die Anfangsdividende von 3 DM bedeuete, da der Eigenmittelaufbau von 427 Mill. DM der Firma erst im letzten Quartal von 1985 zur Verfügung stand, wirtschaftlich eine Dividende von 12 DM. Balleibe keine Prognose für die 1986er Dividende wollen Geschäftsführungsvorsitzender Prof. Helmut Söhrer und Finanzchef Hans-Otto Wieschermann aus solcher Rechnung ableiten. Dividendensteigerung aber über den 1985er Stand von 6 DM p. a. hinaus, die auch das auf 25 (28,50) DM je Aktie verbesserte DVFA-Ergebnis schon für das Berichtsjahr durchaus zugelassen hätte, deuten sie aber immerhin an.

Dies auch mit der erneuten Versicherung, daß man als eine nun für Privatanleger „offene Familiengesellschaft“ eine „aktive Dividendenpolitik“ betreiben wolle. Die Basis dafür ist in mehrerer Hinsicht günstig.

Dieser „internationale Spezialist für angewandte Chemie“, in seinen fünf großen Unternehmensbereichen (darunter Wasch-/Reinigungsmittel noch mit 29 Prozent des Weltumsatzes) je zur Hälfte von Produktion und Umsatz bei zahlreichen Auslandsstöckern angesiedelt, wird dank dieser Struktur weniger als andere Chemiekonzerne von der Dollarschwäche betroffen und profitiert andererseits in seinen (weltgrößten) Fettsäureaktivitäten (etwa 30 Prozent des Weltumsatzes) vom rasanten Preisverfall des Hauptrohstoffs Kokosöl.

So sank denn auch im ersten Quartal 1986 der Weltumsatz nur „umrechnungsbedingt“ um 9 Prozent, während der Mengenertrag um knapp 3 Prozent wuchs und auch der Betriebsertrag anstieg. Der Annahme, daß der Jahresgewinn 1986 eine zweistellige Plusrate zeigen dürfte, widerspricht die Geschäftsführung nicht.

Glänzend gerüstet für weitere Taten zeigt sich dieser viertgrößte deutsche Chemiekonzern mit seiner 1985er Bilanz. Die Weltbilanz-Eigenkapitalquote ist spektakulär hoch, die kurzfristig realisierbaren Aktiva, darunter 904 (575) Mill. DM flüssige Mittel, überdecken mit 171 Mill. DM (nach 428 Mill. DM Unterdeckung) die entsprechenden Passiva, aus dem

hoch gebliebenen Cash-flow läßt sich nach 0,6 im Vorjahr nun überhaupt kein dynamischer Verschuldungsgrad mehr errechnen.

Diese „seltene Konstellation“ (Wieschermann) wird so zwar nicht bleiben. Denn auch 1986 will Henkel im großen Vorjahresumfang sowohl in Sach- wie in Finanzanlagen investieren und dabei insbesondere mit weltweit hohem Tempo durch Firmenzukauf wie durch Kooperationen seine erfolgreich erprobte „Partner-Strategie“ fortsetzen. Im Grundsatz erhalten bleiben soll bei diesem Kraftakt die überdurchschnittlich gute Bilanzstruktur auch durch weiterhin hohe Gewinnthesaurierung.

Henkel (Weil)	1985	±%
Umsatz (MILL. DM)	9 234	+ 1,3
Anlageninvest. (%)	97,7	(97,3)
Belegschaft	30 835	+ 2,1
Personalaufwand	2 005	+ 4,2
Gesamtergebnisse	711	+ 26,7
Sachinvestitionen	404	- 0,5
Sachanlageverbr.	324	- 15,3
Cash flow	557	+ 4,5
Eigenkapital	2 945	+ 38,8
in % von Bilanzsumme	47,9	(40,4)
Gewinn vor Steuern	334	+ 9,9
Jahresüberschuß	171	+ 35,4
Dividende	30,5	+ 35,1

*) Davon 8,25 (5,31) Mrd. DM bei Auslandsbüchern, *) Nach Steuern und vor Ausschüttung.

PRIVATBANK METZLER / Innere Reserven deutlich gestärkt - Rundum zufrieden

Wachstum nicht im bilanzwirksamen Bereich

adh. Frankfurt
Rundum zufrieden mit der Entwicklung im Geschäftsjahr 1985 zeigt sich die Inhaber der Frankfurter Privatbankhaus B. Metzler & Sohn & Co. Neben einer weiteren deutlichen Stärkung der inneren Reserven der Bank wurden die Geschäftsschaffer mit einer erhöhten Ausschüttung belohnt. Genaue Ergebniszahlen nennt die Privatbank traditionell nicht. Das Gesamtergebnis ist jedoch nach Angaben der Inhaber um mehr als ein Viertel gestiegen.

Die Bilanzsummen-Entwicklung - unverändert rund 697 Mill. DM - gibt dafür freilich keine Hinweise. Denn, so Hans Herrmann Reschke, einer der

zwei Inhaber, „wir suchen Wachstum nicht im bilanzwirksamen Bereich“. Infolge dieser seit Jahren verfolgten Politik stammen bei Metzler bereits über 80 Prozent des Ertrages aus dem Dienstleistungsbereich. Im vergangenen Jahr sorgte vor allem das dynamische Wertpapiergeschäft für kräftiges Ertragswachstum. Denn die Privatbank profitierte von den Aktivitäten ihrer Zielkundschaft, den internationalen institutionellen Anlegern, am deutschen Aktienmarkt.

Aber auch die anderen Bereiche haben nach Angaben von Reschke „erfolgreich“ gearbeitet. Das gelte auch für das Kreditgeschäft (wo sich die Bank zunehmend als Vermittler

versteht) und für das Devisengeschäft, wo eine auf den Einzelfall abgestimmte Betreuung der Kunden zu regen Umsätzen geführt habe; Eigenhandel betreibt das Bankhaus Metzler nicht.

Erfreulich weiterentwickelt hat sich nach den Worten Reschkes auch das Beratungsgeschäft für industrielle Kunden (Corporate Finance). Neben der traditionellen Großkundschaft betreut die Bank in diesem Bereich vor allem größere mittelständische Unternehmen. Die Aussichten für dieses Jahr schätzt Metzler positiv ein, auch wenn sich das Ertragswachstum des vergangenen Jahres wohl nicht wiederholen lasse.

RATENKREDITBANKEN

Mittelstand ist ein guter Kunde

Py. Düsseldorf

Ausgehend von nur leicht steigenden Preisen und merklich wachsenden Realeinkommen der Haushalte erwarten die deutschen Ratenkreditbanken für 1986 eine positive Entwicklung der privaten Verbraucherkonjunktur, die sich zugleich auf die Kreditaufnahme günstig auswirken wird. Die 65 Institute im Bankfachverband Konsumenten- und gewerbliche Spezialkredite (BKKG) mit insgesamt 6500 Mitarbeitern haben 1985 mit einem Umsatzplus von vier (vier) Prozent im Konsumentkredit und einem Kreditvolumen von 16,61 (15,96) Mrd. DM den zweiten Platz im Verbraucherkreditmarkt hinter den Sparkassen gehalten.

Dabei liegt der Anteil der langfristigen Kredite, der bei allen Bankengruppen stark angestiegen ist, bei den Ratenkreditbanken immer noch bei rund 63 Prozent. Die starke Abweichung von den Sparkassen (72 Prozent) wird für den BKKG mit der niedrigen Durchschnittskredithöhe von 4200 (3700) DM und derzeit 48 (46) Monaten Laufzeit begründet. Beide Kriterien seien „sehr entscheidende Kalkulationsfaktoren“, die zu höheren Zinsen als bei anderen Institutsgruppen führten. Sinkende Zinsen im Ratenkredit und steigende Verwaltungsaufwendungen führten zu einer tendenziell rückläufigen Rentabilität des Geschäfts.

Anders sehen diese Banken das gewerbliche Ratenkreditgeschäft, wenn auch ein nicht „unerheblicher Teil“ der erwirtschafteten Gewinne auch 1986 wieder für die Risikoversorge bei notleidenden Krediten aufgewendet werden muß. Das günstige Investitionsklima hat 1985 für ein Neugeschäft von 15 (fünf) Prozent gesorgt. Das Kreditvolumen erhöhte sich um 12,4 Prozent auf 4,4 Mrd. DM. Zunehmend seien Kredite für Neuanforderungen und Erweiterungen, nicht mehr nur für Ersatz- und Rationalisierungsvorhaben verwendet worden. Bei einem Durchschnittszins von 8,9 Prozent per annum lag die Durchschnittskredithöhe hier bei rund 71 000 (72 000) DM.

STANDORT: MÜNCHEN.

DIE GANZE WELT DES GELDES

IST UNSER ZUHAUSE.



Bayerische Landesbank

Girozentrale

Die BAYERISCHE LANDESBANK Girozentrale ist eine der großen Universal-Banken Deutschlands.

Mit Anschluß und Know-how an allen wichtigen Börsen- und Finanzplätzen der Welt.

Unsere Stärke, unsere Kompetenz und Flexibilität im Geldgeschäft haben uns auch international zu einem potenten Partner gemacht, der für seine Kunden weltweit erfolgreich und profitabel operiert. Dabei helfen

uns unsere Präsenz in den internationalen Geld-Zentren und über 5.000 Korrespondenz-Banken.

Bankgeschäft ist nicht nur eine Frage von Geld und Zins, darum sollten Sie in jedem Fall mit uns sprechen. Wir können Ihnen mit unseren Verbindungen auch andere Türen öffnen.

Bayerische Landesbank

Girozentrale

In München, Nürnberg und über jede bayerische Sparkasse sowie in Bonn, Frankfurt und Luxemburg. Außerdem in London, New York, Singapur (Niederlassungen), Johannesburg, Toronto, Wien (Repräsentanzen).
Sie erreichen uns auch über Btx: # 38000

Renten wieder schwächer

Obwohl das Angebot aus dem Ausland begrenzt blieb und sich in den USA die Zinsen kaum noch aufwärts bewegt haben, blieben deutsche öffentliche Anleihen unter Druck. Verkäufer sind in erster Linie Banken, die ihre Bestände vermindern. Das wird auch die Grund für die nachgehenden Notierungen bei den DM-Anleihen sein. Genannt, wo zur Zeit der Markt eher aus Material aufnimmt. Bei den Pfandbriefen orientiert sich die Rendite. Im 10jährigen Laufzeitbereich betragen sie im Großgeschäft 6,45 Prozent, im fünfjährigen Laufzeitbereich schon 5,70 Prozent.

Bundesanleihen

Währung	Laufzeit	Preis	Rendite
DM	10 Jahre	100,00	6,45
DM	5 Jahre	100,00	5,70
DM	3 Jahre	100,00	5,20
DM	2 Jahre	100,00	4,80
DM	1 Jahr	100,00	4,50
DM	6 Monate	100,00	4,20
DM	3 Monate	100,00	3,80
DM	1 Monat	100,00	3,50
DM	1 Woche	100,00	3,20
DM	1 Tag	100,00	3,00

Industrieanleihen

Währung	Laufzeit	Preis	Rendite
DM	10 Jahre	100,00	6,45
DM	5 Jahre	100,00	5,70
DM	3 Jahre	100,00	5,20
DM	2 Jahre	100,00	4,80
DM	1 Jahr	100,00	4,50
DM	6 Monate	100,00	4,20
DM	3 Monate	100,00	3,80
DM	1 Monat	100,00	3,50
DM	1 Woche	100,00	3,20
DM	1 Tag	100,00	3,00

Optionscheine

Währung	Laufzeit	Preis	Rendite
DM	10 Jahre	100,00	6,45
DM	5 Jahre	100,00	5,70
DM	3 Jahre	100,00	5,20
DM	2 Jahre	100,00	4,80
DM	1 Jahr	100,00	4,50
DM	6 Monate	100,00	4,20
DM	3 Monate	100,00	3,80
DM	1 Monat	100,00	3,50
DM	1 Woche	100,00	3,20
DM	1 Tag	100,00	3,00

Länder - Städte

Währung	Laufzeit	Preis	Rendite
DM	10 Jahre	100,00	6,45
DM	5 Jahre	100,00	5,70
DM	3 Jahre	100,00	5,20
DM	2 Jahre	100,00	4,80
DM	1 Jahr	100,00	4,50
DM	6 Monate	100,00	4,20
DM	3 Monate	100,00	3,80
DM	1 Monat	100,00	3,50
DM	1 Woche	100,00	3,20
DM	1 Tag	100,00	3,00

Sonderanleihen

Währung	Laufzeit	Preis	Rendite
DM	10 Jahre	100,00	6,45
DM	5 Jahre	100,00	5,70
DM	3 Jahre	100,00	5,20
DM	2 Jahre	100,00	4,80
DM	1 Jahr	100,00	4,50
DM	6 Monate	100,00	4,20
DM	3 Monate	100,00	3,80
DM	1 Monat	100,00	3,50
DM	1 Woche	100,00	3,20
DM	1 Tag	100,00	3,00

Währungsanleihen

Währung	Laufzeit	Preis	Rendite
DM	10 Jahre	100,00	6,45
DM	5 Jahre	100,00	5,70
DM	3 Jahre	100,00	5,20
DM	2 Jahre	100,00	4,80
DM	1 Jahr	100,00	4,50
DM	6 Monate	100,00	4,20
DM	3 Monate	100,00	3,80
DM	1 Monat	100,00	3,50
DM	1 Woche	100,00	3,20
DM	1 Tag	100,00	3,00

Wandelanleihen

Währung	Laufzeit	Preis	Rendite
DM	10 Jahre	100,00	6,45
DM	5 Jahre	100,00	5,70
DM	3 Jahre	100,00	5,20
DM	2 Jahre	100,00	4,80
DM	1 Jahr	100,00	4,50
DM	6 Monate	100,00	4,20
DM	3 Monate	100,00	3,80
DM	1 Monat	100,00	3,50
DM	1 Woche	100,00	3,20
DM	1 Tag	100,00	3,00

Optionsanleihen

Währung	Laufzeit	Preis	Rendite
DM	10 Jahre	100,00	6,45
DM	5 Jahre	100,00	5,70
DM	3 Jahre	100,00	5,20
DM	2 Jahre	100,00	4,80
DM	1 Jahr	100,00	4,50
DM	6 Monate	100,00	4,20
DM	3 Monate	100,00	3,80
DM	1 Monat	100,00	3,50
DM	1 Woche	100,00	3,20
DM	1 Tag	100,00	3,00

Warenpreise - Termine

Mit bruchartigen Veränderungen schlossen am Freitag die Gold- und Silbermärkte an der New Yorker Comex. Leicht befestigt ging Kupfer aus dem Markt. Überwiegend fester notierte Kaffee. Knapp behauptet konnte sich Kakao.

Getreide/Getreideprodukte

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Metalle

Edelmetalle

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Warenpreise - Termine

Mit bruchartigen Veränderungen schlossen am Freitag die Gold- und Silbermärkte an der New Yorker Comex. Leicht befestigt ging Kupfer aus dem Markt. Überwiegend fester notierte Kaffee. Knapp behauptet konnte sich Kakao.

Getreide/Getreideprodukte

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Metalle

Edelmetalle

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Warenpreise - Termine

Mit bruchartigen Veränderungen schlossen am Freitag die Gold- und Silbermärkte an der New Yorker Comex. Leicht befestigt ging Kupfer aus dem Markt. Überwiegend fester notierte Kaffee. Knapp behauptet konnte sich Kakao.

Getreide/Getreideprodukte

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Metalle

Edelmetalle

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Warenpreise - Termine

Mit bruchartigen Veränderungen schlossen am Freitag die Gold- und Silbermärkte an der New Yorker Comex. Leicht befestigt ging Kupfer aus dem Markt. Überwiegend fester notierte Kaffee. Knapp behauptet konnte sich Kakao.

Getreide/Getreideprodukte

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Metalle

Edelmetalle

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wärenden

Wä

BÜROMARKT / London mit den höchsten Mietpreisen

Deutsche Städte relativ billig

Py, Düsseldorf Hamburg an 18. Stelle der vermieteten Flächen. Köln und Amsterdam stehen in der „Hitliste“ der Städte mit den niedrigsten Büromieten. So werden in Köln 16 DM/qm für erstklassige Flächen im Innenstadtbereich verlangt. In Amsterdam rund 23 DM, in Frankfurt 30 DM und in Wien 27 DM, wobei sich deutsche und andere europäische Mietpreise wegen der unterschiedlichen Behandlung von Nebenkosten schwer vergleichen lassen. So kommen in London, der teuersten Bürostadt, noch Steuern hinzu, so daß mit Nebenkosten zusammen 45 Prozent der Miete der Mietpreis je qm bei fast 150 DM im Monat liegt.

Insgesamt stehen zur Zeit 3,08 Mill. qm Bürofläche in Europa zur Neuvermietung an. Das ist das 1,7fache der 1985 vermieteten Fläche. Derzeit sind 16,35 Mill. qm Büroflächen in den aufgeführten 32 Städten im Bau, aber nur 1,05 Mill. qm davon liegen in Europa. London führt auch hier mit 620 000 qm. In Düsseldorf und Hamburg werden gegenwärtig je 110 000 qm neu gebaut, gefolgt von Frankfurt, Amsterdam an 14., Frankfurt an 18. und

GISSEREIEN / Sorgen mit dem Umweltschutz - Zahl der Arbeitsplätze erhöht

Der Wiederaufschwung hält an

J. GEHLHOFF, Düsseldorf Auf „befriedigendem“ Wachstumskurs wie schon 1985 sehen der Deutsche Gießerverband und der Gesamtverband Deutscher (NE-)Metallgießereien ihre rund 900 Mitgliedsbetriebe auch 1986 mit einem Produktionsplus von zwei Prozent vorankommen. Bereits 1985 haben beide Gießereibereiche zusammen die Zahl ihrer Arbeitsplätze erstmals wieder nennenswert auf 106 700 (104 360) erhöht, darunter 75 874 (74 655) im Bereich der Eisen-, Stahl- und Tempergießereien. Bei letzteren verbesserte sich die Produktion um 3,3 Prozent auf 3,5 Mill. Tonnen mit einem auf 9,5 (9) Mrd. DM erhöhten Wert, während der NE-Metallguß mit 5,1 Prozent plus einen Ausstoß von 0,5 Mill. Tonnen mit 5,5 (4,5) Mrd. DM Wert erzielte.

Triebsfeder des Wiederaufschwungs dieser mittelständischen Zulieferindustrie war und bleibt die günstige Konjunktur ihrer beiden wichtigsten Abnehmerbranchen: Straßenfahrzeug- und Maschinenbau. Dahin gehen (auch beim Export) inzwischen gut 70 (vor fünf Jahren 60) Prozent ihres gesamten Produktionswertes. Beim „eisenhaltigen“ Guß hat der aus diesem Kundenkreis stammende Aufschwung das „strukturelle“ Negativum überkompensiert, daß Druckrohr für die schrumpfende Bauwirtschaft und Stahlwerkstücken für die immer kompletter auf (gußfreien) Strangguß übergehenden Hüttenwerke im Abstieg blieben. Hier schätzen derzeit 91 (vor Jahresfrist 80) Prozent der vom Verband befragten Firmen ihre aktuelle Lage als gut oder befriedigend ein.

Bei den Nichteisen-Metallgießereien (vorwiegend Aluminium) ist der Optimismus noch stärker. Immerhin haben diese ihre Produktion im ersten Quartal 1986 um 7,8 Prozent über den zeitgleichen Vorjahresstand gesteigert. Außer der üblichen Vorsicht weiß ihr Verband keinen realistischen Grund dafür anzuführen, daß er für das volle Jahr nur zwei Prozent Ausstößwachstum erwartet.

Offenbar dämpfend wirken die von beiden Gießereiverbänden lebhaft beklagten Umweltschutzverschärfungen in den Neufassungen von Bundesemissionschutzgesetz, TA-Luft und Abfallbeseitigungsregelungen. Die neue „Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft“ gebietet „äußerst restriktive“ Emissionsbegrenzungen, für die es in manchen Bereichen überhaupt noch keine technischen Lösungen gebe. Zudem übersteige der Investitionsaufwand für solche Anlagen besonders bei kleineren Betrieben oft den Gesamtwert des Produktivvermögens.

Für solche Betriebe, die das Gestrippt der neuen Umweltschutzauflagen auch von ihrer administrativen Kapazität her kaum durchschauen könnten und „wenig Hilfestellung“ bei den offenbar gleichfalls überforderten Behörden finden, werde durch den forcierten Umweltschutz nun die wirtschaftliche Existenz mehr und mehr infrage gestellt. Obendrein dürfe nicht übersehen werden, daß es den meist mittelständischen Betrieben ihrer Branchen „weit schwerer werden wird als beispielsweise der monopolistischen Stromwirtschaft“, die aufgezungen Kosten in den Preisen an ihre Kunden weiterzugeben, mahnen die beiden Verbände.

EHW / Alle Beteiligungen weiter im Gewinn

Stattliche Holding-Dividende

J. GEHLHOFF, Düsseldorf Der Sonderfall der (reinvestierten) Stahl-Investitionszulage ist zwar im wesentlichen vorbei. Aber immer noch in stattlicher Höhe schlägt die Kölner Eisen- und Hüttenwerke AG (EHW) ihrer Hauptversammlung am 23. Juni für 1985 eine Dividende von 20 (nach 30 und davor 12) DM je 100-DM-Aktie vor. Daran partizipieren bei dieser Zwischenholding für die Montaninteressen des Otto-Wolff-Konzerns etwa 4000 Streubesitzer mit knapp einem Viertel von 88 Mill. DM Aktienkapital. Der nach 16 (9,8) Mill. DM Steuern auf 30,4 (39,8) Mill. DM gesunkene Jahresüberschuß erlaubt noch eine Stärkung der Rücklagen um wieder 13 Mill. auf 83 Mill. DM.

Von ihren zwei in Paritätspartnerschaft mit Thyssen geführten Stahlbeteiligungen Rasselstein AG, Neuwied, und Stahlwerke Bochum AG (SWB) kassierte EHW 19,3 (28,0) Mill. DM Organschaftserträge, dazu 25,8 (19,8) Mill. DM „sonstige Erträge“ aus Umlagen für Steuern und Verwaltungskosten. Aus der Drittel-Beteiligung an 15 Mill. DM Stammkapital der Baden-Württembergischen Gesellschaft für Beteiligungen mbH, nun mit 2,5 (1,25) Mill. DM eingezahlt, flossen erstmals 0,16 (-) Mill. DM Beteiligungsertrag.

Das nach langer Verlustperiode seit 1984 wieder „zufriedenstellende“ Ergebnis der in Partnerschaft mit der Bendorfer Kann KG geführten Schraubenfabrik Friedr. Boesner GmbH, Neuwied, (EHW-Anteil 37,5 Prozent an 10,8 Mill. DM Kapital, 1985er Umsatzplus sechs Prozent auf reichlich 50 Mill. DM) wurde weiter bei der Firma thesauriert.

Vor allem durch die Reinvestition der Investitionszulage bei der großen Weib/Feinblech-Tochter Rasselstein, Neuwied, in eine Kapitalerhöhung auf 146 (106) Mill. DM erhöhte sich das EHW-Beteiligungskonto auf 112 (86,6) Mill. DM. Der Buchwert des 48,5-Prozent-Anteils an 24,2 Mill. DM SWB-Kapital wurde auf 19,4 (15,3) Mill. DM erhöht, weil dieser Firma die 1984 erhaltene Investitionszulage von 0,3 Mill. DM im Berichtsjahr zur Rücklagenstärkung zugeführt wurde. Aus restlicher Stahlzulage (die 1986 gleichfalls in die Rücklagen kommt) sowie aus nun bei 635 (571) Mill. DM Umsatz „deutlich“ verbesserten Betriebsergebnis steigerte SWB 1985 den Organschaftsgewinn auf 13,4 (10,6) Mill. DM.

NAMEN

Ernst Bettermann, Senior-Chief von OBO und Neuma-Bettermann OHG, Menden, feiert heute seinen 75. Geburtstag.

Dieter Jatzel, bislang Vorstandsvorsitzender der Ytong AG, München, ist mit Wirkung vom 15. Mai zum Finanzvorstand der Strabag AG, Köln, bestellt worden.

Hartwig Knetzer, geschäftsführender Gesellschafter bei der Lebensmittel-Großhandlung L. Stroetmann, Münster, wird zum 1. Juli 1986 weiteres Mitglied im Vorstand der Spar Handels-AG, Hamburg.

Bergassessor a. D. Hans Jürgen Krtle, Geschäftsführer der Saarberg-Interplan Gesellschaft für Rohstoff-, Energie- und Ingenieurtechnik mbH,

Saarbrücken, ist aus dem Unternehmen ausgeschieden. Neu in die Geschäftsführung wurden berufen Wolfgang Brück für den kaufmännischen und Wolfgang Fossbach, bisher Salzgitter Maschinen und Anlagen AG, für den technischen Bereich. Brück bleibt in Personalunion Geschäftsführer der GFK Gesellschaft für Kohleverflüssigung mbH. Helmut Hessel, derzeit noch Geschäftsführer bei Interplan, übernimmt zum 30. Juni 1986 die Leitung der Saarberg-Interplan Uran GmbH.

Ildar K. Nigmatjanov, Generalbevollmächtigter der Ost-West-Handelsbank AG, Frankfurt, wurde als stellvertretender Vorsitzender in den Vorstand berufen.

FALKE / Strümpfe bleiben wichtigster Umsatzbereich

Plus durch Inlandsfirmen

Py, Düsseldorf Die im Bereich Herren-Strickwaren, Herren-, Damen- und Kinderstrümpfe sowie Teppichgarne tätige Falke-Gruppe, Schmallenberg, hatte 1985 ihre Umsatzsteigerung um 3,5 Prozent auf 295 Mill. DM ausschließlich den inländischen Unternehmen zu verdanken. Damit wurde nicht nur die kurzbedingte rückläufige Entwicklung in Südafrika, sondern auch der Umsatzanstieg durch die letzten Jahr aufgebene DOB-Strickwaren-kollektion mehr als wettgemacht.

Die nur noch für Männer angebotene Strickoberbekleidung macht jetzt 14 Prozent des Gesamtumsatzes aus. Der Anteil soll allerdings steigen, wenn gegen Jahresende eine neue Herrenstrickkollektion unter dem Namen „Falke“ auf den Markt kommt, die im Preis etwa unterhalb des Niveaus der Marke „Boes“ liegen soll. Mit Boes-Strickwaren wurden 1985 rund 20 Mill. DM umgesetzt, mit steigendem Exportanteil. Er liegt bei der gesamten Strickbekleidung um

20 Prozent. Der Umsatz des Produktbereichs Strümpfe (142 Mill. DM) wuchs mit 4,5 Prozent etwas stärker als die Gruppe insgesamt. Als besonders erfolgreich hat sich auch hier die Boes-Herrenstrumpf-Kollektion erwiesen. Für die in Zusammenarbeit mit Boes geschaffene Knitwear und die Jeff-Sayre-Kollektionen steht eine gezielte Erweiterung der Verkaufsmöglichkeiten im In- und Ausland (USA) bevor.

An der Spitze des Falke-Wachstums lag mit zehn Prozent auf 112 Mill. DM die Sparte Teppichgarne mit ihren Neuentwicklungen und hochwertigen Schurwolle-Qualitäten. Insgesamt beschäftigte Falke Ende 1985 konstant 1950 Menschen in der Bundesrepublik, in Südafrika (200) und in Portugal (200).

In den Jahren 1985/86 werden jeweils 8 Mill. DM investiert. Falke geht für 1986 bei voller Kapazitätsauslastung und derzeit guter Auftragslage von einer Umsatzsteigerung um fünf Prozent aus.

Preussag senkt Dividende

Hannover (daz.) - Die Preussag AG, Hannover, wird die Dividende für das Geschäftsjahr 1985 auf 8 (9) DM kürzen (HV am 2. Juli). Wie das Unternehmen nach der Aufsichtsratsitzung mitteilte, hat sich der Bilanzgewinn auf 65 (72) Mill. DM verringert. Durch die Ausgabe von 1,6 Mill. DM Belegschaftsaktien erhöhte sich das Aktienkapital auf 401,6 Mill. DM. Einzelheiten zu der beabsichtigten Neuordnung des Unternehmensbereichs Metall, die dem Vernehmen nach Gegenstand der Sitzung war, wurden nicht mitgeteilt. Offenbar plant die Preussag, die verschiedenen Aktivitäten dieses Bereichs in eigenständige Profit-Centers einzubringen.

Kühltransit erhöht Kapital

Hamburg (VWD) - Für den Bau eines neuen Kühlhauses im Hamburger Hafen plant die Kühltransit-AG, Hamburg, eine Kapitalerhöhung. Der HV am 24. Juni wird vorgeschlagen, das Grundkapital um 1,8 Mill. auf 2,4 Mill. DM herauszusetzen. Den

Stamm- und Vorragsaktionären sollen die jungen Stammaktien im Verhältnis eins zu zwei zum Kurs von 250 Prozent (250 DM je 100-DM-Aktie) angeboten werden. Die neuen Stammaktien sind für das volle Geschäftsjahr 1986 gewinnberechtigt.

PSA mit Gewinn

Paris (J.Sch.) - Die Peugeot SA (PSA) Holdinggesellschaft des französischen Automobilkonzerns Peugeot weist für ihr Geschäftsjahr 1985 einen Reingewinn von 165 Mill. F aus, nach 204 Mill. F Verlusten im Vorjahr. Auf die Verteilung einer Dividende wird weiter verzichtet.

Veba verbessert Ergebnis

Essen (Bm.) - Bei der Veba AG, Düsseldorf, sind die Außumsätze im I. Quartal 1986 um 12,4 Prozent auf 10,9 Mrd. DM zurückgegangen. Die stärksten Einbußen erlitten Mineralöl mit minus 19,1 und der Handel mit minus 19,3 Prozent. Diese Entwicklung wird vornehmlich auf den Verfall der Ölpreise und auf den deutlich

niedrigeren Dollarkurs zurückgeführt. Das Ergebnis knüpft an die positive Entwicklung vor einem Jahr an. Der Überschuß vor Steuern beträgt 487 (454) Mill. DM, nach Steuern 283 (286) Mill. DM. Der Konzernüberschuß wird mit 166 (182) Mill. DM ausgewiesen.

Wieder acht Mark

Berlin (VWD) - Der HV der Bergmann-Elektrizitäts-Werke AG, Berlin, am 4. Juli wird für 1985 eine unveränderte Dividende von 8 DM je Aktie auf 70 Mill. DM Grundkapital vorgeschlagen. Den Rücklagen werden 8,1 (7,9) Mill. DM zugeführt. Wie die Holding, deren Beteiligungsgesellschaften im wesentlichen in der Kommunikationstechnik, der Energietechnik, der Prozessautomation sowie der Mess-, Regel- und Steuerungstechnik tätig sind, weiter mitteilte, erhöhte sich der Konzernumsatz um 8 Prozent auf 1,49 (1,38) Mrd. DM. Die Zahl der Mitarbeiter nahm in der Gruppe um rund 400 auf etwa 12 700 (12 300) zu.

HAMBURG. DAS HOCH IM NORDEN

Karl Th. Walterspiel, Direktor im weltberühmten „Weißen Schloß an der Alster“.

"IN SACHEN VERWÖHNEN GANZ SCHÖN AUSGESCHLAFEN!"

Daß der Fremdenverkehr in Hamburg eine starke Wachstumsbranche mit jährlich ca. 3 Milliarden Mark Umsatzvolumen ist, kommt bellebe nicht von ungefähr.

„Im Schlaf unserer Gäste regeneriert sich die Weltwirtschaft“, meint Karl Th. Walterspiel und verweist damit auf die besondere und weiter wachsende Bedeutung Hamburgs als international hoch angesiedelte Kongreß- und Messestadt.

Von „Internorga“ bis „Hanseboot“, „R.E.N.-Kongreß“ bis „Internationaler Kongreß für Intensiv-Medizin“ – mit 35 Messen jährlich und 400 Kongressen und Tagungen sind Hamburgs Veranstaltungskapazitäten bis Ende 1987 praktisch ausgebaut.

„Und die Gäste werden hier ganz besonders verwöhnt“, konstatiert der Atlantic-Chef nicht ohne Stolz – und zieht damit den internationalen Vergleich nicht nur als Hotelier. Denn auch bei Feinschmeckern genießt Hamburg einen sehr guten Ruf. Beispielsweise gibt es keine Nation auf der Welt, die hier nicht gastronomisch vertreten wäre!

Gewinnen Sie ein Wochenende im „Hamburger Sommer“.

Das Hotel ATLANTIC stiftet 3 exklusive „Hamburger Sommer“-Weekends für je 2 Personen incl. intensives Kultur-erlebnis. Das Los wird entschieden (Rechtsweg ausgeschlossen). Interessenten schreiben bitte an die Hamburg-Information GmbH, Postfach 10 27 23, D-2000 Hamburg 1, Stichwort „Hamburger Sommer“. Einsendeschluß 1.6.1986.

Hilfe bei allen weiteren Fragen zu Ihren speziellen Hamburg-Plänen bekommen Sie unter derselben Adresse.

(Bx *52200).

Hamburg



RHEINHYP

Ein erfolgreiches Jahr

1985

Darlehensbestand	29 425 Mio DM
Bilanzsumme	31 066 Mio DM
gezahlte Zinsen für unsere Schuldverschreibungen	2 103 Mio DM
Haftendes Eigenkapital	614 Mio DM
Jahresüberschuß	67 Mio DM
Darlehensneuzusagen	5 210 Mio DM

RHEINHYP

RHEINISCHE HYPOTHEKENBANK

Egon Gerhard Malmedé

* 30. Juni 1902 † 5. Mai 1986

In Liebe

Seine engsten Angehörigen

Die Beerdigung hat im engsten Familienkreis stattgefunden. Anstelle von Blumen und Kränzen bitten wir um eine Spende für den Kölner Zoo, Stadtparkasse Köln, BLZ 370 501 98, Kto.-Nr. 1 372 200.

Wir bitten von Beileidsbesuchen abzusehen.

Egon Gerhard Malmedé

* 30. Juni 1902 † 5. Mai 1986

Wir trauern um eine große Unternehmerpersönlichkeit.

**KMT Kölnische Mode- und
Textilgroßhandlung GmbH**

Gesellschafter, Geschäftsführer,
Betriebsrat und Mitarbeiter

Sachsenring 67, 5000 Köln 1

Die Trauerfeier hat im engsten Familienkreis stattgefunden. Es ist im Sinne des Verstorbenen, wenn anstelle von Blumen und Kränzen um eine Spende für den Kölner Zoo, BLZ 370 501 98, Kto.-Nr. 1 372 200, gebeten wird.

Egon Gerhard Malmedé

* 30. Juni 1902 † 5. Mai 1986

Wir verlieren in ihm den Ehrenvorsitzenden unseres Aufsichtsrates, der über Jahrzehnte unser Unternehmen mit Weitsicht geprägt hat.

Rheintextil GmbH

Aufsichtsrat, Geschäftsführung, Betriebsrat
und Mitarbeiter

Sachsenring 67, 5000 Köln 1

Die Trauerfeier hat im engsten Familienkreis stattgefunden. Es ist im Sinne des Verstorbenen, wenn anstelle von Blumen und Kränzen um eine Spende für den Kölner Zoo, BLZ 370 501 98, Kto.-Nr. 1 372 200, gebeten wird.

Der Ehrenvorsitzende unseres Aufsichtsrates, Herr

Egon Gerhard Malmedé

* 30. Juni 1902 † 5. Mai 1986

ist gestorben.

Wir trauern um eine Persönlichkeit, die lange Jahre die
Geschicke unseres Unternehmens vorbildhaft prägend
mitbestimmte.

KAUFHAUS KORTUM AG
Vorstand - Mitarbeiter - Betriebsrat

SANIT
FÜR
AFGHAN



Konto



In seiner unendlichen Liebe und Weisheit hat es Gott dem Allmächtigen gefallen,
meinen geliebten Mann, Sohn, Cousin, Schwager, Onkel und Großonkel

S. E.

Arndt Alexander Krupp von Bohlen und Halbach

Generalstatthalter des Sonveränen Ordens der Ritter vom Heiligen Grabe zu Jerusalem
Großkreuzträger des Patriarchalischen Ordens vom Heiligen Kreuz zu Jerusalem
Großmeister des Ordens Merito Navali - Pour le Mérite
Träger des Königlich Thai Ordens Rattanasopon 1. Klasse
und anderer hoher ausländischer Auszeichnungen

in Gott gestärkt, mit den Tröstungen der Heiligen Kirche versehen,
im 49. Lebensjahr am 8. Mai 1986 zu sich zu berufen.

Im Namen der Familie

Frau von Bohlen und Halbach
geb. Prinzessin von Auersperg

A-5450 Werfen, Blühnbach

Wir trauern um

Egon Gerhard Malmedé

* 30. Juni 1902 † 5. Mai 1986

Er war unserem Unternehmen als Gesellschafter eng
verbunden.

Durch seinen fachlichen Rat und seine menschliche Größe
wird er uns allen ein bewundernswertes Leitbild bleiben.

Gesellschafter, Aufsichtsrat, Geschäftsführung,
Betriebsrat und Mitarbeiter
der

**WESTFALEN KAUFHAUS GMBH
GELSENKIRCHEN**

SANITÄTER FÜR AFGHANISTAN



Seit 5 Jahren führt die Sowjetunion Krieg gegen das afghanische Volk. Um die medizinische Versorgung zu unterbinden, hat die Rote Armee fast alle Hospitäler außerhalb Kabuls durch Luftangriffe zerstört. Hunderttausende Afghanen haben Verwundungen, leiden unter Seuchen und Krankheiten, ohne daß ihnen medizinisch geholfen werden kann.
Seit Frühjahr 1984 betreibt die Aktion „Sanitäter für Afghanistan“ drei kleine Behelshospitäler mit mehreren Außenstationen, die von deutschen und afghanischen Ärzten betreut werden. Medikamente und medizinisches Gerät werden ins Land geschafft.
Damit noch mehr Ärzte und Helfer zu diesen notleidenden Menschen geschickt, noch mehr Hospitäler errichtet werden können, brauchen wir Ihre Spende. Die Spenden sind steuerabzugsfähig.

Weitere Informationen:
Bonner Afghanistan Komitee,
Meckenheimer Allee 91, 5300 Bonn 1

Konto Nr. 9019

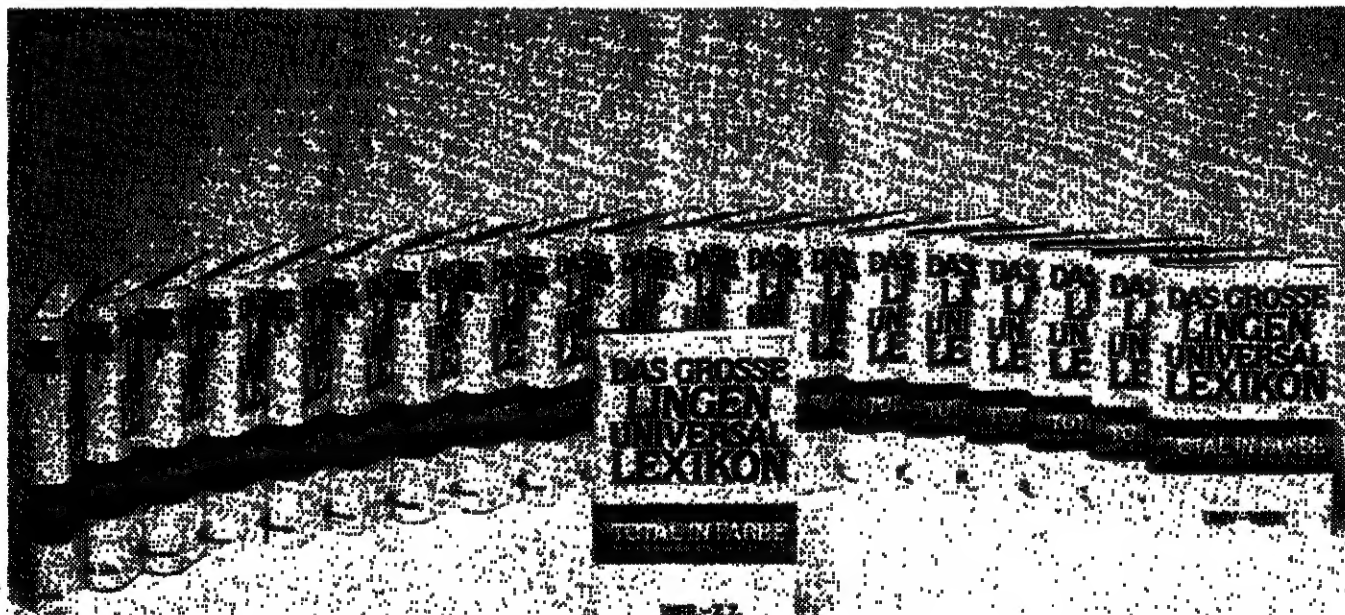
bei:
Bank für Gemeinwirtschaft (bundesweit)
Commerzbank (bundesweit)
Deutsche Bank (bundesweit)
Volksbank Bonn (BLZ 380 601 86)
Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00)

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Abonnenten-Service

Ein großes Lexikon in Farbe

zum Sonderpreis von DM 229,-



Das große Universal-Lexikon für Sie und Ihre Kinder.

20 Bände im Format 14 x 22 cm,
6.400 Seiten, 120.000 Stichwörter mit
mehr als 12.000 durchgehend farbigen
Abbildungen.

Ein einzigartiges Nachschlagewerk auf
dem neuesten Stand. Der Vorsprung
an Wissen und Information, den Sie
täglich brauchen.

An: DIE WELT, Leser-Service, Postfach 100864, 4300 Essen 1
Bestellschein für WELT-Abonnenten

Bitte liefern Sie mir 1 Exemplar

DAS GROSSE UNIVERSAL LEXIKON
in 20 Bänden zum Preis von insgesamt DM 229,-
(einschließlich Versandgebühren und Mehrwertsteuer)

Ich bezahle diesen Betrag wie
mein WELT-Abonnement:

- ☐ nach Rechnungsstellung
☐ durch Abbuchung

Vorname/Name: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Vorw./Telef.: _____

Kunden-Nr.: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Menschen für Menschen in Afrika



Lieber Leser,
der Stiftung „Menschen für Menschen“ haben Autor und Verlag einen beeindruckenden Bildband afrika gewidmet. Diese einzigartige limitierte Sonderausgabe über Afrika – hergestellt im Vierfarbkupferdruckverfahren – in exklusiver Ausstattung kostet DM 298,-. Der gesamte Ertrag aus dem Verkauf kommt den unendlich notleidenden Menschen in Äthiopien zugute.

Die Auflage ist begrenzt.
Jedes Exemplar ist von Karlheinz Böhm signiert.

Karlheinz Böhm schreibt in seinem Vorwort zu diesem Buch: „Kaum einer wird sich, beginnend mit den Worten des großen afrikanischen Dichters, Denkers und Staatsmannes, Léopold Senghor, der Bildsprache dieses Bandes entziehen können, nicht ihrer einmaligen Faszination erliegen.“
Karlheinz Böhm für viele hungernde Menschen in Afrika

„Ja, ich möchte den hungernden Menschen in Äthiopien helfen.“

Ich möchte

..... Exemplare
bestellen.

Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

☐ Verrechnungsscheck über
DM _____ anbei.

☐ Ich habe den Betrag über
DM _____ auf das
Konto 700.000 bei einer Filiale
der Dresdner Bank AG, Sparkasse
oder Raiffeisenbank eingezahlt.

Bitte ausschneiden und senden an:

Frau M. Ernst
„Menschen für Menschen“
Kaiserswerther Straße 226
4000 Düsseldorf

Abonnenten-Service

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hans Nolls Rußlandreisebuch - ideologiekritisch

Lauter negative Kader

Auch dieses zweite Buch des 1954 in Ost-Berlin geborenen Malers Hans Noll ist ein Buch gewissermaßen, mit großer Anteilnahme beschreibt doch hier ein junger, nach der „Lehre Lenins“ erzogener deutscher Intellektueller seine Begegnung mit der Sowjetunion, dem „Vaterland aller Werktätigen“, das er auf drei Studienreisen 1978, 1980 und 1983 recht ausführlich erkunden konnte. Nach der dritten Reise, die ihn in den Kaukasus und in die christlich-antike Kulturlandschaft Armeniens führte, stellt er seinen „Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft“. Über diese bewegte Zeit hat er seinerzeit spezielle Aufzeichnungen gemacht, die man in seinem ersten Buch, „Der Abschied“ (1985), nachlesen konnte.

Hans Noll war in Ost-Berlin nicht nur ein begabter junger Künstler, der bei Werner Klemke an der Kunsthochschule Weißensee studierte und Kollegen nach Leningrad, von wo aus dann auch ein Abstecker nach Sowjetkarelien unternommen wird. Auch hier zeigt er sich als scharfer Beobachter, etwa eines Saufgelages, an dem er selbst beteiligt ist. „Der Abschied“ endet chaotisch, die Stimmung kippte um. In der Küche tranken wir Selbstgebranntes aus Wassergläsern, der Komsomol-Sekretär begann Lieder zu singen, man hinderte Jewdokija Andrejewna fast gewaltsam daran, nach Hause zu gehen. Statt dessen gab man ihr Sekt ein, und als sie sich zierte und nicht trinken wollte, riß Witalij Petrowitsch plötzlich die Schublade auf, zog eine Pistole hervor und richtete sie auf Jewdokija Andrejewna. Wir waren viel zu betrunken, um uns zu fragen, weshalb Witalij Petrowitsch eine Pistole besaß.

In Moskau erntet Noll (gespielt) Verwunderung, als er im Puschkin-Museum nach den Mappen Leonid Pasternaks und anderer, im Westen heute kaum noch bekannter Maler fragt, die ins Exil getrieben oder in Zwangsarbeitslager verschleppt wurden. Er selbst kennt, obwohl erst nach dem Zweiten Weltkrieg geboren, alle die Namen, die heute aus den sowjetischen Lehrbüchern gelöscht sind: Resultat offenbar seiner undogmatischen Lehrgänge bei bekannten Künstlern in der „DDR“. So begibt er sich in Leningrad und Moskau auf nicht ungefährliche Suche nach den Spuren originärer, gewaltsam abgebrochener oder getigelter Kunst.

Nachdenkenswert Nolls bittere Notierung über die Feigheit und Ignoranz, die führende westliche Intellektuelle gegenüber dem Sowjetismus an den Tag legen, während sie es an den stempelnden Bekundungen der Solidarität mit den von eben diesem System unterjochten Kollegen fehlen lassen. Aber am überzeugendsten in diesem Reisebuch mit seinen nie langweiligen ideologiekritischen Exkursen sind wohl die ergreifenden, sehr persönlich gehaltenen Passagen über den jüngst verstorbenen Sowjet-antiker Valentin Katajew, der in „Skizzen“, also nur für Eingeweihte, die voll verstanden, ein großes Buch über alle seine ermordeten, vertriebenen und vernichteten Kollegen geschrieben hat.

JÖRG BERNHARDT BILKE

Hans Noll: Rußland, Sommer, Lorelei. Ein Deutscher in der Sowjetunion. Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg, 320 Seiten, 36 Mark.



Der selbstkritische Zerstörung so vieler Werke entgangen: Toni Stadlers „Kleine Liegende“ von 1966, aus der Bremer Ausstellung

Die Bremer Marcks-Stiftung zeigt das Spätwerk des Plastikers Toni Stadler

Figuren mit leiser Stimme zertrümmert

Das Gerhard-Marcks-Haus in Bremen, das als Stiftung des Künstlers und der Hanses 1971 eröffnet wurde, hat in den letzten Jahren immer wieder Ausstellungen anderer Bildhauer organisiert, um damit das geistige und künstlerische Umfeld des Marckschen Œuvres deutlicher zu umreißen. Die jüngste Ausstellung ist Toni Stadler gewidmet, dem knapp fünf Monate älteren Münchner Bildhauer, dessen Werk das Schaffen von Marcks allerdings eher aus einer Gegenposition beleuchtet.

Die biographischen Übereinstimmungen zwischen den beiden Künstlern sind verblüffend: Beide begannen in Berlin als Tierplastiker, sie erhielten beinahe gleichzeitig Italienstipendien, wo sie sich kennenlernten. Vor wenigen Jahren starben beide kurz nacheinander über neunzigjährig.

Aufgrund der allzu unterschiedlichen Charaktere und künstlerischen Vorstellungen ist es jedoch nie zu einer wahren Freundschaft zwischen den beiden gekommen, wohl zu tiefer gegenseitiger Achtung. In einer Art Idealisierung deutscher Prägung und in einer vergleichbaren Anti-Avantgarde-Haltung bezogen sich beide auf die griechische Skulptur und ihre Thematik, das Bildnis des Menschen. Während Marcks aber aus dem

strengen Berliner Klassizismus kam, hatte der empfindsamere Stadler seine Wurzeln im südlichen Barock mit seiner einseitig bewegten Form und den fließenden Konturen. Marcks und Stadler, das sind die zwei Pole, zwischen denen sich die figurative Plastik in der Generation nach Barock und Lehmbruck im Nachkriegsdeutschland entfaltete.

Marcks hat sein enormes Werk, geordnet und gesichert, öffentlich zugänglich hinterlassen. Stadler, der große Zweifler, hat es selbst so sehr dezimiert, daß es allein durch seine Nicht-Präsenz in Vergessenheit zu geraten drohte. Diese Verweigerung ist einer seiner charakteristischsten Züge. Er spiegelt sich sowohl im schmalen Gesamtwerk, als auch im einzelnen Werk, das fast immer ein Torso, eine zertrümmerte Figur ist. Der Gedanke von Formung und Zerstörung, von der Vergänglichkeit des Rings um Vollkommenheit und seine quälenden Folgen, all dies war Marcks ebenso fremd wie der sinnliche Rausch, der für Stadler immer Anlaß zum plastischen Schaffen war.

Die Souveränität und die routiniertere Sicherheit von Marcks hat Stadler stets bewundert. Er, der sensible Sohn eines angesehenen Münchner Malers, wuchs in Künstlerkreisen auf, die das eigene Schaffen über viele

Jahre erdrückten. So brauchte er sehr lange, diese Schatten abzuschütteln. Und dieses Spätwerk, das nun in Bremen zu sehen ist, ist der Ertrag eines langen, mit ständiger Arbeit erfüllten Lebens. Es sind Skulpturen aus den schmerzhaften und siebzehnjährigen Jahren, durch die er seine wichtigsten Monumentalfiguren, die Torso und die kleinen Skulpturen, schuf.

Wie kam es zuvor steht heute die Skulptur im Mittelpunkt des künstlerischen Interesses. Stadler war ein modellierender Bildhauer wie viele der heute plastisch arbeitenden Maler. Wichtiger als der Umriss war ihm die plastische Masse, der Rhythmus und die Oberfläche waren entscheidend. Er hat das Motiv und die Gesamtform. Ebenso wie die Liebe zum Fragmentarischen und Zeichenhaften bedeutet dies eine Lösung vom reinen Abbild.

Toni Stadler war nie bemüht, dieses oder jenes darzustellen, sondern einer inneren Vorstellung von Emotion und künstlerischer Sensibilität Ausdruck zu verleihen. Die Bedeutung dieser „kataloglosen“ Schau liegt vor allem in der Erinnerung an diese „stille Stimme“ (Werner Haftmann), der zuzuhören auch heute noch ein Genuß ist. (Bis 7. Juni, anschließend Kolbe-Museum, Berlin)

MARIANA HANSTEIN

„Domsday 900“ - Eine Ausstellung in Winchester

Die Normannen kommen

Damals fing das ganze Unglück an mit dem Kataster begann auch die Besteuerung! Der britische Besucher hatte recht mit seinem Stoßseufzer. Doch auch er war fasziniert von dem, was derzeit unter dem Titel „Domsday 900“ in der Great Hall von Winchester als entscheidende Zäsur für England gezeigt wird.

„Domsday Book“: Zwanzig Jahre, nachdem er sich zum Herren Englands gemacht hatte, ordnete Wilhelm I., der Eroberer, eine genaue Zählung an: Namen und Größe von Dörfern und Grundstücken, Mühlen und Vieh und natürlich auch die Zahl der Menschen (es waren etwa zwei Millionen). Die Besitzverhältnisse wurden ebenso festgehalten wie Veränderungen der jüngeren Vergangenheit, Ernteträge, Pachtzinsen sowie andere Abgaben. Hinter der Zählung anno 1086 standen klare Erwägungen: Nur wenn Wilhelm den Besitz der einzelnen Adligen kannte, konnte er sie auch besteuern, wußte der Monarch, was er möglicherweise an die Krone ziehen oder anderweitig als Lehen geben konnte.

Auf diese Weise entstand eine Beschreibung Englands, die unter vielen Namen - zuerst als „Book of Winchester“ und zuletzt „Domsday Book“, Buch des Jüngsten Gerichts, - bekannt wurde. Dieser Name, so der Schatzmeister von Heinrich II., bürgerte sich für das Register ein, weil es so unumstößlich ist wie das Jüngste Gericht.

Was derzeit in Winchester, dem Sitz der sächsischen und der ersten normannischen Könige, gezeigt wird, ist vieles zugleich und in dieser Weise ungewöhnlich. Die Ergebnisse der Erhebung, die nur durch das von den Sachsen entwickelte Verwaltungssystem und die Hilfe der schriftkundigen Mönche möglich war, wurden in einer Art Latein niedergeschrieben. Erst heutzutage ist es ganz aufgeschlüsselt und liegt in einer ersten Gesamtausgabe mit 35 Bänden für alle Grafschaften Englands komplett in modernem Englisch vor.

Wer in die imponierende hohe Halle aus dem 13. Jahrhundert kommt, dem fallen jedoch als erstes die 22 Reliefs auf, die auf siebzehn Meter Länge rings um die Wand laufen. Der normannische Bildhauer Pierre Baillie hat in acht Jahren Arbeit den „Teppich von Bayeux“ auf Holz übertragen. Diese zeitgenössische Darstellung der Vorgeschichte der Eroberung Englands, der Invasion von der

Normandie aus und die Entscheidungsschlacht von Hastings 1066 stimmen ein auf das, was dann in acht großen Zeilen zu sehen ist.

Jedes zeigt einen Aspekt: Hier diktiert Wilhelm seinen Schreibern. Dort blickt man in einen Raum, in dem Mönche die Zählungsergebnisse zusammenfassen und niederschreiben. In einem anderen Zeit sieht man die Darstellung eines Dorfes, das heute noch existiert, Spuren aus der Normannenzeit aufweist (darunter, wie oft in Südengland, die Kirche) und wohnen auf Wunsch Touren mit historischen geschkundigen Führern geben. (Im „Domsday Book“ erwähnte Güter und Häuser werden heutzutage in Makler-Anzeigen herausgestellt.)

In der dunkel gehaltenen Halle ziehen die Zeile die Aufmerksamkeit auf sich. Manchmal glaubt man, lebendige Menschen vor sich zu haben. Erst bei näherem Zusehen erkennt man, daß es zweidimensionale Figuren sind. Zum Bild tritt der Ton. Dort aber, wo die alte Englisch der Sachsen halb laut erklingt - der Besucher fühlt sich an längst vergangene Schultage und den „Beowulf“ erinnert - und das harte, archaische Französisch der Normannen, versteht nur der Experte jedes Wort.

Mit der fast totalen Ersetzung einer Herrschaft durch eine auch sprachlich völlig andere leuchtet bei den Darstellungen in der Halle in Winchester nur ein, warum beispielsweise damals zwar Kuh und Schwein weiterhin ihre alten Namen beibehielten, ihr Fleisch aber nun in der Sprache der neuen Herren bezeichnet wurde. Die Herrschaft der Normannen bedeutete für England ein völlig neues Zeitalter.

Verständlichmachen wird in der Great Hall zu Winchester groß geschrieben. Was immer in den letzten Jahren über Museumsdidaktik theoretisiert worden ist - hier sind die Forderungen in die Realität umgesetzt worden. Ein leichtgewichtiges Aspekt, der dennoch deutlich macht, daß Geschichtsbewußtsein in Großbritannien etwas anderes bedeutet als im Nachkriegsdeutschland: Angeregt von einer Sonntagsschau haben Schüler gezeichnet, wie sie sich ihren Heimatort anno 1086 vorstellen. Abgesehen davon, daß Winchester, die alte „Stadt der Könige“, mit ihren vielen Sehenswürdigkeiten ohnehin einen Besuch wert ist: auch „Domsday 900“ allein lohnt die Reise. (Bis 1. November) HENK OHNESORGE

Paul Hogan: Auf der Schule hat er nichts gelernt, da ging er zum Fernsehen

Eulenspiegel des fünften Kontinents

Der beste Führer durch Australien ist etwa 45 Jahre alt und heißt Paul Hogan. In einer großen Menschenmenge würde er uns nicht weiter auffallen, mit seinem kantigen Gesicht und den schblonden Haaren. Aber wenn man mit Paul Hogan in Sidney oder Melbourne über die Straße geht, ist man im Nu von Auto- und Motorradfahrern umringt. Jeder kennt ihn von der Mattscheibe und will ihn mal angefaßt haben.

Australien hat der Welt bisher noch keinen nennenswerten Philosophen geschenkt. Vielleicht ist das auch überflüssig, da es ja die Fernseh-Skizze mit Paul Hogan gibt. In denen findet sich alles wieder, was den fünften Erdteil auszeichnet: Die gutdünne Ruppigkeit von Leuten, die gutdünne Ruppigkeit haben, das Gelassenheit der menschlichen Schwächen, Sport über vernünftiges Getöse, und viel absurder Humor.

Paul Hogan behauptet von sich, auf der Schule nichts gelernt und 50 verschiedene Berufe gehabt zu haben. Man glaubt es ihm, wenn man sieht, wie er sich als Lastwagenfahrer aufgeführt, als Verkäufer im Supermarkt, als Fitnesslehrer oder Hobbyangler.

Wenn er die Flasche ansetzt und die Metallkappe ausspuckt, ahnt man, sein Porträt eines Stadtreichers beruht auf eigenen Erfahrungen.

Irgendwann einmal schloß er sich der Mannschaft an, welche die Hafenbrücke von Sidney antastet. Er baute die Gerüste, auf denen die Anstreicher sitzen, wenn sie tonnenweise graue Farbe auf die Eisenröhren pinseln. Bei Hitze, Sturm und Regen

De leucht das Känguruh - ZDF um 17.45 Uhr

über dem Gefühl des Hafens bildete sich Hogans Weltanschauung.

Seine Kumpel liebten seine Sprüche und zwangen ihn, sich an einer populären Show im Fernsehen zu beteiligen. Dabei verunglimpfte er die Mitglieder der Jury dermaßen, daß man ihn vom Fleck weg als eine Art Eulenspiegel des Fernsehens anheuerte. Eine Zeitlang gab er in fünf Minuten-Kommentaren seine skurrilen Ansichten über die Weltstufe zum Besten. Dann machte sich ein Produzent Hogans Lust an der Verkleidung und der Slapstick-Komödie zuzunutzen. Einige der zahllosen Skizzen und Persi-

lagen die im Laufe der Jahre entstanden sind, habe ich in sechs Sendungen „De leucht das Känguruh“ übernehmen können. Es ist allerdings eine Auswahl mit Schlagzeug. Hogans improvisierte Anmerkungen zu Tagesereignissen und seine sozialkritischen Kommentare sind in deutschen Beziehungsnetz nicht ohne weiteres übertragbar, und in der Übersetzung geht der Gassenwitzwitz Paul Hogans verloren. Es bleibt hoffentlich noch genügend australische Essenz erhalten für den Nachweis, daß bei unseren Antipoden weder der Mann noch seine Frau noch irgendein Berufsdarsteller bei Paul Hogan ungeschoren davon kommt.

Die Australier haben sich Hogans Sport zuzunutzen gemacht, indem sie ihn zu ihrem Werbeschauspieler ernannten: Wenn man jetzt in San Francisco den Fernseher einschaltet, stößt man leicht mal auf einen Werbespot, in dem ein 45jähriger blonder Mann mit kantigen Gesicht und einem Kola-Bär auf dem Arm eine Anekdote über Australien erzählt, die ist so unmöglich, daß selbst Kalifornier Lust bekommen, mal hinzufahren.

PETER von ZAHN

Hymnen für die Cowboys der Landstraße

Hätte die Hamburger Country-Gruppe Truck Stop nicht Ende der siebziger Jahre in einem Lied ihre Wertschätzung für das singende US-Trucker-Idol ausgedrückt, wäre er hierzulande wohl nur Anhänger der Country- und Western-Musik aus Tennessee und Kentucky bekannt. „Ich möchte“ so gern Dave Dudley hören“ hieß der Ohrwurm, und zwischen ihm und den norddeutschen Hillbillys herrscht eine Beziehung besonderer Art: Eben die Liebe zu Trucks und Trukern.

Es war Anfang der sechziger Jahre, als der aus dem US-Staat Wisconsin stammende Ex-Baselller Dudley und ein paar Gesinnungsbrüder musikalisch von den Pferden auf den

Tele-illustrierte - ZDF um 17.15 Uhr

Lastwagen „umsattelten“ und der Country-Musik so ins Zeitalter der Pferdestärken-Technik verhalfen: Was früher der einsame Cowboy für die Sänger zwischen Nashville und Louisville war, das wurde nun der einsame Trucker.

Als Dave Dudley, damals 25 Jahre jung, 1963 seinen Song „Six Days on the Road“ anstimmte und damit seinen Durchbruch schaffte, da hatten Asphalt-Cowboys ihre neue Hymne. Dudley wurde Ehrenmitglied auf Lebenszeit in der größten US-Trucker-Gewerkschaft.

Doch so ganz gelang ihm in der C & W-Musik, die sich durch trotzig konservativen und Ablehnung neuer Text- und Instrumentalsujets auszeichnet, der Weg nach oben nicht. Basellter Dudley verkaufte zwar viele Platten, dann aber wurde es doch wieder still um ihn. Andere Country-, Blues- und sogar Jazz-Autoritäten erwiesen sich als standfester. Nicht die Landstraße und das raube Ambiente ihrer singenden Protagonisten war, was Amerikas weißer Mittelstand hören wollte, sondern der Lobpreis von fetten Wiesen und glücklichen Familien.

Wie für so manchen Jazzmusiker, so war auch für den Mann aus Wisconsin der Sprung nach Europa eine weitere Erfolgsmöglichkeit. Die C & W-Idealen von Truck Stop waren es, die ihm mit ihrem Dudley-Song die Türen zu Studios und Bühnen öffneten und eine breite Öffentlichkeit beschafften. Dann holte Freddy Quinn den stämmigen Amerikaner zu Ostern 1979 in seine Fernsehshow, und damit begann, was man die zweite Karriere Dudleys nennen kann. Das blieb jenseits des Großen Teiches nicht verborgen: Dort gilt der Prophet nun wieder als im eigenen Land. ALEXANDER SCHMITZ

KRITIK

Schlagwörter für Schlaglichter

Es war eine weite Umschau durch ein ganzes Jahrzehnt, was faszinierendem Bildmaterial, was das ZDF da an sechs Sonntag-Abenden bot: Die Welt der 30er Jahre. Doch leider endete alles in der letzten Folge mit der alten Leier: daß einzig die Deutschen Schuld an allem Unheil seien, was in jenen Jahren auf die Menschheit zukam. Man merkte die Absicht und war verstört. Dennoch wurden auch im Zusammenhang mit Nationalsozialismus, Judenverfolgung usw. seltene, dokumentarisch höchst wertvolle Fotos aufgetan. Trotzdem: Wer etwa bei den Aufnahmen aus der Sowjetunion Stalins neben den Greueln des Regimes aus den „normalen Alltag“ dieses Landes mit seinen Freuden und Leiden dokumentiert und dann im Falle Deutschlands nichts mehr von dieser historisch legitimen Methode anwendet, macht sich unglaubwürdig.

Das Bild stand eindeutig im Vordergrund der Sendung, dagegen ist nichts einzuwenden im Medium Fernsehen. Die Texte mußten eben so knapp gehalten werden, daß sie einen häufigen Szenenwechsel erlaubten.

So blieben aber nur Schlagwörter für Schlaglichter übrig, und der Hauptgedanke kam umso penetranter zum Vorschein: Alles in Deutschland war böse, den Rest der Welt wertlos wertlos.

Zuviel wurde auch angerissen, weil man sehr gutes Bildmaterial hatte. Wer kann schon so schnell von der schwedischen Sozialpolitik zur Umgestaltung des bayerischen Lebens am anderen Ende Europas umschalten? Oder von Afrika nach Indien? Für das Auge, das Sensationen sehen will, nicht für den Verstand, der ein Jahrzehnt begreifen will, was es eine gelungene Serie.

DETLEV AHLERS

Ein nervendes Geduldspiel

Damals, 1962, fesselte „Das Halsbuch“ die Menschen an das Geschehen auf dem Bildschirm. Als die ARD jetzt Mord am Pool ausstrahlt, barnte eigentlich nur die präzise Rhythmik des Uhrzeigers. Mehr als zweimal drehte er sich um die eigene Achse, dann war der Mörder endlich überführt. Krimis von Bestseller-Autor Francis Durrbridge sind bekannt dafür, das Publikum durch häpp-

chenweise verabreichte Spannung in eine Art Hypnose zu versetzen. „Mord am Pool“ bescherte jedoch ein Disziplin forderndes Geduldspiel.

In steriler Studioatmosphäre versuchte ein Geschäftsmann sich seiner Vorgesetzten, in Person seines Schwagers und seiner Frau, zu entziehen. Der Mord am männlichen Widersacher gelang mit komödiantenhafter Leichtigkeit, während bei der Beseitigung der Gattin mehr Raffinesse aufgebracht werden mußte. Sie sollte durch Psychoterror in den Selbstmord getrieben werden. Mit ihrer wachsenden Verzweiflung stieg auch die Nervosität des Zuschauers, wann der Krimi-Titel nun endlich eingelöst würde. Doch die Erkenntnis, daß nicht sie, sondern er Mordopfer im Pool war, brachte dann auch keine Wellenschläge der Erregung mehr.

Denn war der Geschichte an fesselnder Überraschung fehlte, kompensierte auch das Staraufgebot nicht; Spannung brachten Andrea Jonasson, Karl Michael Vogler, Wolfgang Reichmann und Margret Homeyer nicht über die Mattscheibe. Mik und Gestic machten sie nicht zu Betroffenen, allein ihre pointierte Sprache ließ den Krimi spüren. In diesem Punkt waren sie perfekt - die ideale Besetzung für ein Hörspiel. MARTINA SCHLINGMANN

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-FRÜH
10.00 Tagesschau und Tagesschau
10.25 100 Karat

10.30 Tagesschau
10.45 Tagesschau
11.00 Tagesschau

11.15 Tagesschau
11.30 Tagesschau
11.45 Tagesschau

11.55 Tagesschau
12.00 Tagesschau
12.15 Tagesschau

12.25 Tagesschau
12.40 Tagesschau
12.55 Tagesschau

13.05 Tagesschau
13.20 Tagesschau
13.35 Tagesschau

13.45 Tagesschau
14.00 Tagesschau
14.15 Tagesschau

14.25 Tagesschau
14.40 Tagesschau
14.55 Tagesschau

15.05 Tagesschau
15.20 Tagesschau
15.35 Tagesschau

15.45 Tagesschau
16.00 Tagesschau
16.15 Tagesschau

16.25 Tagesschau
16.40 Tagesschau
16.55 Tagesschau

17.05 Tagesschau
17.20 Tagesschau
17.35 Tagesschau

17.45 Tagesschau
18.00 Tagesschau
18.15 Tagesschau

18.25 Tagesschau
18.40 Tagesschau
18.55 Tagesschau

19.05 Tagesschau
19.20 Tagesschau
19.35 Tagesschau

19.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Tagesschau

20.25 Tagesschau
20.40 Tagesschau
20.55 Tagesschau

21.05 Tagesschau
21.20 Tagesschau
21.35 Tagesschau

21.45 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.15 Tagesschau

22.25 Tagesschau
22.40 Tagesschau
22.55 Tagesschau

23.05 Tagesschau
23.20 Tagesschau
23.35 Tagesschau

23.45 Tagesschau
24.00 Tagesschau
24.15 Tagesschau

24.25 Tagesschau
24.40 Tagesschau
24.55 Tagesschau

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-FRÜH
10.00 Tagesschau und Tagesschau
10.25 100 Karat

10.30 Tagesschau
10.45 Tagesschau
11.00 Tagesschau

11.15 Tagesschau
11.30 Tagesschau
11.45 Tagesschau

11.55 Tagesschau
12.00 Tagesschau
12.15 Tagesschau

12.25 Tagesschau
12.40 Tagesschau
12.55 Tagesschau

13.05 Tagesschau
13.20 Tagesschau
13.35 Tagesschau

13.45 Tagesschau
14.00 Tagesschau
14.15 Tagesschau

14.25 Tagesschau
14.40 Tagesschau
14.55 Tagesschau

15.05 Tagesschau
15.20 Tagesschau
15.35 Tagesschau

15.45 Tagesschau
16.00 Tagesschau
16.15 Tagesschau

16.25 Tagesschau
16.40 Tagesschau
16.55 Tagesschau

17.05 Tagesschau
17.20 Tagesschau
17.35 Tagesschau

17.45 Tagesschau
18.00 Tagesschau
18.15 Tagesschau

18.25 Tagesschau
18.40 Tagesschau
18.55 Tagesschau

19.05 Tagesschau
19.20 Tagesschau
19.35 Tagesschau

19.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Tagesschau

20.25 Tagesschau
20.40 Tagesschau
20.55 Tagesschau

21.05 Tagesschau
21.20 Tagesschau
21.35 Tagesschau

21.45 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.15 Tagesschau

22.25 Tagesschau
22.40 Tagesschau
22.55 Tagesschau

23.05 Tagesschau
23.20 Tagesschau
23.35 Tagesschau

23.45 Tagesschau
24.00 Tagesschau
24.15 Tagesschau

24.25 Tagesschau
24.40 Tagesschau
24.55 Tagesschau

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-FRÜH
10.00 Tagesschau und Tagesschau
10.25 100 Karat

10.30 Tagesschau
10.45 Tagesschau
11.00 Tagesschau

11.15 Tagesschau
11.30 Tagesschau
11.45 Tagesschau

11.55 Tagesschau
12.00 Tagesschau
12.15 Tagesschau

12.25 Tagesschau
12.40 Tagesschau
12.55 Tagesschau

13.05 Tagesschau
13.20 Tagesschau
13.35 Tagesschau

13.45 Tagesschau
14.00 Tagesschau
14.15 Tagesschau

14.25 Tagesschau
14.40 Tagesschau
14.55 Tagesschau

15.05 Tagesschau
15.20 Tagesschau
15.35 Tagesschau

15.45 Tagesschau
16.00 Tagesschau
16.15 Tagesschau

16.25 Tagesschau
16.40 Tagesschau
16.55 Tagesschau

17.05 Tagesschau
17.20 Tagesschau
17.35 Tagesschau

17.45 Tagesschau
18.00 Tagesschau
18.15 Tagesschau

18.25 Tagesschau
18.40 Tagesschau
18.55 Tagesschau

19.05 Tagesschau
19.20 Tagesschau
19.35 Tagesschau

19.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Tagesschau

20.25 Tagesschau
20.40 Tagesschau
20.55 Tagesschau

21.05 Tagesschau
21.20 Tagesschau
21.35 Tagesschau

21.45 Tagesschau
22.00 Tagesschau
22.15 Tagesschau

22.25 Tagesschau
22.40 Tagesschau
22.55 Tagesschau

23.05 Tagesschau
23.20 Tagesschau
23.35 Tagesschau

23.45 Tagesschau
24.00 Tagesschau
24.15 Tagesschau

24.25 Tagesschau
24.40 Tagesschau
24.55 Tagesschau

Glücksfall Giacometti

P. Jo. - Es fing an wie ein Familienalbum, mit einem Jungen in Matrosenbluse, später mit Studentenmütze. Und es endet wie ein Familienalbum, mit einem Trauerzug schwarzer Gestalten auf verschneider Dorfbahn. Dazwischen lernt man einen Mann kennen mit lockigem Haar und tiefgefurchtem Gesicht, meist steht er ein wenig vorgebeugt, wirkt unruhig, allenthalben beschäftigt und an allen anderen interessiert als daran, fotografiert zu werden.

Aber er ist immer wieder fotografiert worden, und selten vermittelt Fotografien so viel von den Eigenheiten eines Künstlers wie die Aufnahmen von Alberto Giacometti, die jetzt gesammelt im Kunsthaus Zürich zu sehen sind.

Es gibt ein paar sehr berühmte Giacometti-Fotos. Da hat etwa Henri Cartier-Bresson 1961 in Paris einen Mann festgehalten, der den Mantel über den Kopf gezogen hat, während er die Rue d'Alsace auf den Zwecken des Fußgängerüberwegs im Regen überquert.

Aber was hier vor allem fasziniert, sind die Entdeckungen, reizvoll wie das Bild mit Beckett im Atelier von Georges Pierre, zwispaltig wie das Porträt von Yousouf Karsh. Während bei dem Atelierbild Giacometti den Linien, die seine Hand in die Luft zeichnet, mit den Augen vorausleuchtet und schon die fertige Figur zu sehen scheint, hängt Samuel Beckett's Blick skeptisch an der Hand des Künstlers, weil sie den Traum, den sie ausmacht, offenbar doch nicht erstehen lassen kann.

Es ist ein Foto, das zum Aus- und Fehldeuten verführt. Karsh's Porträt dagegen, für das er Giacometti's Kopf zwischen drei Modellen von kargen Stelen, die in einem Kopf enden, arrangierte, ist zwar fein ausgeleuchtet, doch so gekünstelt, daß es eher einen eliten Amateur wiederzugeben scheint.

Giacometti war, neben Picasso und Cézanne, einer der wenigen Künstler, deren Biographie sich in Fotografien nachzeichnen läßt, weil der Mann und sein Werk die Fotografen offenbar immer wieder reizten. Aber während sich Cézanne als Dandy überstülpte und Picasso als herrischer Regisseur stets selbst die Szene bestimmte, scheint Giacometti immer wie zufällig ins Bild geraten zu sein - ein Glücksfall so wohl für die Fotografen wie für die Nachwelt.

Sie war den Menschen wohlgefällig - Zum Tode von Elisabeth Bergner

Holder Knabe Wagenlenker

Sie war eine Jahrhundertfigur. Sie sumgah, so alt sie auch wurde, bis sie nun, fast 90jährig in London verstarb, das Charisma einer scheinbar unvergänglichen Jugend. Sie hatte, wenn immer sie auftrat, die rare Gabe, den Menschen wohlgefällig zu sein, sie direkt aus Herz zu greifen. Wer sie sah und sie zumal noch in den besten Zeiten ihrer Unerklärlichkeit erlebte - für den wurde sie der Inbegriff einer dezidierten, zarten, lieblich verheißenen, hochintelligenten Darstellerin, wie es ihresgleichen sonst keine gab. Sie war „die Bergner“. Sie war der „holder Knabe Wagenlenker“ aus Goethes Faust. Sie war die Inkarnation aller Shakespeares- und so vieler Strindberg-Frauen. Sie, wenn überhaupt eine, war eine prägend erkennbare Bühnenfigur, ein theatrales Wunder.

Im galizischen Teil der alten k. u. k. Monarchie war sie, drei Jahre, bevor unser Jahrhundert begann, geboren. Sie trübte es, blühend, zum Theater. Sie hat gelernt in Wien. Schon in den letzten Jahren des Ersten Weltkrieges stieg ihr Stern auf. Aus Zürich, wo sie ihre Lebensrolle, die Rosalinde in Shakespeares „Wie es euch gefällt“, zum ersten Male auf die Bretter zubereitete, verbreitete sich ihr junger Ruhm.

Als Alfred Polgar sie bei einem Wiener Gastspiel zum erstenmal sah, ging dieser poetischste unter den deutschen Kritikern sofort in die Knie. In seiner allerersten Jubelkritik trägt sie (irrigerweise) noch den Vornamen „Wilhelmine“. Bald sollte alle Welt wissen, daß sie Elisabeth hieß.

Falkenberg holte sie schnell an seine Münchner Kammertheater. Max Reinhardt lockte sie nach Berlin. Sie wirkte auf Anhieb wie ein zärtliches Wunderschöpf direkt aus dem Himmel. „Die Bergner“ war von Stund an ein liebes Ideal, sie war eine Glückseligkeit. Sie verkörperte, was immer sie spielte, eine Faszination, wie sie sonst in diesen Landen wohl keine sonst hatte ausstrahlen können.

Man lese nur nach, was Kurt Tucholsky, ihrer zum erstenmal (1922) ansichtig werdend, mit heißer Feder zu Papier gab: „Bergner! Bergner! rief die Galerie. Und wir, die wir dabei waren, nickten mit dem Kopf und segneten sie, betend, daß Gott sie erhalte, so jung, so schön, so hold. Und daß der Film ihr fern bleibe, und daß sie Berlin nicht aufgesuche.“

Sie wirkte tatsächlich wie ein modern kompliziertes Himmelsbild. Natürlich hat sie dann doch geflitzt. Aber das hat ihr (in den meisten Fäl-

len wenigstens) kaum geschadet. Jede ihrer großen Berliner Premieren war eine öffentliche Sensation - wenn sie Shaws „Heilige Johanna“ in Berlin aus der Taufe hob, wenn sie einen komplizierten O'Neill zauberisch verkörperte, wenn sie - neben Kortners Shylock - die wunderbar rechtende Portia war, unter Jürgen Fehlings Regie.

Sie hat Klavierspiel und dann gleich vollends zauberisch vorgespielt. Alle Mädchen kopierten, aus reiner Bergner-Verfallenheit, ihren singend-ziehenden Sprechton und ließen sich die Haare mit dem kurzen Pagenkopf und der Bergner-Locke frisieren. Nicht nur wir, die wir damals die Galeristen des Theaters füllten, holten uns einen reinlichen Rausch an ihrer holdseligen, schlagfertigen, zauberischen Erscheinung. Solchen Bühnenrumm hatte es vor dem nie gegeben. Diese kleine, zarte und so wunderbar selbstbewußte Kunstfigur war in ihrer Person das Ideal jener raren Jahre, die man heute die „goldenen Zwanziger“ nennt. Sie war eine ausgesprochen intelligente Glückseligkeit. Vergleichbares haben wir seitdem nicht erlebt.

Als die gestrenge Berliner Kritik schließlich begann, ihrer Außersordentlichkeit langsam müde zu werden und ihr gelegentlich „Manieriertheit“ angelastet wurde, als man begann, ihren Thron, wie Kritiker gerne tun, anzutasten - da ging sie, schon



Ein Wunderschöpf des Himmels: Elisabeth Bergner (1897-1986). FOTO: DIE WELT

1892, nach England. Sie lernte die Sprache. Sie begann, sozusagen aus Daffie, eine ganze neue Karriere. Und nun lag ihr London zu Füßen, genau wie einst Berlin.

Ein neuerlicher Bergner-Rausch befiel nun die kühlen Briten. So total war die allgemeine Hingenseit, daß sogar der damalige Kritikerpapst von der Themas, James Agate, (wieder sozusagen aus kritischem Widerstand) drucken ließ: Man solle auf seinen Grabstein setzen: Er sei der einzige gewesen, der im Angesicht der Bergner seinen klaren Kopf behalten habe. Er sei dieser große Circus, als einziger, nicht total verfallen.

Als der Zweite Weltkrieg begann, ging sie für einen Film nach Kanada. Sie blieb in Amerika. Sie arbeitete mit Brecht. Sie zeigte sich gelegentlich im Theater. Die große, dritte Karriere aber blieb aus. Als sie nach Kriegsende nach England zurückkehrte, um dort bis zu ihrem Tode in ihrem schönen Hause am Eaton Square zu wohnen, zeigten sich die moralischen Briten überheblicher. Sie ließen sie sozusagen ihre „Fahnenflucht“ vergelten. In London hat sie kaum wieder spielen können.

Aber sie kehrte, wenn auch gestweigt, immer wieder an den Ort ihrer frühen Triumphe zurück, nach Deutschland. Sie spielte O'Neills „Lange Reise“ unvergleichlich jugendlich. Sie trat in einem Stück von Rattigan auf. Sie wurde sofort wieder vom Publikum aus Herz genommen. Sie war wieder unbegreiflich süß, heizenhaft und hold besonders in „Geliebter Lügner“, darin sie, zusammen mit O. E. Hasse, Bernhard Shaws Briefwechsel mit der Schauspielerin Campbell-Patrick so bestrickend, so jugendlich und zauberisch, so wunderbar anmahnend verkörperte, daß der alte, seltsame Zauber walte - wie immer und je.

Sie hat noch einige Filme gedreht. Sie trat auch ein paarmal in Fernsehspielen auf. Sie zog sich zurück, hielt ihren vielen alten Freundschaften eine schier rare Treue. Sie nahm an allem, was in Deutschland und England künstlerisch geschah, geradezu stichig Anteil. Jetzt, da sie gestorben ist, bleibt ihre Zauberscheit für immer alterslos. Sie bleibt eine Jahrhundertfigur. Die heilige Zelle, die wir hier an dieser Stelle ihr zu jedem ihrer hohen Geburtstage aus Shakespeares Sonetten zugerufen haben - diese Zeilen gelten jetzt einer Unsterblichen: „To me, fair friend, you never shall be old“.

FRIEDRICH LUFT



Fabeln im Spiegelkabinett: Roderik Keating in der Wuppertaler Uraufführung von „Kyberiad“.

FOTO: THEO GRÖNE

Wuppertal: Krzysztof Meyers Oper „Kyberiad“

König Voluptatus' Vision

Unglaublich, was aus den toten sechziger Jahren so in Komponisten-Schubladen liegen blieb. Auf dem Höhepunkt der postmodernen, sonderlichen Periode, damals, als uns noch Stroboskoplampen und offene multimediale Formen entzückten, hat der damalige Nadia-Boulangers-Schüler, später Schostakowitsch-Biograph und heutige Komponistenverbandspräsident, Krzysztof Meyer, in einer Oper eigene Wege gesucht. Bis zu ihrer Uraufführung, nicht einmal in der Heimat, sondern in einer bemerkenswerten deutschen Textfassung von Jörg Morgener, dauerte es dann siebzehn Jahre.

Dabei hatte der 1943 geborene Krakauer Komponist Texte eines sehr berühmten Landsmannes vor sich: „Der Freund des Automathias“ und „Die Geschichte von den drei geschichtensammelnden Maschinen“ des Science-fiction-Autors Stanislaw Lem, der auch im Westen eine offene Lesergemeinde besitzt. Aus diesen Erzählungen ist eine dramaturgisch schlüssige Fabeltrilogie von Komponisten herauskristallisiert worden. „Meine drei Geschichten hab ich nun gehört“, könnte er wie Jacques Offenbach seinen Hauptdarsteller singen lassen, nur daß es sich hier nicht um Geliebte handelt; die Energien, die im 19. Jahrhundert noch erotisch verpufften, wenden wir ja inzwischen unseren Computern zu.

Insofern geht dann auch im zweiten Akt, wo es sexuell so richtig losgehen soll - denn dem guten König Voluptatus werden aus orientalischem, aufgetakelten Traum-schranken die tollsten Porno-Visionen geliefert - eigentlich alles schief. Technik, wo sie über Phantasie und Unwissen triumphieren konnte, wie im Staat der Vielzweifel, gerät in die Hände von Gier und Neid, und wo sie zum Überleben dienen mußte, wie im Fall des schiffbrüchigen Automathias, versagt sie kläglich.

Koblenz: Preisträger der „Salzbrand-Keramik '86“

Teufel auf den Töpfen

Das ist ein erster Preis, dem man ohne Wenn und Aber zustimmen kann. Die Töpfe von Bernhard Allroggen besitzen nicht nur die Tugenden, die man bei einem Preis für Salzbrand-Keramik erwartet, sie verbinden die Tugenden der traditionellen Form des Vorratsgefäßes mit Deckel in einer gleichmäßigen, aber nicht monotonen hellbraunen Glasur mit Gestaltungsmannern, die unübersehbar ihre Gegenwärtigkeit signalisieren.

Überhaupt fällt bei dem von der Handwerkskammer Koblenz alle drei Jahre und nun zum drittenmal ausgeschriebenen Preis „Salzbrand-Keramik '86“ auf, daß die Töpfer die Überlieferungen wieder stärker auf sich wirken läßt, während das wilde Experimentieren, bei dem - besonders bei der sogenannten freien Keramik - oft die von Ton und Brand gesetzten Grenzen mißachtet wurden, offenbar nachgelassen hat. Das läßt jedenfalls die Ausstellung in der Galerie Handwerk Koblenz erkennen.

Denn dort sind nicht nur die preisgekrönten Arbeiten zu sehen, sondern die aller Bewerber. Neben dem ersten Preis an Bernhard Allroggen wurden noch vier Sonderpreise an Stefan Eismann aus Österreich, Bente Hansen aus Dänemark, Gerhard Hamble aus Deutschland und David Müller aus Frankreich vergeben. Insgesamt hatten sich fast zweihundert Töpfer aus zwanzig Ländern um den Preis beworben.

Die Bedingungen waren denkbar weit ausgelegt. Es genigte die Versicherung, daß das Gefäß oder Objekt im Salzbrand-Verfahren hergestellt wurde. Die Oberflächen beschränkten sich deshalb nicht nur auf die üblichen Grautöne mit blauer Bemalung (wie bei der traditionellen Westerwälder Keramik) oder die Braun-

Wenn die erotischen Visionen des zweiten Aktes (mitsamt der seit 500 Jahren toten Geliebten) eine Art verkürzten, trivialisierten „Faust zweidarmen“, ist die Wuppertaler Bühne (Inszenierung: Friedrich Meyer-Oertel, Bühne und Kostüme: Hanna Jordan) dabei einen wichtigen Schritt mitgegangen: den Schritt zurück zum Puppenspiel. Die Prinzessin Hopalla ist eine Marionette, die Fürstin Adorata eine verführerische Stockpuppe. Olympia? Aber nein: Krzysztof Meyers Erzählungen bewegen sich ja im 20. Jahrhundert mit seiner Lust an der Nüchternheit.

Eine andere Frage ist freilich, was der Erzähler Meyer musikalisch anstellt, und das hat eigentlich nichts mit abgelebten Formeln zu tun, sondern wirkt taufisch. Bei allen objektifizierenden Mitteln - Eintonungspegelungen, verselbständigte Schlagzeug zur Illustration - währt die Musik ein für die sechziger Jahre bemerkenswerten Zug zur naturalistischen Gestik, der sich dann im letzten Bild ganz konsequent zur musikalischen Reduktion verstärkt. Schachspielartig werden neue Momente ins Spiel gebracht: Matthäuspaukenklänge konfrontiert mit trivialen Rassen, auf einmal kommen Streicherpizzicati auf und eröffnen eine neue dramatische Domäne.

Dem schiffbrüchigen Helden raten seine Computerstimmen, in maskierter Organtextur, er möge sich erheben, um die Qual abzukürzen, aber er will nicht, will leben, schlägt die Organtextur tot. Und ein entzückendes Modellschiff kommt ihm schließlich retten.

Die Wuppertaler Uraufführung, musikalisch geleitet von Jean-François Monnard, überzeugt in all diesen überlegten szenischen Details, in ihrer Bilsprache, die frei von Routine bleibt.

DETLEF GOJOWY

Nächste Vorstellungen: 14., 20., 31. Mai, Kartenbestellungen: 0261/503 42 30

JOURNAL

Bachs Gesamtwerk in der Datenverarbeitung

DW, Kassel
„Bach Database“ nennt sich ein Pilotprojekt, das derzeit an der Harvard University realisiert wird. Es stützt sich auf die Ergebnisse, die Walter B. Hewlett an seinem Center for Computer Assisted Research in the Humanities im kalifornischen Menlo Park erarbeitet hat. Die Bach-Datenspeicherung ermöglicht nicht nur Ausarbeitungen bisher fast unlösbarer musikwissenschaftlicher Fragestellungen wie etwa zur Zahlensymbolik im Bachschen Spätwerk, sondern auch den problemlosen Computerdruck von Noten. Das Projekt findet die Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern der Neuen Bach-Ausgabe, die derzeit in Leipzig und Kassel entsteht.

Fränkische Festwoche der Bayerischen Staatstheater

DW, Bayreuth
Mit Richard Straussens Oper „Ariadne auf Naxos“ unter Wolfgang Sawallisch, Edward Albees Schauspiel „Wer hat Angst vor Virginia Woolf?“ in der Regie von August Everding sowie einem Ballettabend mit Choreographien von Balanchine und MacMillan gastieren die Münchner Staatstheater dieses Jahr im Markgräflichen Opernhaus von Bayreuth. Diese „Fränkische Festwoche“ findet statt vom 23. bis 31. Mai.

Brühler Schloßkonzerte: „Festwoche Amadeus“

DW, Brühl
Werke, die Wolfgang Amadeus Mozart im Jahre 1786 komponiert hat, bilden den Inhalt einer „Festwoche Amadeus '86“ im Rahmen der diesjährigen Konzerte auf Schloß Augustusburg in Brühl bei Köln. Zu den Werken um die Köchel-Verzeichnis-Nummer 500 herum gehören etwa die Prager Sinfonie, die Klavierkonzerte A-Dur KV 488, c-Moll KV 491 und C-Dur KV 503. Die Festwoche ist angeordnet vom 11. bis zum 20. Juli. Der Jahreszyklus der Konzerte im Balthasar-Neumann-Treppenhause beginnt am kommenden Wochenende.

Geschichte des S. Fischer Verlags

dpa, Berlin
Die Geschichte des S. Fischer Verlags von ihren Anfängen 1886 in Berlin bis zur Rückkehr aus dem Exil und der Konsolidierung des neuen Verlags 1950 in Frankfurt am Main präsentiert zur Zeit die Berliner Akademie der Künste. Die Schau, die bis 6. Juli in Berlin und danach in Frankfurt zu sehen ist, wurde vom Literaturarchiv in Marbach zusammengestellt.

Faksimile-Ausgabe einer Mahler-Symphonie

dpa, London
Ein Nachdruck des Original-Manuskripts von Gustav Mahlers Symphonie Nr. 3 in c-Moll („Auferstehung“) ist anlässlich des 75. Todestages des Komponisten von der Kaplan Stiftung in New York veröffentlicht worden. Es ist das erste Mal, daß eine Faksimile-Ausgabe einer vollständigen Mahler-Symphonie veröffentlicht wird.

Friedrich der Große als Kunstsammler

dpa, Berlin
Zum 200. Todestag Friedrichs des Großen wird die Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten in Potsdam am 19. Juli eine Ausstellung „Friedrichs Verhältnis zur Kunst“ eröffnen. Im südlichen Teil des Neuen Palais im Park von Sanssouci sollen 400 Objekte gezeigt werden, die aus 20 Museen der „DDR“ stammen.

Sinfonieorchester gegen Gagenerhöhung

APF, Zürich
Gegen die weitere Erhöhung der Gagen von Dirigenten und Solisten haben sich die europäischen Sinfonieorchester ausgesprochen, deren 6. Jahreskonferenz in Zürich stattfand. In einem Appell heißt es, weder die Orchester noch die Subventionszahl der öffentlichen Hand könnten weitere Erhöhungen hinnehmen, „besonders wegen der wachsenden Teilnahme junger Menschen am Musikleben“.

Otto Grotewohls künstlerisches Schaffen

AP, Berlin
Eine Ausstellung mit „Arbeiten aus dem künstlerischen Schaffen“ Otto Grotewohls, des langjährigen ersten Ministerpräsidenten der „DDR“, wird gegenwärtig in Hoyerswerda im Bezirk Cottbus gezeigt. 30 Aquarelle, Zeichnungen und Gemälde Grotewohls sind zu sehen, die er in der Zeit zwischen dem Ersten Weltkrieg und 1950 schuf. Während der Verfolgung durch die Nationalsozialisten habe Grotewohl sich eine neue Existenz aufbauen müssen und versucht, Bleistiftzeichnungen und Porträts gegen Honorar zu verkaufen, heißt es dazu.

Der Triumphzug: Vladimir Horowitz in Hamburg

In alter Herrlichkeit

Das gibt es wahrhaftig nicht alle Tage. Kaum hatte der 81jährige Vladimir Horowitz das Podium der Hamburger Musikhalle betreten und war, mit wackeligem Schritt und ruckelnden Armbewegungen, auf seinen Steinweg zugestiegen, erhob sich das Publikum und setzte zu minutenlangen Standing Ovationen an, noch ehe ein einziger Ton erklungen war. Eine Geste respektvoller Verehrung für einen der ganz Großen der Kunst, der noch einmal aufgetreten ist, um nach Konzerten in seiner russischen Heimat nun auch den deutschen Pianomanen zu zeigen, was es mit der legendären russisch-romantischen Klavierschule auf sich hat, als deren letzter, bedeutendster Vertreter er gefeiert wird.

Und sein Konzert in der Hansestadt, wohin er auf seiner nostalgisch-verzückten Suche nach der verlorenen Jugendzeit und seinen spektakulären Triumpfen nach mehr als einem halben Jahrhundert erstmals wieder zurückgekehrt war, wurde denn auch zu einer bewegenden Manifestation großer alter Virtuosen-Macht und Herrlichkeit, jenseits aller phänomenalen manuellen und interpretatorischen Kraft, die heute nur leicht gedämpft erscheint durch kleine Schwächen und Nervosität und eine nicht mehr ganz so besessene Donner-Gebärde.

Der alte Taster-Löwe hatte sich sein Programm aber auch mit gewitztem Kalkül zusammengestellt, es freilich kurzfristig geändert, um seinem alten Freund und Mentor Rachmaninov noch einmal die Ehre zu geben. Aber an den Beginn seines Hamburger Nachmittagskonzerts setzte er doch, unendlich einnehmend, einen, den er in schwärmerischer Liebe verbunden ist: Scarlatti, den man - wie Kirkpatrick treffend gefordert hat - mit warmer, phantasievoller, ja sogar romantischer Aufgeschlossenheit spielen muß, um ihn wirklich nahekommen.

Und mit welcher betörender Delikatess des Anschlags, mit welchem Artikulationsrefinement, mit welcher tänzerischer Grazie spielte Horowitz denn auch drei seiner Sonaten: das h-Moll-Andante L. 33 mit einer fast schmerzlichen Versunkenheit, die das Stück ganz heraus aus vordergründiger Brillanz und es in pianissimo-Regionen führte, deren Melancholien nicht aus dem 18., sondern aus unserem heiklen 20. Jahrhundert gespeist schienen. So zauberisch, so eigenwillig hingetupft kann man Scarlatti nur von Horowitz hören. Ein unvergeßlicher Augenblick.

Joel Schumachers Jugendfilm „St. Elmo's Fire“

Liebe, Sinn des Lebens

In den USA gibt es eine ansehnliche Tradition von Filmen über das Erwachsenwerden. Den Trend für die zweite Hälfte der fünfziger Jahre und darüber hinaus setzte „Denn wir wissen nicht, was sie tun“ mit einem Rebellentum, das uns heute nur noch sentimental vorkommt. Ende der Sechziger stiftete „Easy Rider“ eine Unzahl von Epigonen zu blumigen Ausflüßer-Romanzen an. Und dann kam Peter Bogdanovichs „Last Picture Show“ und traf den Ton, der heute noch die Musik macht, wenn in Hollywood Studios Jugendliche selbständig werden: Melancholie.

Einmal Anbruch, dann Ausbruch, eine Mischung aus biedermeierlicher (nicht unbedingt biederer) Bescheidenheit und illusionslosem Pragmatismus. Die sieben jungen Leute, die Joel Schumacher in „St. Elmo's Fire“ erwachsen werden läßt, sollen das Lebensgefühl ihrer Generation verkörpern.

Sie sind darum weniger Individuen als Typen. Man merkt ihnen die Absicht des Regisseurs an und ist ein wenig verstört. Jeder im anvisierten Publikum soll sein alter ego auf der Leinwand entdecken. Das wird zur untragbaren Last des Filmes. Vom Bestreben, gleich sieben Lebensläufe in einer entscheidenden Phase zu zeigen, sind vorwiegend Schnittfehler geblieben.

Drei Frauen, vier Männer, alle Anfang zwanzig. Wir sehen einen Schüßler, der für seine Karriere seine politische Überzeugung verkauft. Seine designierte Ehefrau, die keine Lust zur Heirat hat und schließlich auch einen anderen findet. Einen Musiker, der leider bereits Vater ist und sich der Verantwortung allenthalben zu entziehen sucht. Eine Nymphomane, die auf Kredit in Saus und Braus lebt und am Ende das Leben satt hat. Einen Jungenwahl,

der viel herumprobt und wenig erreicht. Eine Tochter aus gutem Hause, die sich als Sozialarbeiterin engagiert und über ihre Jungfräulichkeit betrübt ist. Einen Schriftsteller, der über den Sinn des Lebens grübelt und ihn zu guter Letzt in der Liebe findet.

Die sieben kennen sich von College und fühlen sich in der Gruppe überaus wohl. Mit viel Juchhe fahren sie durch die Straßen anfeuern sich in „St. Elmo's Bar“. Wir sehen sie am Arbeitsplatz oder in der frisch bezogenen Wohnung, bei den Eltern oder im Waschsalon. Wir sehen die Posen, die sie zur Schau tragen, und hören die wahrhaftigen Selbstzweifel, die sie in Zwiegesprächen erläutern. Wer zu Beginn des Filmes besonders sicher auftritt, ist am Ende in seiner Selbstgewißheit erschüttert und umgekehrt. Das Elmsfeuer, das im Titel zitiert wird - jene zuckende elektrische Erscheinung also, die an Bäumen oder Schiffsmasten vor allem unsere physikunkundigen Vorfahren beunruhigte - steht auch hier bald für Gutes, bald für Schlechtes. Auf jeden Fall für Unruhe.

Die ergibt sich auch aus dem Bildschnitt. Sehr schnell wird von Person zu Person, von Schauplatz zu Schauplatz gewechselt. Und da für keinen Zeit bleibt, wird auch keiner wirklich interessant. Da nicht dramatische Verwicklungen geknüpft, sondern Stationen der Selbstfindung abgehandelt werden, ist der Film auch nicht sehr spannend. Wer soll ihn sehen? Niemand, der älter als 25 ist. Obwohl die Figuren sich oft genug wie abgewerkte Endvierziger benehmen. Sie propagieren einen Lebensstil aus Partyreiß und Whisky pur. Aber auch Zuschauern unter 25 dürfte er darum kaum die Identitätshilfen geben, die er verspricht.

DIETMAR BITTRICH

KULTURNOTIZEN

Alfred Schnittkes Cellokonzert, ein Kompositionsauftrag der Münchner Philharmoniker, wurde jetzt mit der Solistin Natalja Gutman in der Münchner Philharmonie mit großem Erfolg uraufgeführt.

„Werner Egk und die Folklore“ ist der Titel einer Ausstellung in der Musiksammlung der Bayerischen Staatsbibliothek in München (bis 11. Juli).

Pierre Georget wurde zum neuen Direktor des Picasso-Museums in Paris ernannt.

Die Rolle der Kunstakademien in

der Bundesrepublik soll erstmals auf einem Kongreß vom 29. Mai bis zum 1. Juni in Karlsruhe einer Bestandsaufnahme unterzogen werden.

Andy Warhols Porträts der vier in der Welt noch regierenden Königinnen werden bis 1. Juni in der niederländischen Stadt Apeldoorn gezeigt.

Kenneth Callahan, amerikanischer Maler, den u. a. das Metropolitan Museum, das Guggenheim Museum und das Museum of Modern Arts in New York ausstellte, starb im Alter von 81 Jahren in Seattle.

Weizsäcker in der „Plötze“

Bundespräsident besucht Berliner Jugendgefängnis / Jeden mit Handschlag begrüßt

DIETER DOSE, Berlin
Mehr Geld und mehr Fernsehen. Wunsche jugendlicher Häftlinge an Bundespräsident Richard von Weizsäcker, vorgebracht in der Berliner Strafvollzugsanstalt Plötzensee. Es war der erste Besuch des Bundespräsidenten in einem Jugendgefängnis, nachdem er im vergangenen Jahr dem „Knaist“ im nordbayerischen Straubing eine Visite abgestattet hatte.

Locker, auch diesen nicht alltäglichen Partnern gegenüber bürgerlich, gab sich der Bundespräsident. Begrüßte jeden mit Handschlag. „Ich bin nicht gekommen, um Ihnen Vorwürfe zu machen. Ich will etwas über den Alltag hier wissen“, leitete er sein Gespräch mit Häftlingen ein.

Den späten Krimi würden die Häftlinge manchmal abends nicht gern sehen. „Wir finden es nicht gut, daß im Gemeinschaftsraum der Fernseher um 21.00 Uhr abgeschaltet wird“, sagte einer. Der Durchschnittsverdienst von fünf Mark in den verschiedenen Lehr- und Ausbildungswerkstätten sei zu niedrig. „Ungerecht ist, daß einer mit abgeschlossener Lehre

ebensoviel verdient wie ein Anfänger“, kritisierte ein anderer.

Die „Plötze“, früher Männer-Haftanstalt, ist 110 Jahre alt. Keine Zelle frei in dem roten Backsteingemäuer. 320 Häftlinge sind hier untergebracht – 80 Prozent von ihnen haben Drogenprobleme, jeder zweite war bei Straftat alkoholabhängig. Deshalb interessierte den Bundespräsidenten besonders, welche Maßnahmen zur Resozialisierung ergriffen werden.

Die gibt es jetzt schon, sie sollen aber vom nächsten Jahr an wesentlich erweitert werden. Dann zieht die Haftanstalt in einen modernen Neubau für 108 Millionen Mark direkt neben dem Altbau. Zwar weiter in Einzelzellen untergebracht, aber zu Wohngruppen zusammengefaßt, so daß wesentlich bessere therapeutische Arbeit von Psychologen, Pädagogen und Sozialarbeitern geleistet werden kann.

In den neuen Zellen kein Kübel mehr neben dem Bett. Ein durch eine Tür abgetrennter Raum mit Toilette und Waschbecken. „Ein moder-

ner Strafvollzug ist in unser aller Interesse“, stellte Richard von Weizsäcker fest. „Entlassene Straftäter dürfen nicht durch Chancenlosigkeit noch einmal bestraft werden.“

Deshalb galt sein besonderes Interesse den Werkstätten, in denen die Häftlinge eine Ausbildung beginnen, je nach Strafdauer auch beenden oder fortsetzen können. „Für Schlosser und Mechaniker sind nach Strafvollzug die Berufschancen gut“, erfuhr der Bundespräsident von der Anstaltsleitung. „Hier lernt man mehr als draußen“, bestätigte ihm ein 19-jähriger Häftling.

Rund 30 Prozent der Insassen sind Ausländer. Richard von Weizsäcker sprach auch mit einem 21-jährigen. Sechs Jahre Haft, die Hälfte verbüßt. Er stammt aus Ankara. „Dort bin ich in zwei Wochen“, sagte Richard von Weizsäcker. „Kann ich dort für Sie etwas tun?“ Aber der junge Häftling hatte keinen Wunsch. Er würde gern mal „Ausgang aus der Plötze“ haben, aber den kann auch der Bundespräsident nicht erwirken.

Bademode '86 – betonte Figur als Blickfang bei Bikinis und Einteilern



Keine Bonge mehr am Strand mit Oppigen Phantasien. Die Bademode dieses Sommers versteckt die durch elastische Trichter, ohne die weibliche Linie zu unterbrechen. Raffinierte Schlingenteile und Forbefeile beim Zweiteiler. Raffinierte Einteiler machen es möglich. Beide Modelle aus dem Hause „JE SUIS“

FOTOS: DPA

Urteil: Frösche dürfen im Garten quaken

AP, Schleswig
Ein tierfreundliches Urteil hat das Oberlandesgericht Schleswig im sogenannten Frösch-Prozess gesprochen. Der Fünfte Zivilsenat entschied, daß ein Elektromechaniker aus Westerland die Frösche im Vorgarten-Teich behalten darf. Nachbarn hatten sich über das Gequaken der vier grünen Wasserfrösche beschwert und dagegen geklagt. In der Urteilsbegründung hieß es: Die Schallemission werde von den Nachbarn lediglich als subjektiv hoch empfunden, habe sich aber im örtlichen Rahmen und sei zu dulden.

Bauer hat drei Frauen

AFP, Posadas
Der 41-jährige argentinische Landwirt Juan Rojas lebt mit drei Frauen, mit denen er 24 Kinder hat. Wie das argentinische Fernsehen berichtete, wohnen die drei deutschstämmigen Schwestern Ana, Erika und Luisa Decherin in Campogrande in der Provinz Misiones in zwei Häusern auf dem abgeschiedenen Bauernhof von Rojas. Ana schenkte ihm zehn Kinder, Erika sechs und Luisa acht. Das Zusammenleben soll in friedlicher Eintracht ohne jede Eifersucht vonstatten gehen.

In Truhe erstickt

dpa, Simsdorf
Zu einem tödlichen Gefängnis wurde für einen zwölfjährigen Buben aus Simsdorf im Landkreis Cham eine Ziertruhe in der eiterischen Wohnung. Nach Angaben der Polizei war das Kind bereits am Freitag nachmittag zum letzten Mal gesehen und erst nach stundenlangem Suchen von Eltern und Polizei leblos in der Kiste gefunden worden. Der Junge ist vermutlich beim Spielen in die Truhe geklettert und nach dem Zuklappen des Deckels erstickt.

Im Streifenwagen davon

dpa, Tuttlingen
Mit dem Streifenwagen der Polizei, die einen von ihm verursachten Unfall aufnehmen wollten, machte sich am Wochenende ein 23-jähriger Mann aus dem Staub. Während die Beamten sich noch um den Unfall bei Tuttlingen (Kreis Sigmaringen) kümmerten, sprang der vermutlich unter Alkoholeinfluß stehende Mann in den Polizeihubschrauber und brauste davon. Knapp einen Tag dauerte es, bis ein Polizeihubschrauber den Streifenwagen auf einem Waldweg wiederfand.

Manchmal blitzt der alte Mythos auf

Joe Cocker auf Deutschland-Tournee / Publikum erwartet mehr von ihm / Viel Routine

A. SCHMITZ, Hamburg
Noch immer verdröhrt er beim Singen die Hände an den etwas zu kurz wirkenden Armen, ein seltsames Körperkauerdrehen, wie er selber weiß: Joe Cocker, unpräzise, ein bißchen Typ Seebär ohne Schauer-mannshemd, „sachlich“, lakonisch in der Ansprache seines Publikums – ein unglaublich Naturereignis. Das betrifft ihn selbst, aber nicht seine Musik unter freiem Himmel in Hamburgs Stadtpark-Freilichtbühne – zum Großteil jedenfalls.

Gewiß, wenn der 42-jährige Engländer aus Sheffield, der Ray Charles als sein wichtigstes Vorbild nennt, seine kraftvolle, immer raube Stimme in Balladen hineinwölft, seine Sprachschmelzungen und „dirty notes“ über herzerweichende Subdominanten, Moll-Parallelen und Medianten legt, dann geht das nach wie vor aus Herz, gewiß auch an das eines Publikums, das auf sich halten kann, über alle anglo-amerikanischen Musik-Balladiten erhaben zu sein.

Der Rest aber erzeugt den höflichen Beifall von Nostalgiekern, mehr nicht. Denn was da über wummern-

den Rhythmus'n'Blues-Rhythmen, kleinen, jazzigen Keyboard-Arabisken oder reggae-ähnlichen Konzeptionen an Ticks gesanglich herüberkommt, das gehört insgesamt in den großen Karton mit der Aufschrift „Routine“.

Und die beiden kleinen farbigen Chordamen, die links neben Cocker fünf bis sechs Instrumentalisten tänzeln, helfen auch nicht gerade, diesen Eindruck zu vertuschen. Nur wenn diese Studioprofis dem Briten die



Joe Cocker in Aktion
FOTO: FRANZ E. MÜLLER

richtigen Harmonie-Folgen hinwerfen, dann blitzt immer noch mal wieder etwas vom alten Cocker-Mythos auf.

Insgesamt aber ist das zu wenig für einen Mann, der es sich nicht leisten kann, von den Lorbeeren vergangener Tage zu zehren. Sein Publikum hat einen langen Atem, es erwartet mehr von ihm. Vielleicht macht ihm dieser Druck zu schaffen.

The Monaco Blues Band, die Vorgruppe, hatte zudem das Ihre noch dazugetan, die Melodie der Erwartungen schön hoch zu legen: Vier schwarzgekleidete Herren aus Skandinavien in der Standardbesetzung alter „guitar groups“ boten da nämlich eine Show, deren Kraft, Biß, Tempo und Einfallreichtum eine Stunde lang für mehr als bloße Kurzweil sorgten. Nach so viel Spontaneität mußte es ein Joe Cocker denn doch schwer haben.

Tourneedaten: 13.5. München, 14.5. Ludwigshafen, 17.5. Heilbronn, 20.5. Kassel, 21.5. Hannover, 23.5. Düsseldorf, 24.5. Dortmund, 25.5. Bremen, 27.5. Osnabrück, 28.5. Kiel und 30.5. Berlin

Variationen für eine Nixe

Wieder einmal haben die Bademoden-Macher in die Trickkiste gegriffen, um mit einem Minimum an Stoff den weiblichen Körper attraktiv zu bekleiden und seine Linien zu unterstreichen. Dazu gehören in diesem Sommer Raffungen, die überflüssige Fülle wenigstens optisch verschwinden lassen, raffierte „Hals“-Ausschnitte bis zum Bauchnabel, hinten bis zum Kreuz, zur Taille hochgezogene Beinausschnitte, aber auch Corsagen und schärferartige Gürtel als Blickfang.

Bisher stand die quälende Frage im Vordergrund: Soll es ein Einteiler sein oder ein Bikini? Jetzt sind die Unterschiede verwischt. Zwitter wie Monokini tauchen auf. Er besteht zwar aus einem Stück, aber läßt nicht weniger Haut sehen als die sprichwörtliche Dreiecke des Bikini im Tanga- und Triangelsschnitt.

Beim Design kennen die Modemacher keine Gnade. Grundfarben sind Schwarz und Weiß in Verbindung mit „leuchtenden Vibrationen“ von

Pink, Lachs, Orange, Grün, Rot, Türkis und Zitronengelb. Auf diesem klaren Grund treten die Drucke, Blumen, Früchte, geometrische Flächen, Kritz- und Wellendessins, Streifen und Punkte, pointiert hervor.

Will man es den Töchtern Neptuns gleichtun, streife man eine Fischhaut über, wähle Anzüge mit goldenen und silbernen Pailletten, mit schillernden und glitzernden Oberflächen in fluoreszierenden Farben. Gelackte und metallisch leuchtend gibt dann die Badenixe nicht nur im Wasser, sondern auch am Strand eine glänzende Erscheinung ab.

Geht der eine Trend dahin, so wenig Stoff wie möglich zu benutzen, so schlägt eine andere Welle wieder zurück: Brave Turnhemd-Ausschnitte, breite Träger, gerade Beinausschnitte, Rückeneffekt, Oberteile, die bis zur Taille reichen, sind letzter Schrei. Im Zeichen der neuen Feminität stehen Corsets und Spitzen. Der verspielte oder sportliche Anzug zum Schwimmen und Sonnen wird für

die Promenade, das Cafe auf der Piazza oder die Party am Abend durch eine Tunika, ein um den Körper geknotetes Tuch oder ein transparentes Chiffon-Hemd eher ent- als verhüllend vervollständigt. In Frötschhosen und Bademänteln, ärmel- und knopfbetont, mit großen Kragen, ist man selbst vor stärkeren Brisen geschützt. Hinzu kommen voluminöse Strandjacken.

Die Designer haben auf Stilelemente der 60er Jahre zurückgegriffen, auch wenn sie die Linie „futuristisch“ nennen. Kurz und knapp sind die Rückchen der Strandanzüge, manchmal Bändern gleich und abnehmbar wie ein Lendenschurz. Sie können über Badeanzüge getragen werden oder als Höschen eines Zweiteilers dienen. Ihre klaren Schnittlinien wirken wie auf dem Reißbrett entworfen und betonen durch den Kontrast die weibliche Figur, die zu unterstreichen ja der tiefere Sinn der neuen Bademode ist. Man darf auf den Sommer gespannt sein. R. Z.

Nun kommt auch der Spargel ins Gerede

PETER SCHMALZ, München

„Der Spargel ist jetzt ein Renner“, heist die junge Brigitte Meier vom Blatt, denn erstens hat ihr Nachbar, der bayerische Landwirtschaftsminister Hans Eisenmann, soeben die Spargelaison in München eröffnet, und zweitens reimt sich Renner so schön aufs letzte Wort der nächsten Zeile, das „Kenner“ lautet. Nur viertens ist die Satzaussage falsch: Denn der Spargel, von den Anbauern und Händlern gerne auch als „königliches Gemüse“ apostrophiert und vielleicht auch deshalb üblicherweise zu Preisen angeboten, als werde er in Gold aufgewogen, kann sich in diesem Jahr nicht in die Gunst der Verbraucher schmeicheln.

Am vergangenen Samstag blieb die Hälfte der aus deutscher Erde frisch gestochenen weißen Stangen in der Münchner Großmarkthalle, dem größten deutschen Gemüseumschlagplatz, unbesetzt liegen.

Vielleicht, so hofft Sepp Pflekl als Chef der süddeutschen Spargelerzeugergemeinschaft, wird der Samstag-Spargel am darauffolgenden Montag noch gekauft, weil er aber sicher nur deswegen sagt, weil er das vor ihm liegende gelbe Blatt nicht ganz gelesen hat, in dem der bayerische Landwirtschaftsminister auf der zweiten Seite schreiben läßt, beim Einkauf sollte man auf frische Ware achten. Immerhin, so kalkuliert Spar-

gel-Experte Pflekl aus dem bayerischen Spargelgebiet Schrobenehausen, würden allein die Anbauer im Freistaat täglich 100 000 Mark Einnahmen einbüßen. Ob und wieviel Entschädigungen man vom Staat fordern werde, sei noch nicht geklärt.

Denn daß den deutschen Feinschmeckern der Appetit auf das Gemüse vergangen ist, von dem schon die Römer schwärmten, es schmeichele dem Gaumen, hat seine Ursache natürlich auch im russischen Tschernobyl und der unsichtbaren Wolke, die vor allem süddeutsche Felder und Wiesen zum Strahlen brachte. Seither müssen Gemüsebauern den im Freistaat gezogenen Salat und Spinat unterpflegen und in München wurden sogar drei Gemüsehändler wegen „fährlicher Körperverletzung“ angezeigt, weil sie zu stark strahlenden Salat feilboten.

Dabei ist der Spargel völlig zu Unrecht ins Gerede gekommen, meint Minister Eisenmann und legt die jüngsten Untersuchungsberichte vor. Mit neun Becquerel radioaktivem Jod 131 liegt der unter der Erde gewachsene Bleichspargel weit unter dem Gemüserichtwert der Strahlenschutzkommission von 250 Becquerel. Nur der Grünspargel, der mit seinen Spitzen schon in die Sonne geblüht hat, kommt auf 99 Becquerel.

Dauert die Zurückhaltung der Käufer noch einige Wochen an, wird 1986 zum Katastrophenjahr der deutschen Spargelbauern, denn ihre Sai-

son ist ohnehin kurz: Mitte Mai beginnt die Stochzeit in den hügelligen Sandfeldern und endet bereits am Johannistag, dem 24. Juni. Bis dahin werden auf den deutschen Feldern – Bayern liegt dabei hinter Niedersachsen, Hessen und Baden-Württemberg erst auf dem vierten Platz – gut 14 000 Tonnen Spargel gestochen sein, womit allerdings auch in normalen Jahren nur knapp ein Drittel des bundesweiten Spargelumsatzes gedeckt werden kann. Weitere 20 000 Tonnen müssen importiert werden, die Hälfte davon aus Frankreich.

Natürlich kannten ihn schon die geschmacklichen Ägypter, Griechen und Römer, lange galt er als Heilpflanze gegen Magen-, Darm- und Leberkrankheiten. In Deutschland tauchte er erst spät auf, genau 1587 erstmals im Stuttgarter Lustgarten. Daß er bald auch in den Ruf kam, müde Männer munter zu machen, verdankt er wohl eher seiner Ähnlichkeit mit einem markanten männlichen Körperbau als seinem biologischen Gehalt, obwohl auch letzterer nicht zu verachten ist.

Entscheidend wirkende Asparaginsäure und ein hoher Gehalt an Vitamin C machen ihn zur lukullischen Frühjahrskur. Mineralstoffe wie Kalium und Calcium bauen Knochen und Nerven auf, und eine minimale Anzahl von Kalorien lassen ihn auch für Linienbewußte zum Genuß ohne Reue werden.

Ex-Geliebte verhaftet

dpa, München
Knapp fünf Jahre nach dem ersten Urteil im Mordprozeß gegen den Österreicher Elmar Schürmer hat der 45-jährige ehemalige Hotelkaufmann jetzt seine Ex-Geliebte Helmut Ingeborg Gill der Mittäterschaft bezichtigt. Frau Gill ist verhaftet und dem Ermittlungsrichter vorgeführt worden. Schürmer war 1983 wegen Lustmordes an der Sekretärin Sonnhilde Wierold (35) und der Unternehmerin Karin Schubert-König (41) zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt worden.

Ölpest in Finnland

rtt, Helsinki
Ein mehrere Kilometer langer Ölteppich hat die Küsten am Finnischen Meerbusen versucht. Die Ursache für die Ölpest dürfte in der Sowjetunion liegen. Die finnische Küstenschutz teilte mit, Arbeitstruppen seien zu den Stränden im Süden des Landes entsandt worden. Nachdem sich der Wind gedreht habe, drifteten weitere Ölteppiche auf Finnland zu.

ZU GUTER LETZT

„Nach Angaben der Polizei wurden in einem privaten Klub die von Kugeln durchschlagenen Leichen von drei Männern und einer Frau gefunden. Alle fünf Opfer waren den Behörden wegen Rauschgiftdelikten und anderer krimineller Taten bekannt.“ (Es stand in der WELT.)

WETTER: Warm

Lage: Kaltfront eines Tiefs bei den Britischen Inseln kommt langsam südostwärts voran. Im Süden Hochdruckeinfluß, wobei warme Luftmassen wetterbestimmend sind.

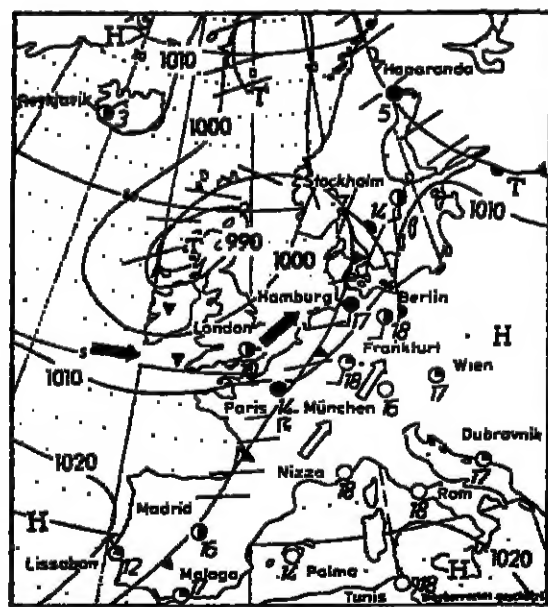
Vorhersage für Dienstag: Im Nordwesten regnerisch, Temperaturen bei 17 Grad. Sonst anfangs nur gering bewölkt, im Tagesverlauf von Nordwesten her Eintrübung. Ab Nachmittag Schauer oder Gewitter. Temperaturen um 22, nach Südosten

noch wärmer, nachts 14 bis 10 Grad. Schwächer bis mäßiger, in Gewitternähe böig aufräuscher Wind aus Süd bis Südwest.

Weitere Aussichten: Wechselhaft und leichter Temperaturrückgang, nur im Südosten noch sehr warm.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 5.33 Uhr, Untergang: 21.04 Uhr, Mondanfang: 8.57 Uhr, Untergang: 1.58 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 15. Mai, 8 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:	Paris	Wien
Berlin 18	Paris 20	Wien 20
Bielefeld 18	Helsinki 10	Wien 20
Braunschweig 18	Stockholm 10	Wien 20
Bremen 18	Moskau 10	Wien 20
Dortmund 18	Kairo 28	Wien 20
Dresden 18	Klagenfurt 18	Wien 20
Düsseldorf 18	Köln 18	Wien 20
Erfurt 18	Kopenhagen 18	Wien 20
Feldberg/S. 18	Kortu 22	Wien 20
Freiburg 18	Las Palmas 22	Wien 20
Frankfurt/M. 18	London 18	Wien 20
Garmisch 18	Lissabon 22	Wien 20
Greifswald 18	Luxemburg 22	Wien 20
Hamburg 18	Madrid 22	Wien 20
Kahle Auen 18	Los Angeles 18	Wien 20
Kassel 18	Luzern 18	Wien 20
Kempten 18	Mailand 22	Wien 20
Kiel 18	Málaga 22	Wien 20
Koblenz 18	Mailand 22	Wien 20
Köln-Bonn 18	Moskau 10	Wien 20
Konstanz 18	New York 10	Wien 20
Leipzig 18	Nizza 18	Wien 20
Lübeck 18	Ostende 18	Wien 20
Mannheim 18	Paris 20	Wien 20
München 18	Paris 20	Wien 20
Münster 18	Peking 18	Wien 20
Niedersachsen 18	Ragusa 22	Wien 20
Nürnberg 18	Rimini 22	Wien 20
Oberstdorf 18	Rom 22	Wien 20
Passau 18	Sabaudia 22	Wien 20
Saarbrücken 18	St. Gallen 22	Wien 20
Stuttgart 18	Spill 22	Wien 20
Ulm 18	Stockholm 10	Wien 20
Zugspitze 18	Strasbourg 22	Wien 20
	Tel Aviv 22	Wien 20
	Tokio 22	Wien 20
	Triest 22	Wien 20
	Valencia 22	Wien 20
	Varna 22	Wien 20
	Warschau 22	Wien 20
	Wien 20	Wien 20
	Zürich 22	Wien 20

Ein Buch gegen Konvention und Prüderie



Eine brillant geschriebene Gesellschaftskomödie über das Verhalten der englischen Mittelklasse um die Jahrhundertwende – von einem der bedeutendsten englischen Prosaisten des 20. Jahrhunderts.

326 Seiten, DM 34,--
nymphenburger

„Gedichte unserer Zeit“



„Wunderbar zarte, gedämpfte melancholische Verse.“
Gottfried Benn
„Foresters Gedichte haben eine Witterung für menschliche Isolation, für Vergleichenheit. Die Diktion ist knapp, die Aussage mitunter geradezu karg, dennoch leidenschaftlich leidend, dichtend bis in die Nuance.“
Karl Krolow
„Wir Deutschen hatten noch keinen Rimbaud, mit Forester haben wir ihn.“
Stefan Andres

176 Seiten, ca. DM 26,--
Limes

Eines der schönsten Erinnerungsbücher an einen großen Menschen und Dichter



Der Band bringt die persönliche, die menschliche Stimme Gottfried Benns besonders rein zum Klingen. Die Tochter veröffentlicht Auszüge aus Briefen des Vaters und erzählt dazu aus ihren Erinnerungen an ihn.

160 Seiten mit 16 Abb.-Seiten
DM 14,80, Limes

Diese Titel sind über den Buchhandel oder über die Adresse
Vertrieb
DIE WELT/WELT am SONNTAG
Postfach 100864, 4300 Essen 1
zu beziehen.
○ Forster
○ Zimmer mit Aussicht 34,--
○ Forester
○ Ich schreibe mein Herz ca. 26,--
○ Soerensen
○ Mein Vater Gottfried Benn 14,80
(Das Gewünschte bitte ankreuzen)
Bitte buchen Sie den Betrag von meinem Konto ab:
Bank, Ort:
Konto-Nr., Bankleitzahl:
Name:
Vorname:
Straße, Haus-Nr.:
PLZ/Ort:
Datum: Unterschrift: